

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Inland 1,10 M., Ausland 1,20 M. monatlich. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. pro Monat. Postgebühren in die Postgebühren sind eingeschlossen. Inland: 2 Mark für das erste Halbjahr, 3 Mark für das zweite Halbjahr. Ausland: 2 Mark für das erste Halbjahr, 3 Mark für das zweite Halbjahr. Postgebühren sind eingeschlossen. Inland: 2 Mark für das erste Halbjahr, 3 Mark für das zweite Halbjahr. Ausland: 2 Mark für das erste Halbjahr, 3 Mark für das zweite Halbjahr. Postgebühren sind eingeschlossen.

Die Inflation-Gebühr
 beträgt für die sechsmonatige Anzeigensperiode oder deren Raum 50 Pf. Die politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. August 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Außere und innere Kämpfe.

St. Petersburg, 21. August.

Der Anfang meines heutigen Berichtes fällt mir schwer. Zunächst komme ich mit ihm verspätet, woran freilich nicht ich, sondern „Umstände, die von mir nicht abhängig sind“, wie die Russen sich auszudrücken pflegen, schuld sind; dann muß ich über eine mißlungene Aktion berichten, über die innerhalb der russischen Sozialdemokratie die Meinungen auseinandergehen.

Vor kurzem habe ich an der Abfassung einer Resolution mitgearbeitet, die von allen Parteiorganisationen des Moskauer Gouvernements, sowie auch jener Städte, die ihre Direktiven in Moskau haben, gutgeheißen wurde.

In dieser Resolution wurde den Führern der Arbeiterklasse empfohlen, das Proletariat von einzelnen Streiks, die nur seine Kräfte schwächen, abzuhalten und es zu einem Generalkrieg, der mit dem Maximum der politischen Gärung im Meer und dem Ausfließen der revolutionären Bewegung auf dem Lande zusammenfallen muß, vorzubereiten. Kaum eine Woche war seitdem verfloßen, da kam plötzlich von Petersburg die Aufforderung zum allgemeinen Streik.

In einem weit von Moskau gelegenen Walde versammelten sich darauf am 5. August etwa 150 Delegierte verschiedener Parteiorganisationen, und bis 3 Uhr morgens debattierte man, ob man den allgemeinen Streik proklamieren solle oder nicht. Mit großer Mehrheit, gegen etwa 50 Stimmen, von die einen gegen den Streik stimmten, die anderen sich der Abstimmung enthielten, wurde die Proklamierung des Streikes beschlossen und die entsprechende Resolution bei der Beleuchtung eines elektrischen Lämpchens vorgelesen und angenommen.

Am selben Tage fanden in einem Moskauer Volkshaus gleichzeitig eine ganze Reihe von Versammlungen verschiedener Gewerkschaften statt. Allmählich und für die Polizeibeamten unbemerkt vereinigten sich die Anwesenden in einem einzigen Saale und gingen sofort unter der Fahne des Segeterverbandes zur Diskussion über den allgemeinen Streik über. Ehe die Polizeibeamten die „Ungeheuerlichkeit“ dieser Beratung und ihre komische Lage begriffen hatten, war von dieser achttausendköpfigen Versammlung der Anfang des Streikes auf 12 Uhr des nächsten Tages festgesetzt. Am gleichen Tage fanden solche Versammlungen auch andersorts statt, und auch dort wurde von der Mehrheit das Streikessen beschlossen.

Während im Walde hauptsächlich die politischen Leiter des Moskauer Proletariates und im Volkshaus und an verschiedenen anderen Stellen Gewerkschaften vertreten waren, versammelten sich noch im geheimen gegen Abend des 6. August die Deputierten aller Moskauer Fabriken in der Zahl von 140 Personen, die schließlich den bereits begonnenen Streik zu unterstützen und bis zu Ende durchzuführen beschlossen.

Montags blieben die Moskauer ohne Zeitungen. Abends herrschte in den Straßen Moskaus absolute Dämmerung. Die elektrischen und die Pferdebahnen stellten indes nur teilweise den Verkehr ein, und nur 30 der größten Fabriken Moskaus feierten. Von den 200 000 Arbeitern, die dem Moskauer sozialdemokratischen Komitee immer treu waren und die seinen Instruktionen immer folgten, streikten nur 80 000. Ungefähr zwei Drittel wollten diesmal ihren Führern nicht folgen. Und die Deputierten der Eisenbahnbeamten und Arbeiter hatten die kategorische Erklärung abgegeben (eine Ausnahme bildeten nur ein paar Eisenbahnwerkstätten), daß sie zurzeit den Streik nicht mitmachen würden, wofür sie auch sehr gewichtige Gründe anführten.

So war in Moskau schon am Tage nach der offiziellen Proklamierung des allgemeinen Streikes von ihm nicht viel zu bemerken. Dem Moskauer fehlte nur die Zeitung, abends war es ihm etwas zu dunkel, und auf einigen Strecken fehlte ihm der Trambahnverkehr.

Am 7. August war es in Moskau mit dem allgemeinen Streik aus. Im Gouvernment ist er überhaupt gar nicht begonnen worden.

Wie in Moskau so war es auch in Petersburg, von wo die Initiative zum allgemeinen Streik ausging.

Dort wurde am Sonnabend, den 4. August, um 12 Uhr mittags der Streik proklamiert. Sofort blieben alle Pferdebahnen stehen. Allein, schon am nächsten Tage merkte man, daß der Streik nicht von langer Dauer sein werde. Und wirklich kehrten die Kutscher und die Konduktoren bald zur Arbeit zurück. Am 6. August fing ein Teil der Segeter an zu arbeiten, und am 7. August schrumpfte die Zahl der streikenden Arbeiter schon gehörig zusammen. Der 8. August war der letzte Tag des so eilig proklamierten Streikes.

Wie ist es nun gekommen, daß es scheinen könnte, als ob Stolypin's Prahlerei, er werde nicht nur die Duma auseinanderjagen, sondern auch alle vom Proletariate bereits erkämpften „Freiheiten“ ihm wieder nehmen und jeden

Protest dagegen im Keime ersticken, sich bewahrheitet hat. Wie ist es zu erklären, daß das russische Proletariat, das so mutig für die Freiheit kämpft, plötzlich „apathisch“ wurde und der russischen Regierung gestattete, einen Sieg, richtiger einen Pyrrhusieg, über die Arbeiterschaft zu feiern. Ist das russische Proletariat bereits des Kampfes müde, oder will es seinen sozialdemokratischen Führern nicht mehr Vertrauen schenken, oder gibt es sich mit dem bereits Erreichten zufrieden? Keine dieser drei Vermutungen hat recht.

Es waren ganz andere Gründe, die einen großen Teil des Proletariates die Teilnahme am Streik ablehnen ließen. Die nüchterne Erwägung der Chancen dieser Aktion kollidierte mit dem heißen Wunsche, den meuternden Soldaten zu helfen und die Meutereien der Revolution nutzbar zu machen. Wir machen nicht mit, erklärten die Moskauer Arbeiter aus der Brennja, diejenigen, die während der Dezemberrevolte eine der Hauptrollen gespielt haben; wir machen nicht mit, weil wir beim letzten Kampf mit der Regierung von den Bauern unterstützt werden wollen; die Bauern sind aber jetzt für diesen Kampf noch nicht zu haben. Die gleiche Antwort gaben in Petersburg die 60 000 politisch reiften Proletarier aus dem Newskytrayon der Petersburger Sozialdemokratie. Wir streiken nicht. Der Streik wird nur die Zahl der Arbeitslosen vermehren und unsere materiellen Kräfte schwächen. Wir haben uns jetzt vorzubereiten zum letzten Streik, der mit einem allgemeinen Aufstande verbunden werden muß. Nur ein solcher Streik wird instande sein, der Regierung den Todesstoß zu geben. Ein solcher Streik muß aber von den Bauern und den Eisenbahnern unterstützt werden. Die ersteren sind aber noch mit ihren Feldarbeiten nicht fertig und haben noch nicht einmal vom Schicksale der Duma gehört, die letzteren bitten, den Streik aus sehr gewichtigen Gründen zu verschieben. Aus einfacher Solidarität aber mit den Sweaburger und Kronstädter Meuterern zu streiken, ist zu spät, denn erstens sind die Aufstände bereits unterdrückt, und zweitens sind jetzt nicht solche Zeiten, daß man bloß aus Sympathie streiken soll. Ganz anders argumentierten die Anhänger des Streikes. Das Proletariat, sagten diese, muß stets die Avantgarde der russischen Revolution bilden. Die Sweaburger und Kronstädter Ereignisse werden bald in der ganzen Armee Widerhall finden. Die revolutionäre Stimmung des Bürgertums hat ihr Maximum erreicht, und wenn wir jetzt noch rechtzeitig zuschlagen, so ziehen wir die Armee, das Bürgertum und die Landbevölkerung in den Kampf hinein und siegen. Mit einem unbeschreiblichen Enthusiasmus trafen sie infolgedessen in den allgemeinen Streik ein und sind jetzt verstimmt.

Ein Genosse, der dieser Tage vom Lande zurückkehrte, versicherte mich, er habe ganze Dörfer gesehen, die der festen Ueberzeugung seien, die Duma arbeite ruhig weiter und werde bald die Agrarfrage im richtigen Sinne lösen. Dort aber, wo das Wiborgsche Manifest der Dumamitglieder in die Hände der Bauern gelangte, sind diese mit ihm höchst unzufrieden und protestieren hauptsächlich dagegen, daß ihre Deputierten sich als „ehemalige“ unterzeichnet haben. Wir haben sie gewählt, sagen sie, und nur wir können sie abgeben. Daraus ist zu ersehen, wie recht die Deputierten der revolutionären Parteien hatten, als sie in Wiborg gerade das gleiche forderten und einen entsprechenden Antrag stellten, der von der Kadettenpartei natürlich nicht angenommen wurde. In vielen Dörfern werden die Deputierten mit großer Ungeduld erwartet, um sie durchzuhalten, weil sie ohne „Land und Freiheit“ zurückkehren und sich auseinanderjagen ließen. Im Kiewer Gouvernment wurde aus diesem Grunde der Deputierte Romanjuk mißhandelt, und im Rinsker Gouvernment zündeten die Bauern das Gut ihres ehemaligen Deputierten an. In vielen Kreisen des Zwerschen, Tulaschen und Orlovsky-Gouvernements dagegen beschlossen die Bauern, vom Wiborgschen Manifeste angefeuert, die Steuerzahlung einzustellen. Im Tschernigower und Wladimirischen Gouvernment nimmt die Gärung mit jedem Tage zu; in Moskau sah sich die Regierung gezwungen, das 17. Korps auf das ganze Gouvernment zu verteilen, um die mit großer Sicherheit zu erwartenden Bauernunruhen noch rechtzeitig zu unterdrücken. Und die Agenten der Petersburger Regierung benachrichtigten sie auf ganz offiziellen Wege von der stetigen Zunahme der Bauernunruhen und bestimmten als Anfang der Revolution auf dem Lande Ende August und Mitte September, d. h. die Zeit, wo die Bauern mit ihren Feldarbeiten fertig werden. Das spricht für die Taktik des Abwartens. Man kann dagegen einwenden, daß auf dem Lande eine Bewegung im Stile eines allgemeinen Streikes überhaupt nicht zu erreichen ist, daß auf dem Lande die Bauernunruhen bald hier bald dort ausbrechen werden und daß dieser Zustand monatelang dauern kann, ohne daß wir in der Lage wären, zu sagen, jetzt sind wir am höchsten Punkte der Bauernrevolution angelangt. Gut. Kein Mensch behauptet aber in Russland, daß die Bauernbevölkerung die neue politische Lage bereits begriffen und daß sie die entsprechenden Konsequenzen aus dieser Lage gezogen habe. Und eben deshalb müssen wir mit unserem Auftreten in den Städten abwarten. Die Bauernrevolution kann monatelang dauern. Um so besser. Der russische Staat kann eine Bauernrevolution in Permanenz nicht ertragen, er muß Geld haben, und die Regierung wird infolgedessen suchen, diesem Zustande ein Ende zu machen. Wir warten diesen Schritt der Regierung ab und werden ihr die eine oder die andere Antwort, je nach

der Lage, geben. Nun muß aber natürlich eine Partei wie die unserer auch die Initiative zum politischen Handeln ergreifen. Das tat die russische Sozialdemokratie auch schon und wird es auch ferner tun. Zuerst aber muß die Regierung mit der Landbevölkerung beschäftigt werden.

Die Armee, die Landbevölkerung und das russische Proletariat sind die drei Hauptkolonnen, die das jetzige Regime stürzen werden. Sie müssen alle drei vereint marschieren und getrennt schlagen. Den letzten Schlag wird das Proletariat führen.

Diese Meinung ist indes nicht die aller Teile der Partei, und die Meinungsverschiedenheit trat auch in der Parteileitung auf und schwächte die Energie der Partei. Der linke Flügel war für Abwarten, der rechte für einen Demonstrationsstreik. Der rechte Flügel wollte als Parole für die nächste Aktion ausgeben: „Durch die alte Duma zur Konstituante“, während die andere Richtung nur direkt für die Konstituante kämpfen wollte. Schließlich kam es nach den Ereignissen von Sweaborg und Kronstadt zum Aufruf für den allgemeinen Streik, der von allen revolutionären Parteien unterschrieben wurde. Unmittelbar vorher aber hatte das Zentralkomitee der russischen Sozialdemokratie einen Aufruf erlassen, für die Einberufung der alten Duma zu agitieren, da die Duma die Sympathie der breiten Massen habe und diese sich einem Kampfe für die Duma leichter anschließen würden. Der Teil der Partei aber, der den direkten Kampf für eine konstituierende Versammlung will, war natürlich mit diesem Aufruf unzufrieden. Den Arbeitermassen war ja zunächst die Duma gleichgültig. Erst später, als im Taurischen Palais die sozialdemokratischen Reden erschallten, begannen die Proletarier sich mehr für die Duma zu interessieren. Sie applaudierten aber gerade jenem Teile der Reden unserer Genossen, in dem sie gegen die alte Duma, die zu keinem energischen Schritte fähig war und die auf Grund des alten Wahlgesetzes gewählt wurde, waren die sozialdemokratischen Arbeiter nicht zu haben. Für eine Duma, deren Mehrheit nicht einmal für volle Versammlungsfreiheit zu haben war, können sich Sozialdemokraten nicht erwärmen, und sie werden auch bei einer solchen Duma den festen Willen, sich in eine Konstituante zu verwandeln, nicht voraussehen können. In einem politischen Kampfe muß jede Partei, besonders aber die Sozialdemokratie, ihr Programm, ihre Wünsche und ihre Forderungen scharf pointieren, sonst bricht in ihren Reihen Verwirrung aus. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben es nicht verstehen können, daß sie für eine Duma kämpfen sollten, die von vornherein den Interessen der Arbeiterklasse feindlich war. Dies war ja auch eine der Ursachen, warum so viele Proletarier ihren Führern nicht folgten, um so mehr, als viele Leiter der Sozialdemokratie selbst gegen diese Lösung waren.

„Ja, weiß nicht, wie ich zu den Massen reden soll, und wie ich, da ich selbst gegen den allgemeinen Streik bin, für ihn agitieren soll!“ hörte ich auf Schritt und Tritt aus dem Munde der Propagandisten und Agitatoren. Sie agitieren doch, weil sie dazu die Parteidisziplin verpflichtet. Diese Pflicht gegen die höchste Parteinstanz war auch die Hauptursache, warum die Moskauer Genossen in ihrer Mehrheit in jener oben beschriebenen Waldbersammlung für den Streik gestimmt haben. Petersburg hat es bestimmt und da müssen wir mitmachen, hieß es.

Stolypin braucht sich über diese mißlungene Aktion der Sozialdemokratie indes nicht zu freuen. Den letzten Streik haben solche Arbeiterkreise mitgemacht, die bis dahin nicht für den Freiheitskampf in Bewegung zu setzen waren. Der letzte Streik hat uns bewiesen, daß die Reihen der russischen Sozialdemokratie unaufhaltsam wachsen.

Und auch in Kronstadt und in Sweaborg hat die russische Regierung einen zweifelhaften Sieg errungen. Wahr ist es, daß die Sweaburger Ereignisse viel zu früh gekommen sind und eben deshalb wurde anderwärts noch rechtzeitig von den revolutionären Parteien die weitere Entwicklung dieser Ereignisse verhindert. Was tat aber Stolypin, als er die telegraphische Nachricht von den Sweaburger Ereignissen erhielt? Sofort ließ er die Petersburger Kasernen mit Kanonen umzingeln. Stolypin traut also den Petersburger Truppen nicht. Er hat auch recht. Da haben z. B. am letzten Streik auch die Pulverfabriken mitgemacht und mit ihnen zusammen auch das ganze Tschorowsky Regiment, das den Wachdienst verweigerte.

Die russische Sozialdemokratie kann ruhig sagen: Aufgehoben ist nicht aufgehoben!

Die russische Revolution.

Eine Sympathie- und Entrüstungsstudie.

Aus Petersburg wird vom 28. August gemeldet: Die Regierungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, England, den Vereinigten Staaten, Italien, Belgien und Japan haben dem Ministerpräsidenten Stolypin ihre Sympathie aus Anlaß seiner Errettung aus der Gefahr und ihre Entrüstung über den gegen ihn ausgeführten Anschlag ausgedrückt.

Man hat noch nie davon gehört, daß sich diese Regierungen über die Schandthaten der russischen Regierung, über Frauenvergewaltungen, über Folterungen von Gefangenen, über die Verräter der Soldateska und der baltischen Junker in den Ostseeprovinzen, über die von den Behörden veranstalteten Judenmordereien entschuldigend äußerten.

*) Wir veröffentlichen diesen Brief eines unserer russischen Korrespondenten der wertvollen Informationen wegen, die er enthält. Dagegen haben wir nicht die Absicht, in dem Streik um die Taktik, der in der russischen Sozialdemokratie geführt wird, Partei zu ergreifen. D. Red.

Das Attentat auf Stolypin.

Infer Petersburger M.-Korrespondent schreibt uns: Die Explosion war betäubend, wie ein Schuß aus einer großen Kanone. Sie erzeugte eine so gewaltige Lufterschütterung, daß die 220 Meter entfernte Landungsbrücke in heftiges Schwanken geriet. Augenzeugen, die im vestibul gestanden haben, erzählen, es wäre ihnen so vorgekommen, als ob sie in die Luft stiegen. Die ganze Mittelpartie des zweistöckigen Hauses ist in einen Trümmerhaufen verwandelt. Von der Explosion wurde die Vorderwand, ein Teil des Rahmens und mehrere Innenwände zerstört, ein Teil der Seitenwand wurde abgerissen. Vom Hause des Ministers sind nur klägliche Ruinen übrig. Der Platz, auf dem das Gebäude stand, bot in großem Umfange folgenden Anblick: Eine Menge Balken, Bretter, Türen, Fenster bildeten ein unbeschreibliches Gewirr von Trümmern auf dem Fußsteig der Straße. Näher zur Freitreppe lag ein ungeheurer Haufen von Landauer, daneben zwei bis drei entwurzelte Bäume, große Kessel mit gebrochenen Säumen, Ziegel und Studhäuser, Papierschiffe, zertrümmerte Möbel, blutbesetzte Offizierskleidung, Delibilder und allerlei Hausgeräte. Nach der Wirkung des Geschosses zu urteilen muß es, wie erfahrene Offiziere behaupten, mit Melinit angefüllt gewesen sein.

Der Vorsitzende des Ministerrats sah zur Zeit der Explosion in seinem Kabinett. Er wurde nur leicht zur Seite geschleudert und kam mit einer geringfügigen Kontusion des Kopfes davon, die nicht einmal ärztliche Hilfe erforderte. Er wollte sogleich aus dem Zimmer laufen, doch verperrten ihm Türen, abgerissene Wände und menschliche Eingeweide den Weg; Stöhnen und Hilfeschreie der Verwundeten, Nöckeln der Sterbenden drangen ihm entgegen und er sprang aus dem Fenster in den Garten.

Die Zahl der Verunglückten wird auf 60 geschätzt, meist sind es Personen aus der höheren Beamtenwelt; ihre Namen sind zum Teil noch nicht festgestellt, von vielen der Verunglückten sind nur einzelne Körperteile aufgefunden worden.

Als die erste Aufregung sich gelegt hatte, liefen die Soldaten zu dem Wagen, in dem der Attentäter mit der Bombe angefahren war. Aus dem umgekippten Landauer drang Stöhnen. Man fand drei Menschen darin, von denen zwei bald darauf ihren Geist aufgaben; der dritte jedoch blieb am Leben und wurde in Haft genommen.

Kein Mitleid für Minn.

Petersburg, 22. August. Die Ermordung des Generals Minn wird von der Gesellschaft mit großer Mißbilligung aufgenommen, da die von ihm gespielte Rolle ihm nirgendwo Sympathien eingetragen hat. Das Schicksal der beiden Kinder Stolypins, besonders das seiner in großer Gefahr schwebenden 15jährigen Tochter bewegt die Gesellschaft aufs lebhafteste. (Frankf. Zig.)

Ein neuer Gouverneur für Warschau?

Warschau, 23. August. Wie es heißt, ist General Rennen-Lampf zum Gouverneur von Warschau ernannt worden und soll sich bereits nach Warschau unterwegs befinden. Man befürchtet strenge Repressivmaßnahmen. — Gestern wurde abermals ein Polizeikommissar von Revolutionären auf der Straße ermordet.

Ob General Rennen-Lampf sich im Kriege gegen das russische Volk mehr auszeichnen wird als im Kriege gegen das Meer Japan?

Das Zentralkomitee der russischen Sozialdemokratie über den letzten Massenstreik.

Im 5. Brief des Zentralkomitees „An die Parteigenossen“ — diese Briefe müssen jetzt die unterdrückte Parteipresse notwendigst erfüllen — wird dasselbe Thema behandelt, worüber einer unserer russischen Korrespondenten im Leitartikel schreibt. Die Anforderungen der offiziellen Leitung der russischen Sozialdemokratie beanspruchen gerade angesichts der Kritik, die ihre letzte Aktion gefunden hat, erhöhtes Interesse. Das Zentralkomitee sagt nun ungefähr folgendes:

Nach der Dumaauflösung und dem Erlasse des Wiborger Auftrages fand das Zentralkomitee es für nötig, mit einem Generalstreik auf die Dumaauflösung zu antworten. Seine Gründe waren: 1. Die Dumaauflösung wird in verschiedenen Bevölkerungsschichten und in der Armeel Unwissen erregen; das gibt die besten Chancen dafür. Das ganze Volk muß jetzt einsehen, daß auf dem Wege zur Erfüllung seiner Wünsche die zarische Regierung steht; die Dumaauflösung hat das Volk vor die Aufgabe gestellt, die zarische Regierung zu stürzen. 2. Eine allgemeine Bewegung im Augenblick der Dumaauflösung könnte zur siegreichen Revolution werden; eine verspätete Bewegung würde verfehlt sein und besieg werden.

Im Volke herrschte scheinbare Stille; das Zentralkomitee erklärte sie dadurch, daß die Massen teilweise die Tatsachen noch nicht kannten, teilweise auf den Ruf der Organisationsleitungen warteten und daß die revolutionären Elemente des Volkes unorganisierten, spontanen Ausbrüchen abgeneigt seien.

Die Vertreter der anderen revolutionären Parteien und Organisationen sprachen sich auf der gemeinsamen Beratung gegen den sofortigen Massenstreik aus. Infolgedessen gab das Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Partei eine neue Parole aus: Schleichende Kampfeskraft, Entwidlung der Revolutionskräfte in der Gestalt von verschiedenartigen Protesten, Demonstrationen und lokalen Kämpfen. Auf diese Weise würde der Boden für den künftigen Generalstreik vorbereitet werden.

Die kurz darauf erfolgenden Ereignisse, die Meutereien, zeigten, daß das ursprüngliche Urteil des Zentralkomitees vollkommen richtig gewesen war. Unter dem Eindruck der Meutereien wurde das Petersburger Komitee mit dem Zentralkomitee über die Notwendigkeit des Streiks einig. Sämliches Handeln tat not. Man mußte sofort die Aufforderungen unterlassen. Am selben Tage (1. August) verurteilte das Zentralkomitee eine Beratung aller Parteien einzuübersetzen; aus zufälligen Ursachen war es nicht möglich. Das Zentralkomitee erließ dann allein einen Aufruf an alle Proletarier Russlands mit der Parole Generalstreik. Das Petersburger Komitee berief auf den 2. August den Petersburger Arbeiterdeputiertenrat ein; aus politischen Ursachen mißlang die Versammlung. Weiteres Jögern war unmöglich; die Arbeiter einiger Fabriken erklärten schon, daß sie für sich allein den Streik beginnen würden. In der folgenden Nacht beschloß das Zentralkomitee und die Exekutivkommission des Petersburger Komitees sich an die Rayon-Arbeiterdeputiertenräte zu wenden. Dies geschah am 3. August frühmorgens. Die Rayon-Dep. wählten willig ein; der Streik begann am 3. August (Freitag). Am 4. August gelang es dem Exekutivkomitee des Arbeiterdeputiertenrates zusammenzukommen; es sanctionierte den Streik und übernahm die Leitung.

Gleichzeitig wurde mit den anderen Parteien beraten. In der Nacht vom 2. auf 3. August fand die Beratung des Z. K. mit den Vertretern der Soz. Rev. (Z. R.), des Bundes (Pet. Kom.) der R. P. S. (Polnisch-Sozialdemokratische Partei) (P. S.) und den Exekutivkomitees der Arbeitsgruppe und Soz. Dem. Dumafraktion statt. Das Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Partei und die 2 Dumafraktionen waren von Haus aus für den Streik. Der Bund erklärte, er werde streiken, falls die Mehrzahl der anderen streikt. Die R. P. S. wandte ein: Die Lage der Polen ist sehr gefährlich; der Beschluß muß so gefaßt werden, daß die Polen sich mit einem Demonstrationsstreik begnügen können. Die Soz. Rev. argumentierten: 1. die Bauern müssen zuerst beginnen; 2. die Arbeiterbewegung muß sich zuerst für sich selbst entwickeln; 3. der Arbeiterdeputiertenrat muß entscheiden. Es wurde ihnen geantwortet: 1. Die Bauernbewegung wird eine schleichende und sporadische sein und kann nicht als Initiationsbewegung abgewartet werden, es wird vielmehr die städtische Bewegung auf die ländliche übertragen (Arbeitsgruppe); 2. man kann nicht das Militär im Stich lassen; 3. der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat ist für einen allrussischen Streik nicht kompetent. Am Ende wurde der allrussische Streik einstimmig beschlossen. (Trotzdem bremsen nachher die Sozialrevolutionäre.) Die bis dahin rücksichtlosen Elemente des Petersburger Proletariats beteiligten sich energisch am Streik (das rücksichtige Marti-

Gevert der Putzwerk-Berke, die Gummimanufaktur, die Zuckerrabrik König, 10000 Bauarbeiter, die Pulverwerke in Niboro und mit ihnen auch die Soldaten des Infanterieregiments, 2000 Drochsenkutscher; die Handlungsgehilfen erklärten, sie würden streiken, falls sie ihr Verbands auffordert). Am zweiten Tage streikten im ganzen 80 000 Arbeiter, aber ein Drittel der Gesamtzahl.

Die entwickeltesten, am revolutionärsten gesinnten Arbeiter (Staatswerke: Semjamilowische, Obuchowische, Baltische, Putzwerk) streikten nicht. Dadurch wurde die Niederlage entschieden. Unter diesem Eindruck nahmen die Arbeiter die Drochsenkutscher, dann allmählich die streikenden Fabrikarbeiter die Arbeit wieder auf. Unter den Streikenden und den Soldaten wurde eine heftige Erbitterung gegen das revolutionäre Proletariat laut. Die Bauarbeiter sagten: „Ihr werdet uns nicht mehr zu einem politischen Streik bringen, es sollen künftig die Metallarbeiter kommen, daß wir die Arbeit einstellen sollen.“

Und die Ursachen? Die Regierung drohte die Staatswerke gänzlich zu schließen. Das wäre noch nicht entscheidend; aber 1. die revolutionären Arbeiter erklärten, sie würden nur in einen entscheidenden Kampfessstreik einwilligen (Bedingungen dazu: Bauernbewegung, Eisenbahnerstreik; die Eisenbahner aber, unter der Drohung der Strafzelle, konnten nur im letzten entscheidenden Moment sich anschließen). 2. Die Volkstropaganda hatte die Arbeiter gleichgültig gegen die Dumaauflösung und die damit verbundenen Bewegungen gemacht. Es wiederholte sich in ihren Reden die Argumentation der Streikfeinde, das Bestreben, sich nur zum letzten Entschheidungskampfe vorzubereiten, das ungenügende Verständnis für die Verächtlichkeit der rücksichtlosen Elemente und der Arme, die ungenügende Fähigkeit (wie bei der Intelligenz auch), sich einer allgemeinen Bewegung anzupassen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. August.

20 Jahre lang gegen die guten Sitten verstoßen!

Bekanntlich nahm gelegentlich der vorjährigen Tagung des Vereins für Sozialpolitik einer der Gewaltigen aus dem Ruhrgebiet, der Generaldirektor Kirdorf, für die Unternehmer das Recht in Anspruch, die Freizügigkeit der Arbeiter nach Belieben einschränken zu dürfen. Die öffentliche Aufstellung dieser Forderung im Verein für Sozialpolitik sollte gewiß nur ein „Pfeiler“ nach der Richtung sein, ob die von dem Scharfmachertum und dem selbstischen Junkertum so fehsüchlich gewünschte Zeit der gesetzlichen Beschränkung des Freizügigkeitsrechts der Arbeiter schon gekommen sei; denn wie jetzt durch das Landgericht in Duisburg festgestellt ist, besteht für das rheinisch-westfälische Industriegebiet im Ruhrbezirk die von dem „Sozialpolitiker“ Kirdorf geforderte Beschränkung des Freizügigkeitsrechts der Arbeiter in der Praxis schon seit mehr denn zwanzig Jahren! Die Feststellung dieser ungeheuerlichen und sehr beachtenswerten Tatsache wurde ermöglicht durch einen Zivilprozeß, den unser Duisburger Arbeitersekretariat für einen gemahregelten Arbeiter gegen das große Eisenhüttenwerk „Phönix“ führte, im Effekt sich aber gegen das koalitierte Unternehmertum im Ruhrgebiet überhaupt richtete. In diesem seit Oktober vorigen Jahres schwebenden Prozesse wurde das Willkürregiment der Industriarone, ihre maßlose Ueberhebung gegenüber Recht und Gesetz und das absolute Versagen moralischer Einwirkungen in unerbittlicher Form und mit herzerfrühender Deutlichkeit der Arbeiterschaft zu Gemüte geführt.

Ein Maschinenl. A. der laut Entlassungsgesetz fünf Jahre zu vollen Zukunftszeit und mit besser Führung im Dienste der Hütte „Phönix“ gestanden, hatte dadurch gegen die geheiligten Interessen des Kapitals verstoßen, daß er gelegentlich einer Werkstattbesprechung sich in eine Kommission hatte wählen lassen, die zur Abstellung von Mängeln bei der Betriebsleitung vorstellig werden sollte. Und obwohl L. A. von der Kommission zurücktrat, bekam er dennoch seine Kündigung. Während der Kündigungsfrist erhielt er dann mehrfach von der hierfür zuständigen Stelle das Versprechen, daß er einen „Ueberweisungsschein“ erhalten werde, d. h. einen Schein, auf dem der Arbeitgeber erklärt, daß er gegen die Einstellung des Entlassenen in einem anderen Betriebe nichts einzuwenden hat! — Wer nämlich einen solchen Schein des bisherigen Arbeitgebers nicht beibringen kann, erhält trotz der permanenten Arbeitslosigkeit in den großen Betrieben keine Arbeit, indem die Industriefürsorge am Niederrhein und im Ruhrgebiet sich gegen Zahlung einer konventionellen Strafe von 1200 Mark verpflichtet haben, ohne diesen Schein niemand einzustellen! Somit sind also die Arbeiter dem Unternehmer auch nach ihrer Entlassung noch auf Gnade und Ungnade in die Hände gegeben. Da nun L. A. trotz des vorherigen Versprechens diesen Schein nicht erhielt, so blieb er mehrere Monate ohne Arbeit, obwohl sich Arbeitslosigkeit genügend bot.

Am einen prinzipiellen Entscheid gegen die Mißschweigend gebuldeten ungesetzlichen Maßnahmen der Schlotbarone herbeizuführen, wurde auf Grund des § 820 des V. G. B. und des § 113 Abs. 3 der V. G. B. eine Schadenersatzklage vor dem Gewerbegericht in Duisburg gegen die Hütte „Phönix“ anhängig gemacht. In dem das Verständnis für den Standpunkt der Gebieter im Industriegebiet am Niederrhein geht soweit, daß das Gewerbegericht mit seinen „aristokratischen“ Weisungen die Schadenersatzpflicht grundweg ablehnte, indem es betonte, daß es den Ueberweisungsschein als eine persönliche Empfehlung ansehe, die der Unternehmer einem Arbeiter mitgeben könne oder auch nicht! Daß aber ohne diese sogenannte „persönliche Empfehlung“ ein entlassener Arbeiter auf einem anderen Werke keine Arbeit erhält, das so meinte das Gewerbegericht, gehe dem Gericht nichts an! Noch mehr: Als der Vertreter des klagenden Arbeiters darauf drängte, einen Beamten der Rheinischen Werke in Mülheim eidlich darüber zu vernehmen, weshalb L. A. trotz erfolgter Annahme nicht eingestellt sei, da erklärte der Vorsitzende kategorisch, das gleiche nicht zur Sache! Und der als Zeuge geladene Fabrikbeamte, der betonte, über diese Frage nur mit Genehmigung der Betriebsleitung anfragen zu können (!), durfte schweigen! Ein solches Verfahren vor einem Gewerbegericht dürfte gewiß einzig dastehen.

Anders gestaltete sich nun die Sache in der Verurteilungsinanz. Das Bestehen der Vereinbarung, wonach die entlassenen Arbeiter innerhalb vier Monate nach ihrem Austritte auf den koalitierten Werken keine Arbeit erhalten, konnte angesichts der vorliegenden Beweise nicht bestritten werden. Die gesetzeswidrige Vereinbarung wurde nicht nur aufgehoben, sondern sogar noch als Argument gegen die — Forderung auf Schadenersatz geltend gemacht. Der gegnerische Anwalt argumentierte nämlich so:

„Der Ueberweisungsschein sei deshalb für die Einstellung der Arbeiter bedeutungslos, weil die Vereinbarung der Arbeitgeber lediglich besage, daß entlassene Arbeiter innerhalb vier Monaten auf den koalitierten Werken nicht eingestellt werden dürfen, also — auch mit Ueberweisungsschein nicht!“

Diese fast kindlich-naive, lediglich von dem Gefühl des „Und kann keiner“ — Standpunktes aus erklärliche Verteidigung konnte natürlich einer ernsthaften Kritik nicht standhalten, namentlich nicht in Hinblick auf die Tatsache, daß durch den Gegenbeweis vorliegen, wonach mit Ueberweisungsschein überall Arbeit in Halle und

Halle zu bekommen ist. Das Landgericht Duisburg erkannte denn auch durch Urteilsspruch das Bestehen der Hütte „Phönix“ ausdrücklich als gegen die guten Sitten verstoßend an. Der dem Kläger erwachsene Schaden müsse ihm voll ersetzt werden. Zur Festsetzung der Höhe der Entschädigung wurde die Sache in die Vorinstanz zurückverwiesen.

Charakteristisch für das selbstherrliche Regiment der Industrieherrn war die Aussage zweier als Zeugen geladener Unternehmer, die behaupteten, daß das gegen die guten Sitten verstoßende Sperresystem schon seit über 20 Jahren besteht, ohne daß dagegen eingeschritten ist! Charakteristisch ist ferner, daß zur selben Zeit, als das Gericht die Handlungsweise des Schlotbarons als gegen die guten Sitten verstoßend brandmarkte, dieselben Herren, die es anging, dicht neben dem Gerichtsgebäude in einer besseren Weinstube saßen und nun über ein neu einzuschlagendes Verfahren berieten, weil man wohl über das System der Ueberweisungsscheine abschaffen müsse. Das Ende der Beratung war, daß nunmehr direkt von den Werken aus die Verbindung mit dem bisherigen Arbeitgeber erfolgen soll. Es bleibt also wie bisher (!), nur mit dem Unterschiede, daß die Arbeiter ihre Urlaubsbriefe nicht mehr selbst vermitteln, sondern die Herren wollen sich höchstselbst herablassen, bei dem vorherigen Arbeitgeber anzufragen, ob der entlassene Arbeiter eingestellt werden darf oder nicht.

Wer etwa glaubt, die Hütte „Phönix“ habe nun ohne weiteres dem Arbeiter seinen Schaden ersetzt, der irrt sich gewaltig. Moralische Anwandlungen — unnützer Ballast! Zunächst kam allerdings in dem vor dem Gewerbegericht erneut anberaumten Termine nach langem Zögern seitens des Vertreters der Hütte ein Vergleich auf Zahlung von 200 M. (pro Tag 3,80 M.) zustande, aber dann erkannte die Millionenfirma den von ihrem Bevollmächtigten geschlossenen Vergleich nicht an! Und als darauf der Hütte „Phönix“ zwei Schreibmaschinen gepfändert wurden, erhob sie gegen die Pfändung erfolgreiche Beschwerde bei demselben Landgerichte, das die Verurteilung ausgeprochen hatte. Die beklagte Firma protestierte in der Beschwerde gegen die Rechtsgültigkeit ihrer eigenen Vollmacht, indem darauf verwiesen wurde, daß die Vollmacht nicht von dem die Firma rechtsgültig vertretenden Prokuristen, sondern nur von dem Hüttendirektor unterzeichnet sei! Also eine scheinbare Brücklerung des Hüttendirektors, in Wirklichkeit aber kommt die Sache auf eine Kassierung der Gerichte hinaus.

Nachdem somit der Arbeiter nach zehnmonatlicher Prozeßführung am Ziel, kann er nunmehr seinen Prozeß von vorne beginnen.

So diktiert es die Gebieter von Kapitals Gnaden! —

Die sozialdemokratischen Interpellationen vor dem Züricher Kantonsrat.

Zürich, 28. August.

Unter kolossalem Andrang des Publikums zur Tribüne, die gerade vollgepfropft war, wurden gestern und heute im Kantonsrat die drei sozialdemokratischen Interpellationen, diejenige betreffend das Streikpostenverbot und das Verbot der Demonstrationsumzüge behandelt.

In einer fast zweistündigen mit großer Aufmerksamkeit angehörten Rede begründete sie Genosse Greulich. Den Hintergrund bildeten dabei die 10810 Stimmen, die gestern bei der Eröffnung in das Bezirksgericht Zürich der sozialdemokratische Kandidat Dr. Endrli erhalten hat. Er unterlag zwar dem bürgerlichen Gegenkandidaten, der mit 11687 Stimmen gewählt wurde, allein das große Heer sozialdemokratischer Wähler und die relativ geringe Differenz von 800 Stimmen bildet eine sehr abtätende Douché auf die größenwahnsinnige Reaktion.

Greulich gab einleitend eine Darstellung der Ursachen und des Verlaufs des Streiks der Metallarbeiter in der Automobilfabrik von Arbenz u. Cie. in Albisrieden bei Zürich und er verwies gleich auf die gestern im Bezirk Zürich abgegebenen 10810 sozialdemokratischen Stimmen, die beweisen, daß alle Maßregeln der Behörden eine Einschüchterung der Arbeiter nicht vermocht haben. Sodann teilte er den Bürgerlichen mit, daß die so viel angefeindete und gefahnte Züricher Arbeiterunion aus 70 Gewerkschaften mit 10600 und 26 politischen Vereinen mit 2506, zusammen also aus 88 Organisationen mit 18196 Mitgliedern besteht.

Bei der Behandlung des Streikpostenverbots der Regierung gab Greulich eine treffliche Charakteristik der Streikbrecher, die er mit den militärischen Defektoren und Verrätern im Kriegsfalle verglich. Das Streikpostenverbot war nur ein Glied in der ganzen Kette von Aktionen der Klassenpolitik der Regierung, die sich von vornherein zur Sachwalterin der Interessen der Unternehmer machte und gegen die Arbeiter Stellung nahm, statt in diesen Kämpfen neutral zu bleiben und über den Parteien zu stehen. Von einem Schutze der Rechte der Streikenden, der Rechte der ehrlichen Arbeitswilligen gegen die schwarze Liste der Bauunternehmer mit 2000 Arbeiternamen durch die Behörden war nirgends die Rede.

Bei der Besprechung des eine Verfassungsverletzung involvierenden Verbots der Demonstrationsumzüge beleuchtete Greulich die unglaublich perfide Rolle, die dabei in Verletzung der städtischen und bürgerlichen Bevölkerung gegen die Arbeiter die Presse gespielt hat und er gab einige saubere Musterchen aus dem „Zürcher Bauer“ zum Besten, der aus der Staatskasse subventioniert wird. Gegenüber den rohen Ausbrüchen des niederen blöden Chauvinismus gegen die ausländischen Arbeiter, neben denen gleich die Kriecherei vor den reichen Ausländern steht, erinnerte Greulich daran, daß nicht die Sozialdemokraten es sind, die ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen, namentlich italienische, gleich waggungsweise importieren, sondern die Unternehmer, und daß übrigens die Schweiz auf den steten Zugang ausländischer Arbeitskräfte angewiesen sei. Würden wir einmal dazu gelangen, planmäßig und energisch über die Schweiz die Sperrre zu verhängen und durchzuführen, so tödte und mühte eine allgemeine Katastrophe ein.

Greulich verwies noch darauf, daß der Regierung, den Oberrichtern, den Bezirksrichtern, den Pfarrern, den Lehrern usw. die Beschlüsse erhöht wurden, daß die Unternehmer die fettesten Profite machen und einsehen und daß das alles in Ordnung befunden werde, aber auf einmal alles empört sei, wenn die Arbeiter ebenfalls Erhöhung ihres Lohnverhältnisses fordern. Aber mit dem Belagerungsstand, das hat schon Labour gesagt, könne jeder Esel regieren. Greulich schloß unter dem Vorfall unserer Genossen mit den Worten: Noch einige Militärausgehöte und wir haben in der Stadt Zürich die Mehrheit. Machen Sie, was Sie wollen.

Die Schand- und Gewalttaten der Regierung zu verteidigen lag den beiden Regierungsräten Nägele und Stöbel ob, aber sie taten dies in unfähig jämmerlicher Weise, so daß man unwillkürlich an die bekannten Worte Ogensterns erinnert wurde: „Mein Sohn, du ahnst nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.“ Nach Herrn Stöbel wurden die Demonstrationsumzüge auf Grund des Strafgesetzes verboten und so nebenbei auch aus „politischen Erwägungen“...

Die Interpellation betreffend die Kofalantaten des Militärs vertrat Genosse Dr. Farbstein. Der erste Fall, den er vorbrachte, betraf die äußerst schmerzliche Behandlung des sozialdemokratischen Stadtrats Walter in Winterthur durch den Infanterieoberleutnant Schweizer, der damit geendet, daß derselben der Truppenkommandant Oberleutnant Merli, Erster Staatsanwalt des Kantons Zürich, einen „Verweis“ erteilte. Der zweite Fall betraf die empörende Mißhandlung von Verhafteten durch Soldaten und Unteroffiziere in der Fabrik Arbenz in Anwesenheit von Offizieren, die sich darüber beunruhigten. Ein bei den Vorgängen anwesender Unteroffizier hatte darüber einen Artikel im „Volkrecht“ veröffentlicht. Der dritte Fall betraf die entsetzliche Mißhandlung zweier verhafteter Italiener durch Offiziere mit der Reitpeitsche in der Kaserne. Farbstein liest an diesen gemeinen und rohen Kofalantaten die schärfste Kritik. Das seien feige Handlungen, die das eigentümliche Wehrfeld schändeten, so daß man den schuldigen Offizieren die Uniform herunter reißen sollte. Aus dem Militärgefesche und der Militärprozedur wies er nach, welche schweren Vergehen hier vorliegen und daß die Vorgesetzten verpflichtet waren, sie zur Ahndung zu bringen und nicht die Verbrecher der verdienten Strafe zu entziehen. Sie gehörten vor das Kriegsgericht und er fragte daher an, was in dieser Beziehung geschehen ist oder noch geschehen soll.

Die Antwort gab der Militärdirektor Regierungsrat Meuler, der sich des langen und breiten über das Militäraufgebot verbreitete, obgleich es Farbstein aus seiner Interpellation ausgeschlossen hatte. Der Schluß der Herren Streikbrecher, die starke Inanspruchnahme der Polizisten durch die Streikbewegung, die Furcht vor dem Generalstreik und Unruhen waren die Ursachen, aus denen das Militär aufgegeben und zum Mittel mißbraucht und degradiert wurde! Den Streik selbst wollten die guten bürgerlichen Minister natürlich nicht unterdrücken, bewahre! Auf die von Farbstein vorgebrachten militärischen Exzesse übergehend, erklärte Meuler, einmal, daß wir in einer aufgeregten Zeit lebten und da einige Pässe begreiflich seien und sodann, daß die Militärberichte davon nichts enthalten, ergo, was nicht in den Akten stehe, für ihn auch nicht existiere.

Es folgte die Interpellation unseres Genossen Heuser, betreffend die Ausweisungen und die Kofalantaten der kantonalen Polizei. Er beleuchtete besonders eingehend und kritisch die Ausweisung unseres Genossen Hauth, die ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterschaft ist. Er fragte sodann direkt den Justizdirektor Käggeli, ob es wahr sei, daß nach der öffentlichen Erklärung des Journalisten Frei dieser aus Regierungskreisen verbannt worden sei, eine öffentliche Bewegung für die Ausweisung Hauths zu inszenieren. Sodann ging er zu den übrigen 31 Ausweisungen über, wovon viele Familienkäter betroffen wurden, die Schweizerinnen zu Frauen haben, 10 und 15 Jahre in Zürich wohnten und nun barbarisch und brutal von der Familie gerissen wurden, weil sie wegen irgend einer Lappalie eine Polizeibüchse erhielten. Die Kofalantaten stellte er an einem Duzend bestimmter Fälle dar, wovon der schlimmste der ist, indem ein Polizist auf einen gefesselten Arrestanten den Hund hegte, der ihm 5 Wisse beibrachte, die ärztlich festgestellt sind. Er forderte vom Polizeidirektor Käggeli die Säuberung des Polizeikörpers von solchen Elementen. Polizeidirektor Käggeli machte sich in seiner geistigen und staatsmännischen Unzulänglichkeit die Sache sehr leicht. Gegen unseren Genossen Hauth brachte er einige Schmuddigkeiten vor, wie, er sei dreimal vorbestraft usw., verschwiege aber, daß es sich dabei nur um Preßvergehen und Geldbußen handelte. Man erfährt auch, daß gegen mehrere Polizisten Untersuchung im Gange sei. Aber zum Schluß erklärte er ganz a la Puttkamer, daß er in einem besonderen Tagesbefehl den sauberen Polizisten für ihre Leistungen Dank und Anerkennung ausprechen werde.

In einer längeren Rede legte unser Genosse Regierungsrat Ernst seinen Standpunkt dar, von dem aus er im Schoße der Regierung das Streikpostenverbot, das Militäraufgebot usw. bekämpft habe.

Nachdem noch Regierungspräsident Stöbel sein Sprüchlein hergesagt, wurde die Diskussion auf den 10. September vertagt. Das Endergebnis wird die rückhaltlose und anerkennende Billigung aller vorgekommenen Gewalttaten durch die kompakte bürgerliche Majorität sein, die an den vorgebrachten Schandakten ihre helle Freude hatte.

Deutsches Reich.

Militaristische Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Seit Monaten ist eine originelle Diskussion unter ehemaligen Offizieren und anderen Staatsrettern darüber entstanden, ob es möglich sei, durch eine Art politischen Instruktionunterrichts in der Armee den sozialdemokratischen Anschauungen entgegenzutreten. Die Mehrheit der Stimmen ging dahin, daß es eher bedenklich, als erfolgversprechend sei, wenn man in der Armee die soziale Frage behandle. Trotz alledem wogt der Streit noch hin und her. So befinden sich wiederum in der letzten Nummer des „Tag“ zwei Artikel über dieses Thema, die sich diametral gegenüberstehen. Ein Dr. Brünning, anscheinend Leutnant oder Hauptmann der Reserve, vertritt den Standpunkt, daß es durchaus nicht unmöglich sei, den Soldaten klar zu machen, daß die sozialdemokratischen Lehren Irrlehren seien, daß sie jeden Staat zugrunde richten und das Volk in erster Reihe schädigen müßten. Er selbst habe diese Art des politischen Dienstunterrichts praktisch erprobt. Bei seinen Landwehrrübungen habe er über dieses Thema besonders oft gesprochen. Auch habe er jeden Landwehrmann „stank und frei“ sprechen lassen, und er sei gewiß, daß diese Unterrichtsstunden Nutzen gestiftet hätten. Der Offizier habe aber noch ein besseres Mittel als den Dienstunterricht zur Hand, um die „sozialdemokratische Hege“ im Heere zu bekämpfen: die Kameradschaftlichkeit. Er brauche bloß den so verächtlich übertriebenen Herrenstandpunkt aufzugeben und auch im „gemeinen Soldaten“ den „Kameraden“ zu sehen, um der Sozialdemokratie nach und nach das Wasser abzugraben.

Der Auffassung dieses „Reserveoffiziers“ mit seinen schlappen Bivlananschauungen von allgemeiner Kameradschaftlichkeit tritt scheinbar ein anderer Sachverständiger gegenüber, der erklärt, daß es selbstverständlich ganz ausgeschlossen sei, daß sozialistische Fragen etwa während der Unterrichtsstunden in Form einer Diskussion zur Sprache gebracht werden könnten. „In der Armee wird überhaupt nicht diskutiert, sondern nach wohlbedachter Erwägung befohlen, erläutert und dann gehorcht.“ An dieser Disziplin könne nicht gerüttelt werden, denn ein „Bakterium mit den Truppen“ könne die deutsche Disziplin „gottlob“ noch nicht und werde es hoffentlich auch nie lernen. Es sei überhaupt ausgeschlossen, in den gewöhnlichen Instruktionstunden an politische Fragen zu rühren. Wohl aber sei es möglich, daß der Chef der Kompanie jedes nationale Ereignis und jeden Gedenktag dazu erhalte, um mit kurzen Worten

beim Appell auf die nationale Bedeutung dieser Tage hinzuweisen. Namentlich sei es aber unerlässlich, daß der Kompaniechef von Zeit zu Zeit „ernsthafte, aufklärende, politische Gespräche“ im Kreise seines Unteroffizierkorps anregt. Die Unteroffiziere der einzig ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, und der Hauptmann habe das höchste Interesse daran, daß seine Unteroffiziere zu einer „gewissen klaren politischen Einsicht“ gelangten.

Man sieht, dieser Herr setzt keine allzu großen Hoffnungen in die politische Aufklärungsarbeit der Herren Offiziere; höchstens erwartet er von einer politischen Bearbeitung der Unteroffiziere wenigstens die Bewahrung dieses Kernes der Soldateska vor der Infektion mit sozialistischen Ideen.

Wie auch das Resultat dieses Meinungsaustausches ausfallen mag: von einer Bekämpfung des Sozialismus in der Armee durch aktive oder Reserveoffiziere hat die Sozialdemokratie wahrhaftig nichts zu befürchten. Am allerwenigsten aber von dem „Geiste der Kameradschaftlichkeit“, von dessen Reinkultur ja die zahllosen Militärgerichtsverhandlungen ein so bereedtes Zeugnis ablegen! —

Herr Spahn über die Kolonialskandale.

Nun hat endlich auch ein älterer Zentrumsparlamentarier, der Abgeordnete Spahn, Veranlassung genommen, sich über die Kolonialskandale zu äußern. Die „Germania“ bringt einen längeren Bericht über eine Rede, die Herr Spahn am Sonntag in einer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Rheinbach gehalten hat.

Herr Spahn hat selbstverständlich nicht so kräftige Töne angeschlagen, wie Herr Erzberger. In der Sache selbst freilich hat auch er ein vernichtendes Urteil über unsere Kolonialwirtschaft fällen müssen. Herr Spahn betonte zunächst, daß es notwendig sei, daß auch für die Kolonien die Vorschriften über die Rechnungslegung zur Durchführung gebracht werden müssen. Die Schwierigkeiten, diese Durchführung zu erreichen, seien bei der mangelhaften Schulung des Personals in den Kolonien nicht gering. Die mangelhafte finanzielle Durchbildung der Beamten verhalte sich hauptsächlich, daß die Lieferungsverträge für die Kolonialtruppen nicht mit der nötigen Umsicht abgeschlossen seien. Der Reichstag müsse das Recht erhalten, eine Kontrolle auch über die kolonialen Finanzabläufe zu führen. Keiner der verantwortlichen Minister dürfe sich der Mission hingeben, daß sich hinter dem Rücken der Reichsmehrheit auf dem Verwaltungsweg eine eigene Kolonialpolitik treiben lasse.

Mit Recht wendet diesen Ausführungen gegenüber die „Freisinnige Zeitung“ ein, daß an der Korruption unserer Kolonialverhältnisse keineswegs nur die mangelnden Abrechnungen der Kolonien die Schuld trügen, sondern daß auch innerhalb der Kolonialabteilung selbst die größten Verstöße gegen das Staatsrecht gemacht worden seien. Diese Verstöße können aber keineswegs auf mangelhafte finanzielle Vorbildung zurückgeführt werden.

Herr Spahn verwies dann auf den Unterschied zwischen dem parlamentarischen und dem konstitutionellen System. Die Erklärung des englischen Ministeriums, es würde zur Bestrafung der Schuldigen in der letzten kolonialen Korruptionsaffäre die nötigen Maßnahmen ergreifen, werde vom englischen Volke als ausreichend betrachtet. Die englische Bevölkerung könne nämlich die Zurechtweisung des Verursachenden auch eingelöst werden, weil ein Vertuschungssystem von den Gegnern des Ministeriums zum Sturze desselben fruchtigster werden könne. Schon im Interesse seiner Selbsterhaltung werde das englische Ministerium also seine Versprechungen halten müssen. Dieser Grund des Vertrauens fehle in Deutschland!

Wir wollen nicht mit Herrn Spahn darüber streiten, ob die englische Bevölkerung tatsächlich Grund zu der Annahme hat, daß der Kolonialkorruption in England ernstlich zu Leibe gegangen werde. Die Kolonialkorruption steht so sehr im Wesen des Kapitalismus selbst, daß in diesem Punkte auch die jeweilige Opposition ein oder auch beide Augen zudrückt. Aber sei dem wie ihm wolle: Herr Spahn hat umsoweniger Ursache, sich auf den englischen Konstitutionalismus zu berufen, als ja unser Zentrum nicht einmal den Mut hat, gegen einen Reichskanzler vorzugehen, dem von einem seiner eigenen Abgeordneten Begünstigung des Vertuschungssystems der kolonialen Korruption nachgewiesen worden ist! Das Zentrum könnte selbst bei unseren heutigen absolutistischen Zuständen selbst höchstgestellte Verantwortliche der Kolonialkorruption stürzen, wenn es dadurch nur seine fraktionellen Interessen nicht zu gefährden fürchtete! —

Er soll sich nicht vor den Bandh hängen lassen!

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwört ihren Red, doch ja nicht nachzugeben, sondern seinen Ministerposten mit aller Energie zu verteidigen. Der Augen habe zu sehen, müsse wahrnehmen, daß es sich um eine politische Hege gegen den Land- und Wirtschaftsminister handele, zu welcher der Name Tappelskirch nur den Vorwand diene. Die Wege gegen Robbieloff habe drei Ursachen. Erstens sei er der am weitesten rechts stehende Minister, zweitens verdanke seinen Bemühungen in erster Linie die Land- und Wirtschaft den jetzigen Aufschwung und drittens habe man es sich vermerkt, daß er der Presse mit dem bekannten Worte gespotet habe: „Ich weise auf die Presse und die sogenannte öffentliche Meinung“.

Die ganze Tappelskirch-Robbieloff-Affäre sei durch „Weiberklatsch“ entstanden. Es scheine schon jetzt festzustehen, daß es sich „um nichts weiter als ein Freundschaftsbarleben von einigen Tausend“ handele. Die Beteiligung des Landwirtschaftsministers an dem Tappelskirch'schen Geschäfte sei durchaus einwandfrei. Viele Landwirte und Vaterlandsfreunde riefen deshalb ihrem Red zu: Welche nicht zurück, sondern sege dich kräftig zur Wehr!

Wir haben schon neulich erklärt, daß es uns ganz recht wäre, wenn die Agrarimmoral schließlich triumphierte und Red auf seinem Plage bliebe. Ein prächtigeres Agitationsmittel könnte sich die Sozialdemokratie gar nicht wünschen! —

Eine Kritik unserer Sozialgesetzgebung.

Unsere sozialpolitischen Versicherungsgeetze stellen nicht eine einheitliche Arbeit, nicht das Ergebnis einer ruhigen Rechtsentwicklung dar. Es handelt sich vielmehr um Gelegenheitsgeetze, die auf äußere Anregung aus zufälligem Anlaß, jedenfalls ohne vertiefte Durchbildung zustande gekommen sind. Die Materialien dieser Geetze dürfen daher für ihre Auslegung nicht herangezogen werden.

Diese mehr als sonderbare Auffassung über unsere soziale Fürsorgegesetzgebung hat just das — Berliner Landgericht in einer Entscheidung vom 22. März des Jahres Eintausendneuhundertundsechs niedergelegt. Zu dieser salomonischen Entscheidung auch nur ein Wort der Kritik zu äußern, würde die Wirkung derselben auf den Sozialpolitiker nur abschwächen. Indessen glauben wir doch sagen zu sollen, daß der Regierung und dem Reichstag nicht mehr gesagt werden konnte! —

Nationalliberale Antisemiten.

Am Sonntag tagte, wie ein Nachrichtenbureau mitteilt, in Friedberg (Oberhessen) eine Konferenz, um die Ueberführung der dreimal wöchentlich erscheinenden antisemitischen „Deutschen

Volkswacht“, dem Organ der Herren Hirschel und Pöfker, in ein Tageblatt unter Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zu beschließen. Die „Deutsche Volkswacht“ soll vom 1. Januar 1907 ab täglich erscheinen. Landtagsabgeordneter Hirschel soll Direktor des Unternehmens werden, zu dessen Funderung ein Betrag von 120 000 Mark aufgebracht werden soll. Das Nachrichtenbureau sagt dann, an dem Kapital fehle es nicht, da schon namhafte Beträge gezeichnet seien, so 10 000 M. vom Grafen Oriola, 10 000 M. von Luke-Petershausen, 10 000 M. vom Herrn v. Hehl zu Herrnsheim, 15 000 M. vom Baumaterialienhändler Ulrich-Friedberg. An dieser Umformung eines antisemitischen Wochenblattes in ein Tageblatt ist weiter nichts bemerkenswert, als daß Freiherr v. Hehl und Graf Oriola, die Führer der nationalliberalen Partei in Hessen das Geld dazu geben! Daß zwei Führer der nationalliberalen Partei mit ihrem Gelde das Publikationsorgan einer gegnerischen rechtshabenden Partei aushalten, ist auf alle Fälle ein interessantes politisches Sittenbild. — Die Umleitung der „Volkswacht“ scheint in erster Linie deshalb vorgenommen zu werden, um Herrn Hirschel eine neue Existenz zu schaffen. Hirschel war in Friedberg bislang Redakteur einer landwirtschaftlichen Genossenschaft, in welcher Eigenschaft er sich eine staatsanwaltliche Anklage wegen Unterschlagung zugunsten der Verhandlungen hieüber schweben ließ.

Ausland.

Ungarn.

Korruption. Um die Gesetzwidrigkeiten und Gewalttätigkeiten der Regierung totzuschweigen oder zu beschönigen, wird in Ungarn nach berühmten Mustern die Presse gespielt. Das ist von altersher so Brauch, und auch das jetzige „große Ministerium der nationalen Wiedergeburt“ macht hierüber keine Ausnahme. Gerade diese Regierung hat so viel versprochen und hält so wenig, daß sie große Summen an Bestechungen und Korruptionsgeldern verwenden muß. Dieser Lage konnte das oppositionelle Blatt „Magyar Szó“ folgendes berichten: Am 4. August hat der Handelsminister Koltuth mittels Verordnung die Direktion der königlich ungarischen Staatsbahnen angewiesen, dem Preßbureau im Ministerpräsidium 50 000 Kronen zu zahlen. Die Staatsbahndirektion hat daraufhin dem Preßbureau diese Summe übermitteln. Der Veröffentlichung waren ganz genaue Daten und die Altzeichen beigefügt, so daß der Dementierapparat nicht in Funktion treten konnte. Dagegen erfolgte eine offiziöse Erklärung, die noch mehr befähigte. Sie besagte, daß „das Handelsministerium und die übrigen Ministerien angewiesen waren, den von der vorigen Regierung erschöpften Dispositionsfonds teilweise zu ersetzen, weil man sowohl in Ungarn wie auch sonst wo ohne Dispositionsfonds nicht regieren könne.“ Danach hat man also die Mittel zu Bestechungen auch aus anderen Staatskassen entnommen, jedes Ministerium aus den ihm zur Verfügung stehenden Resertkassen. Nun aber bringt der „Magyar Szó“ auch noch den Beweis, daß die Behauptung von der Erschöpfung des Dispositionsfonds durch die vorige Regierung erlogen ist. —

Frankreich.

Der Pöppel auf dem Kriegsspfad.

Paris, 28. August. (Fig. Ver.)

Behorham ist des Christen Schma! Befähigt nehmen die Bischöfe den ordinären Tölpelreich hier, der in der Enghilka aus einer Zweidrittelmajorität für die Annahme des Trennungsgesetzes eine einmütige Opposition dagegen gemacht hat. Ihre einzige Bedanke ist der Vertrat des Schwundes an die Öffentlichkeit und diese Bedanke ist in der Tat wirkungsvoll genug. Strenge Verschwiegenheit hat Berry del Val der Bischofsversammlung geboten und nun wurden ihre Geheimnisse mit fast protokolllarischer Genauigkeit im „Temps“ und „Etoile“ enthüllt. Nicht als Insignie, schmeigsam an der Wahrheit vorübergehende Diplomatie erscheint nunmehr die vatikanische Politik, sondern als gemeine Wald- und Wiesenläge und ihre ertappten Leiter sind in die unerfreulichste Schulden-situation geraten. Eine ärgere Blamage hätte der römischen Kirche nicht zustehen können, zumal in dem Augenblick, wo sie an die Glaubensmündigkeit und die sittliche Kraft der ihr noch anhängenden Massen appelliert.

Ist nun so viel Licht auf die Politik der Kurie gefallen, so hat es sie doch nicht im geringsten verständlicher gemacht. Von 74 französischen Bischöfen haben 48 die Anpassung der Kirche an das Trennungsgesetz für möglich gehalten. Statuten für die Kultusassoziationen und für die Departementsverbände sind ausgearbeitet worden, die dem Staatsgesetz wie dem kanonischen Prinzip gleichermäßen Rechnung tragen. Im Grunde ist das Prinzip, das für die Kirche die Hauptsache bleiben muß, die Autorität der Hierarchie, schon im Artikel IV des Trennungsgesetzes festgelegt, und ob die Kirchengemeinde nach dem historischen Grundfah der Stiftung oder mehr nach dem modernen des Vereins konstituiert ist, kommt für die Praxis des kirchlichen Lebens daneben nicht mehr viel in Betracht. Und dieser reichlich erwägenden und vorsichtig beschließenden Kirchenversammlung schlägt der vatikanische Politiker geradezu ins Gesicht. Sie, die französischen Bischöfe urteilen aus ihrer Kenntnis der religiösen Bedürfnisse des Landes, des Glaubensifers und der politischen Stimmung des Volkes. Worauf hat die Kurie ihre Entscheidung gegründet? Etwa auf die Unvereinbarkeit der staatlichen Einrichtung auf die weltliche Organisation der Kirchengemeinden mit den kanonischen Grundfahen? Aber diese Einwirkung duldet die Kirche in noch höherem Maße in anderen Staaten. Und Kardinal Ber-mutelli, der doch wohl auch die Autorität der Kirche nicht untergraben will, hat dieser Tage erklärt, die Kultusassoziationen seien schließlich annehmbar gewesen, nur die im Geleß ausgesprochenen finanziellen Beschränkungen hätten die Kirche in eine unvürdige Unfreiheit gebracht.

Was will Rom eigentlich? Seine Politik ist so erstaunlich, daß man versucht wird zu glauben, hier sei nicht Bius X. täppische Dauernhand, sondern die geschulten Finger eines fähigen Intrigantentums im Spiel. Die Ablehnung des Trennungsgesetzes, das bedeutet, daß das kirchliche Leben auf die Basis des allgemeinen Vereinsrechts und der losen Privatvereinigung gestellt werden muß. Das bedeutet aber auch die Schwächung der Weltgeistlichkeit im Verhältnis zur Kongregation, die den größten Teil ihrer Habe im Ausland und durch Strohmänner auch im Inland in Sicherheit gebracht hat. Wenn die Güter der Kirche den weltlichen Wohlfahrtsinstituten zufallen und die Kirchengebäude von radikalen Gemeinden gesperrt werden, wenn in ärmeren oder religiös gleichgültigeren Diözesen die katholischen Religionsvereine in finanzieller Bedürftigkeit bleiben, dann wird der Einfluß der überall eingreifenden und von der Staatsgewalt nicht zu pazenden Kongregation im französischen Katholizismus übermächtig werden. —

Italien.

Eine Referistenmeuterei. Aus Turin wird vom 29. August gemeldet: Referisten kam es in Castella Monte zu Unruhen der Referisten, die darüber unzufrieden waren, daß die Behörden die zugehörte Geldunterstützung für ihre Familien noch nicht ausbezahlt hatten. Die Referisten meuterten und empfangen die Offiziere, welche sie beruhigen wollten, mit Steinen warfen. —

Polizistenstreik

Einer Nachricht aus Rom vom 29. August zufolge sind die Kasernen der Municipalgarde wegen des Ausstandes von der Garde verlassen. Die Bevölkerung veranstaltete Sympathie-demonstrationen zu ihren Gunsten und unterführt sie auch materiell. —

Spanien.

Neues Auffommen des Generalstreiks melden die Telegramme aus Bilbao und Santander. Die Meldungen lauten: Santander, 28. August. Die Ausständigen drangen in die Stadt ein und verübten Ausschreitungen. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei gaben die Ausständigen Revolverkugeln auf die Polizisten

ad; letztere erwiderten das Feuer. Ein Ausständiger wurde getötet, zwei Ausständige sowie ein Polizist wurden verwundet. Die Läden sind geschlossen; die Bevölkerung ist in Aufregung. Es treffen Verstärkungen ein.

Santander, 28. August. Die Lage verschärft sich. Alle Werke feiern. Die Bergwerksverwaltungen verlangen die Entsendung von Militär. Aus Camargo kommen beunruhigende Meldungen. Die Ausständigen zerstörten die Grubenbahnen. Ein Dynamitlager ist geplündert worden. Eine Eskadron brach in Güimárichen nach Camargo auf.

Westindien.

Die Revolution auf Kuba.

Havana, 29. August. Nach einer Meldung vom 28. August hat sich die Lage nicht gebessert. In der Provinz Santa Clara ist es den Regierungstruppen gelungen, die Insurgenten zu zerstreuen.

Gewerkschaftliches.

Polizei und Unternehmertum.

Dass die Beziehungen zwischen Polizei und Unternehmertum sehr innig sind, ist schon öfter in der Presse nachgewiesen worden. Wo irgend ein Streik einmal dem Profite Abbruch tun könnte, tritt in überraschend kurzer Zeit die Polizei zur Rettung des bedrohten Kapitals in Aktion.

Dieser Tage stand der Genosse **Schmitt**, Gewerkschaftssekretär in Düsseldorf vor den Schranken des Schöffengerichts in Gerresheim unter der Beschuldigung, durch eine solche Behauptung in einer Glasarbeiterversammlung die Polizei beleidigt zu haben. Außerdem war er und der Glasarbeiter **Kieleas** wegen Beleidigung des Polizeiwachmeisters **Sattler** angeklagt.

Heye hatte bemächtigelt ganze Trupps russischer Arbeiter angeworben, um billige und — was sehr ins Gewicht fiel — unorganisierte, willige Arbeiter zu haben. Plötzlich erfuhr er durch eine Denunziation, daß von dem Glasarbeiter **Kieleas** eine starke Agitation für den Verband unter den russischen Arbeitern entfaltet werde und daß diese Agitation von Erfolg begleitet sei. **Kieleas** mußte zum Betriebsdirektor, der ihm kurz erklärte, daß, wenn er sich nicht ruhig verhalte, er an Rußland ausgeliefert werde. Und diese Drohung, obgleich **Kieleas** nur in Rußland gearbeitet hat, aber medienburgischer Staatsbürger ist.

Einige Stunden nach der „Verwarnung“ mußte **Kieleas** einer Einladung zum Polizeibureau folgen, wo ihm von dem Polizeiwachmeister **Sattler** eröffnet wurde: wenn er ein Aufwiegler sei, käme er über die Grenze. Als der „Berruchte“ sich rechtfertigen wollte, soll der Wachmeister ausgesprochen sein und ihn in Unteroffiziersmanier bedroht haben. Diesen Zusammenstoß teilte **Kieleas** dem Genossen **Schmitt** mit, der denselben dann in dem Vortrag zum Besten gab. Vor Gericht stritt der Wachmeister ab, sich in der ihm vorgeworfenen Form geäußert zu haben. Ihm habe man mitgeteilt, daß eine starke Agitation unter den Russen entfaltet werde und daß **Kieleas** die Leute in den Verband zwingen. Aus dem Grunde habe er denselben vorladen lassen, es sei von „einer herunterhauen“ gesprochen worden; aber in einem anderen Sinne. **Kieleas** behauptete, die Sache habe sich so zugetragen, wie **Schmitt** sie wiedergegeben.

Ein russischer Glasarbeiter, der bezeugen sollte, daß er in den Verband „gezwungen“ worden sei, erklärte, er sei einer Einladung zum Polizeibureau gefolgt; dort habe ihn der Wachmeister **Sattler** dreimal schlagen wollen; er sei den Schlägen aber ausgewichen. Die Polizeibeamten hätten von ihm verlangt, daß er aussagen solle, **Kieleas** habe ihn in den Verband gezwungen. Um nun Ruhe zu erhalten, habe er dieses auch gesagt. Auch diesen Zeugen stellte der Wachmeister als unglaubwürdig hin. Der Verteidiger der Angeklagten sagte der Polizei keine Schmeichelein. Sie habe sich um die Organisationsverhältnisse der Glasarbeiter nicht zu kümmern; ihr ginge gar nichts an, wer in dem Verband sei und durch wen die Arbeiter hineinkommen. — Das Gericht sprach den **Kieleas** frei, verurteilte aber den Genossen **Schmitt** wegen öffentlicher Beleidigung der Polizei zu 50 M. Geldstrafe.

Durch die Gerichtsverhandlung wurde das innige Verhältnis der Polizei oder einzelner Polizeiorgane zum Unternehmertum wieder drastisch beleuchtet, auch wieder die „zarten“ Umgangsformen auf verschiedenen Polizeibureaus enthüllt.

Berlin und Umgegend.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes ersucht um Aufnahme folgender Zeilen: In der Mitteilung von dem Streik der Schreibmaschinenfabrik **A. S. B.** ist zu lesen, daß der Streik um eine geringfügige Lohnaufbesserung geführt wird. Das ist nicht der Fall. Der Streik ist ein Abwehrstreik, der wegen der Einführung der schlechten **Alfordpreise** entstanden ist.

Die streikenden Kohlenarbeiter haben neuen Zugang erhalten, wie in ihrer stark besuchten Versammlung am Mittwochvormittag bekannt gemacht wurde. Am Potsdamer Hafen haben 66 Kohlenarbeiter, die bisher noch arbeiteten, sich den Streikenden angeschlossen, wie Genosse **Werner** berichtet, der sie als Mitkämpfer unter dem Beifall der Versammlung begrüßte. Die Firma **Strobe** in Roabit hat 43 Pf. pro Stunde, aber das Minimum ist 45 Pf., und 16 Mann haben dort die Arbeit niedergelegt. Die Firma „Gütauf“, die ihren Arbeitern drohte, daß bis Montag oder Dienstag alle Stellen besetzt sein würden, sucht jetzt eifrig nach Arbeitern, ebenso sind die Anzeigen von vier anderen Firmen in hiesigen Blättern zu finden. — Genosse **Werner** las der Versammlung die Zuschrift der Eisenbahndirektion an den „Vorwärts“ vor und meinte: Die Direktion entschuldigt die Streikarbeit, aber man hört deutlich heraus: „Wir haben's gemacht und wir werden es weiter so machen.“ — In der letzten Versammlung der Großhändler war die Stimmung sehr schlecht, wie aus guter Quelle verlautete, aber noch immer gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Arbeiter jeden „nächsten Tag“ doch endlich kommen müßten. **Werner** machte eindringlich darauf aufmerksam, daß die stärkste Macht der Arbeiter in ihrer Einigkeit besteht.

In der Diskussion wiederholten sich die Klagen über Belästigungen der Streikposten durch die Polizei. Wo aber die Streikenden mit den Schulheuten gut auskommen, scheint man an anderer Stelle nicht damit zufrieden sein. So sind in Roabit 20 Schulheute aus anderen Redereien (1) auf bestimmte Posten gestellt worden. Die Arbeitswilligen werden mit rührender Fürsorge umgeben, sie erhalten an manchen Plätzen Bier und Essen und werden zur Arbeit geführt und abgeholt. — Nach der Versammlung fand eine Vertrauensmännerversammlung statt.

In unserer Nummer vom 24. August berichteten wir irrtümlich: „Der Vorwärtige machte bekannt, daß wieder eine Firma, **Schad** in Halensee, die Forderungen des Verbandes vollständig bewilligt habe.“ Hier muß es heißen, daß eine Einigung stattgefunden hat, und zwar auf folgender Grundlage: zehnstündige Arbeitszeit, Lohn pro Stunde 45 Pf., Ueberstunden 50 Pf., Rühler erhalten

33 M. Wochenlohn, Alfordarbeiten, wenn solche gemacht werden, sollen nach den Playverhältnissen geregelt werden.

Ziel Gehreie und wenig Wölfe.

Die angekündigte Aussperrung der Schildermaler kann jetzt schon als ein Fiasco der Scharmacher angesehen werden. Von einem Stillstand der Betriebe kann man nicht reden. Bis Mittwoch war, alles in allem genommen, fünfzehn Schildermaler angekündigt, respektive waren diese entlassen worden. Was diese Zahl bedeuten will, erhellt daraus, daß es mehr als 175 organisierte Schildermaler in Berlin gibt. Die Haupt- und Staatsaktion der organisierten Fabrikanten ist also bisher nicht recht gegliedert. Ausgesperrt wurden die Gehilfen in erster Linie bei den Firmen: **Schmiedel, Leichert, Kaufmann, Rogosch, Seny, Könnig und Hauser**. Die übrigen Firmen machten die Komodie nicht mit. Und sollten sie es noch tun, so folgen sie sicher nur dem terroristischen Druck des Herrn Generalsekretärs **Rasse** und der Unternehmerorganisation, der sie sich durch Konventionalstrafen verpflichtet fühlen. Mancher Unternehmer wird dadurch gegen seinen Willen in schwere geschäftliche Schädigungen gestürzt. Die Aussperrung seitens der Unternehmer erfolgt, um die Organisation der Schildermaler zu vernichten. Es handelt sich nicht darum, irgend welchen unbefriedigten Lohnansprüchen der Arbeiter entgegen zu treten. Von sämtlichen Fabrikanten wurde den Malern bei der Entlassung resp. Abmündigung gesagt: „Wir zahlen Ihnen den von Ihrer Organisation geforderten Lohn und noch mehr und Sie können zu den Bedingungen des Tarifs bei mir arbeiten, aber treten Sie aus Ihrem Verband aus!“

Und weil die Arbeiter ihr Koalitionsrecht nicht verkaufen und weil sie sich nicht rechtlos machen lassen wollen, darum verfolgt, entläßt man sie, darum verlegt man so und so viele kleine Geschäfte in Schwereigkeiten und darum blamieren sich die Herren organisierten Fabrikanten mit ihren Aussperrungsdrohungen, die sie doch nicht wahr machen können. Denn auf der einen Seite sperren einige Unternehmer aus, auf der anderen Seite werden die Aussperrten wieder eingestellt.

Vom Genossen **Hanke** erhalten wir mehrere Zuschriften, in denen er behauptet, daß die Darstellung der „Vorwärts“-Geschäftsleitung über die Umstände bei seiner Entlassung unrichtig seien. Demgegenüber bestätigen uns die Genossen **Michaels** und **Jünemann** als Nachbeteiligte, daß die Erklärung der Geschäftsleitung in der Nummer vom 28. August in jeder Beziehung den Tatsachen entspreche. — Wir begnügen uns mit dieser Feststellung, weil weder wir noch unsere Leser ein Interesse daran haben, sich den „Holl Hanke“ in endlosen Erklärungen und Gegenklärungen durch die Spalten des „Vorwärts“ hinziehen zu sehen.

Zum Stand des Teppichweberstreiks bei der Firma **Progen** in Stralau ist zu berichten, daß die Musterzeichner in genanntem Betriebe von der Firma durch Unterschreiben eines Brevets gezwungen werden, Streikarbeit zu verrichten. Die Unterschreiber werden in der Druckerlei beschäftigt mit Arbeiten, die sonst von den weiblichen Arbeiterinnen verrichtet wurden. Da die Druckerinnen in voller Zahl sich an diesem Lohnkampf beteiligen, so muß man sich wundern, daß die Herren Musterzeichner, welche einen besonderen Bildungsgrad zu besitzen glauben, sich zu einer solchen Handlung verleiten lassen. Dieses Mittel wird von der Firma angewendet, um Unfrieden in den Reihen der Ausständigen zu stiften. Diese sind aber fest entschlossen, im Kampfe weiter auszuharren.

Deutsches Reich.

Eine „neue“ Enthüllung.

In einer Reihe von Scharmacherblättern lesen wir: „Aus Anlaß der zahlreich verloren gegangenen Streiks waren die Hauptvorstände der deutschen Zentralverbände der Gewerkschaften nach Berlin berufen, um die Frage zu diskutieren, wie man dem Unternehmertum ein Paroli bieten könne, und ob die bisherige Taktik bei den Streiks richtig wäre, und ob es sich nicht empfehle, einen Generalstreikfonds zu errichten. Es sind wohl sicher 100 Personen gewesen, darunter die beiden Reichstagsabgeordneten aus dem Bergarbeiterstand **Sachse, Hue**, ferner die Reichstagsabgeordneten **Kob. Schmidt, Legien** usw. Das hochwichtige Protokoll über die Verhandlungen, welche streng vertraulich geführt wurden, ist nun den Anarchisten in die Hände gefallen. Der „Anarchist“ wird, wie wir erfahren, dieses Geheimprotokoll als Broschüre veröffentlicht, die Anarchisten erklären, daß sie sich mit dieser Veröffentlichung den Dank der deutschen Arbeiterklasse verdienen und sich in diesem Glauben durch etwaiges Geschwätz der Verbandsleiter-Presse über Berrat nicht beirren lassen werden.“

Wir können der Scharmacherpresse zu ihrer Verurteilung mitteilen, daß es sich bei diesen angeblich „neuen“ Enthüllungen um nichts anderes handelt, als um eine andere Stelle des Protokolls, dessen Abschnitt über „Partei und Gewerkschaften“ wir veröffentlicht haben.

Das wollen wir dabei auch gleich betonen: Wer es fertig bringt, der Öffentlichkeit und damit dem Unternehmertum Erörterungen über die Abwehrtaktik der Arbeiterschaft gegenüber den Aussperrungspraktiken der Scharmacher mitzuteilen, der mag sich schüteln, so viel er will, der berechtigte Vorwurf des Verratums an der Arbeiterbewegung bleibt an ihm hängen! Nicht einmal die Komödie einer Selbsttäuschung über die Wirkung einer solchen Veröffentlichung würde die Arbeiterschaft von der richtigen Einschätzung einer solchen Verfälschung abzubringen vermögen!

Die Sympathieumgebungen für die streikenden Stettiner Hafenarbeiter mehren sich mit jedem Tage. So hießen am Montagabend die Seelen sowie die in den Hafenbetrieben beschäftigten Arbeiter, Hauptwerker und die Handels- und Transportarbeiter in Stettin eine stark besuchte Versammlung ab, in der das Verhalten der **Reeder** von familiären Rednern stark gegetelt wurde. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste das Verhalten der hiesigen **Reeder**, die die unumgänglichen Herren im Hause spielen wollen. Die Anwesenden verpflichten sich, die Hafenarbeiter moralisch und materiell aufs kräftigste zu unterstützen.“

Die Streikenden hatten gestern vormittag eine gut besuchte Versammlung, in der berichtet wurde, daß die vorhandenen Streikbrecher fast durchweg jugendliche Leute seien, die den geforderten Aufgaben nicht gewachsen wären. Von jetzt ab wird eine schärfere zweiseitige Kontrolle am Tage angeordnet. Wer sich nicht füge, gehe der Streikunterstützung verlustig. Die Leistungen der Streikbrecher seien minimal. Auch die Matrosen der einzelnen Dampfer, die durch die Seemannsordnung zur Arbeit verpflichtet seien, legten sich nicht sonderlich ins Zeug. Die Lage sei also, wie Genosse **Kedel** ausführte, keineswegs ungünstig für die Streikenden. Große Enttäuschung wurde laut, als in der Versammlung bekannt gegeben wurde, daß selbst den sozialdemokratischen Stadtverordneten nur in Begleitung eines Hafenbeamten der Zutritt zum Freihafen gestattet werde. Diese Maßregel wird aber in der morgenden Stadtverordnetenversammlung genügend beleuchtet werden. Namens der Lokomassessor **Laubinger** brieflich angefragt habe, ob Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts erwünscht seien. Die Streikleitung stehe nun auf dem Standpunkte, daß diese Anregung nicht zurückgewiesen werden dürfe. Man werde aber von vornherein keinen Zweifel darüber auskommen lassen, daß solche Verhandlungen nur auf der Basis der neuen Forderungen stattfinden könnten.

In gestern Abend waren die Arbeiter der Vororte **Stolzenhagen, Gohlw und Frauendorf** zu einer öffentlichen Versammlung einberufen, um ebenfalls Stellung zu dem Streik zu nehmen.

Das Protokoll an die Hafendirektion wegen Sperrung des Freihafens hat folgenden Wortlaut:

„Die im Ausstand befindlichen Hafenarbeiter Stettins protestieren hiermit ganz entschieden gegen die von der Hafendirektion getroffenen Maßnahmen zur Aussperrung des Freihafens. Sie sehen in den Maßnahmen der Direktion eine unerhörte Bevormundung des Schiffsverbandes der Stettiner Reeder, Waller, Agenten usw. und eine Verletzung der Stettiner Hafenarbeiter, denen hierdurch das ihnen durch Gesetz gewährte Recht des Streikpostenslebens und der Beschäftigung der Arbeitswilligen über die wahre Sachlage genommen ist. Die Arbeitswilligen, mit denen die Stettiner Hafenarbeiter Mitleid sprache genommen haben, sind nach ihrer eigenen Aussage alle nur durch Lügen nach hier gelockt worden und nach Ausflüchtung der wahren Tatsachen sofort wieder nach ihrem Herkunftslande gereist. Es steht ja der Direktion vollkommen frei, für den Schutz der Arbeitswilligen Sorge zu tragen, aber ohne gegen die den Hafenarbeitern gleichmäßig gewährten Rechte zu verstößen. Die Hafenarbeiter müßten sonst den Schluß ziehen, daß die Verwaltung des Freihafens eine Klassenverwaltung ist.“

Achtung! Holzarbeiter! Nachdem der Streik in Lübeck aufgehoben ist, sind die Streikenden noch ausgesperrt. Die Arbeitgeber wollen den Arbeitern einen Vertrag aufzwingen, welcher ganz wesentliche Verschlechterungen gegenüber den früheren Arbeitsbedingungen aufweist. Zugunsten von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern ist deshalb strengstens fernzuhalten. Ortsverwaltung Lübeck.

Ein partieller Maurerstreik ist am Dienstag in Jena ausgedehnt. Am dortigen Universitätsneubau haben über 60 Maurer die Arbeit niedergelegt. Der Bewegung schlossen sich auch die böhmischen Maurer mit ihren Frauen an, während hierzehn Bayern stehen geblieben sind. Das Verhalten der letzteren bildet auch die Ursache des Ausstandes; sie haben mit dem Baumeister einen **Alfordvertrag** abgeschlossen, der die Unzufriedenheit der übrigen Maurer erregte. Als diese um sofortige Auflösung des Vertrages vorstellig wurden, dieselbe aber erst für den 15. September in Aussicht gestellt worden war, machten sie von dem Rechte der Arbeitsverweigerung Gebrauch. Das Befremdliche an dem Vorgang ist, daß auch die Bayern organisiert sind; sie müßten auf jeden Fall einen Weg finden, um sich mit ihren Kollegen zu verständigen. Eine Anzahl der Streikenden ist bereits abgereist.

Die Verkehrtförderung.

Der Arbeiter Heid stand gelegentlich des Glasarbeiterstreiks in Järfth früh 5 1/2 Uhr vor einer Fabrik Posten. Obgleich sich noch kein Mensch auf der Straße befand, war das eine „Verkehrtförderung“, die mit drei Tagelöhner mit einem Portier mitten auf dem Trottoir — das war natürlich keine Verkehrtförderung. — Der Arbeiter **Schmidt** stand an einem anderen Tag früh morgens um 8 Uhr an der nämlichen Stelle. Auf der Straße waren neben zwei Schulheuten nur eine Anzahl Kagen zu sehen. Auch dieser Streikende wurde wegen „Verkehrtförderung“ zu drei Tagen Haft verurteilt. — Der Arbeiter und Musiker **Grabel** passierte an einem anderen Tag ebenfalls nachts 3 Uhr, zu welcher Zeit er vom Passieren kam, diese gefährliche Stelle. Wiederum eine „Verkehrtförderung“: drei Mark Geldstrafe! — Das bringt Justitia mit verbundenen Augen fertig!

Ausland.

Brauerarbeiter! Achtung! Die Brauerarbeiter Deutschlands werden gebeten, den Zugang nach dem Großherzogtum **Luzemburg** fernzuhalten. Die dortigen Brauerarbeiter befinden sich im Streik wegen Nichtanerkennung der Organisation. Aufmerksamkeit wollen wir noch machen darauf, daß die Verhältnisse in Luxemburg sehr schlecht sind. Brauerarbeiter! Unterstützt die Luxemburger Kollegen in diesem Kampfe um das Koalitionsrecht!

Eingegangene Druckschriften.

Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterlöhne für 1905. 201 Seiten. Verlag A. Göttinge in Hamburg.

Religionsgeschichtliche Volksbücher. Herausgeber R. Schick. II. Reihe. 8. Heft. Elias, Jakob und Daal. Von H. Gunkel. Preis 50 Pf. Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen.

17. Internationaler Kongress der Grubenarbeiter. Abgehalten in Westminster-London. Verlag L. Hyton jun., Manchester (England).

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahrscheinliches Ende des Leipziger Steinsetzerstreiks.

Leipzig, 20. August. (B. G.) Der Streik der gesamten Steinsetzer wird voraussichtlich morgen auf dem Wege gütlicher Vergleichung beendet werden.

Arbeiterrisiko.

Essen, 20. August. (B. G.) Bei dem Erweiterungsbau der Eisenbahndirektion durchschlugen mehrere Steine ein Gerüst, auf dem drei Arbeiter standen. Einer der Arbeiter war sofort tot, ein zweiter wurde lebensgefährlich verletzt, der dritte konnte sich retten.

In gefährlicher Situation.

Paris, 20. August. (B. G.) Ein Diplomat, welcher in verwandtschaftlicher Beziehung zu Stolypin steht, erklärte im Laufe einer Unterredung mit einem Medaillen der „Patrie“, der Jar dürfe den Palast nicht verlassen, damit er den Terroristen nicht zum Opfer falle. Sein Tod würde die Lage in Rußland verschlimmern. In Bezug auf die augenblickliche Lage erklärte er des weiteren, er glaube nicht, daß die Konzeptionen, welche die Partei der Kadetten in ihrem Programm für die Duma aufgestellt haben, die Revolutionäre veranlassen werden, die Waffen niederzulegen. Sollten die Revolutionäre die Oberhand erhalten, so würden sie alles umstürzen und eine fürchtbare Revolution heraufbeschwören, welcher eine ebenso fürchtbare Reaktion folgen würde.

2000 Menschen obdachlos.

Petersburg, 20. August. (B. T. B.) Wie aus Kamyschin (Gouvernement Saratow) gemeldet wird, ist das zum dortigen Kreise gehörende Dorf **Nordowo** abgebrannt. Durch den Brand sind 2000 Menschen obdachlos geworden.

Die revolutionären Führer Moskaus verhaftet.

Moskau, 20. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Führer der hiesigen örtlichen sozialrevolutionären Gruppe sind verhaftet worden. Die Gruppe verfügte über bedeutende Mittel und unterhielt eine eigene Tischlerei, Schlosserwerkstatt und Bäckerei.

Die Lage auf Kuba.

Havana, 20. August. (B. G.) Die Rebellion hat eine neue Ausdehnung in der Provinz **Pinar del Rio** genommen. Auch in der Umgebung von **Santiago de Cuba** machen sich Unruhen bemerkbar. Die Regierung stellt Freiwillige ein und scheidet auch nicht davor zurück, zwangsweise Wehr unter die Fahne zu stellen. Die Lage ist sehr ernst. Die Regierung läßt große Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten kommen.

Zur Erdbebencatastrophe in Chile.

Santiago de Chile, 20. August. (B. T. B.) Die Untersuchungen in der Nacht von **Valparaiso** ergaben, daß auf dem Grunde der Nacht keine wesentliche Veränderung eingetreten ist.

Anträge

zum

sozialdemokratischen Parteitag

am 23. September und folgende Tage

im Apollo-Theater zu Mannheim G. 6. 3.

Zur Tagesordnung:

- 1. Werden, Lüneburg, Friedrichstadt und Genosse Helfer in Misdorf beantragen, auf die Tagesordnung „Die Alkoholfrage“ zu setzen.
2. Wahlverein für den dritten sächsischen Wahlkreis: „Die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung“ auf die Tagesordnung zu setzen.
3. Potsdam-Dshabelland: „Partei und Gewerkschaft“ auf die Tagesordnung zu setzen.
4. Potsdam-Dshabelland: Zu Punkt 4 der Tagesordnung, „Maifeier“, den Genossen Wömelburg als zweiten Berichterstatter zu wählen.
5. Dresden, Hanau, Mühlhausen in Thüringen, Plauen, Nieder-Varnim, Bochum, Breslau und Potsdam-Dshabelland: Zu Punkt 5 der Tagesordnung einen zweiten Berichterstatter zu stellen. Als zweiten Berichterstatter entweder den Genossen Pögen oder ein anderes Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften zu wählen.

Bericht des Parteivorstandes.

- 6. München: Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes ist um einige Genossen zu vermehren und diese Stellen mit hervorragenden Gewerkschaftsführern zu besetzen.
7. Straßburg (Stadt): Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand ist zu verstärken. — Um eine dauernde Verbindung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation zu erreichen, beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die Bildung eines Aktionsausschusses, zusammengesetzt aus Vertretern der beiden Körperschaften, in Verbindung zu treten und das Ergebnis der Verhandlungen dem nächsten Parteitag zu unterbreiten. Die Mitglieder eines eventuell zu bildenden Aktionsausschusses werden vom Parteitag aus dem Parteivorstand gewählt. Der nächste Gewerkschaftskongress wird ersucht, zu dieser Frage ebenfalls Stellung zu nehmen.
8. Magdeburg und Bochum: Daß der Vorstand um zwei Sekretäre verstärkt wird.
9. 11. Badischer Reichstagswahlkreis. Mannheim, Weinheim, Schwegen: Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes ist zu vermehren, daß in agitatorischer Hinsicht mehr geschehen kann, als bisher.
10. 1. Badischer Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen, alljährlich Agitationskassen zu veranstalten, bei welchen an jedem Orte, wo ein Lokal aufzutreiben ist, Versammlungen abgehalten werden sollen.
11. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: (Resolution). In Anbetracht, daß der Parteivorstand bisher nicht getan hat, um den Beschluß des Jenaer Parteitages betreffend des Antrages 19 zu verwirklichen, verlangt der Parteitag, daß die von ihm gefassten Beschlüsse auch durchgeführt werden und fordern nochmals zur regen Agitation gegen den Militarismus im Sinne des Antrages 19 von 1905 auf.
12. Frankfurt a. M.: Im Geschäftsbericht des Parteivorstandes hat derselbe über die ihm überwiesenen Anträge Bericht zu erstatten, inwieweit Ablehnung oder Durchführbarkeit vorhanden war.
13. Heddinghausen: Für sämtliche sozialdemokratische Kreisvereine Deutschlands wird ein einheitliches Mitgliedsbuch angefertigt, in dem das Parteiprogramm und das Organisationsstatut der Gesamtpartei abgedruckt ist. Die Kreisvereine beziehen das Buch zum Selbstkostenpreise.
14. 3. Badischer Reichstagswahlkreis: Die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher sowie einheitlicher Beitragsmarken mit Wertangabe nicht unter 25 Pf. monatlich ist mit 1. Januar 1907 für das ganze Reich vorzunehmen. Lokalaufschläge zu erheben bleibt den Mitgliedschaften überlassen.
15. Altenburg: Die Mitgliedsbücher der sozialdemokratischen Organisationen sind für ganz Deutschland einheitlich herzustellen.
16. Vant: Der Parteitag wolle beschließen, dem Parteivorstande aufzugeben, einheitliche Mitgliedsbücher für ganz Deutschland einzurichten und anfertigen zu lassen. Dieselben müssen enthalten: den Vermerk für An- und Abmeldung und Adressen für Wochenbeiträge sowie das Parteiprogramm und das Organisationsstatut.
17. Ruhrort: Der Parteitag möge dahin wirken, daß in aller nächster Zeit die einzelnen Kreisorganisationen zu einer geschlossenen Landesorganisation zentralisiert werden, sowie die Mitgliedsbücher einheitlich herauszugeben. Die Beiträge setzt jedoch jeder Kreis für sich fest.
18. Ehlingen: Der Parteitag möge beschließen, daß für das ganze Reich ein einheitliches Mitgliedsbuch geschaffen wird, in welchem die Forderungen zum Einleihen der Beitragsmarken derart gleichmäßig sind, daß sie für alle Marktsysteme benutzt werden können. Des weiteren soll das Mitgliedsbuch nur das Programm der Gesamtpartei, Geschäftsordnung usw., aber nicht die Satzungen der Parteien der verschiedenen Bundesstaaten enthalten.
19. Vant: Der Parteitag möge sich im Prinzip für die Einführung der Wochenbeitragsmarke an Stelle der verschiedenen Beitragssysteme erklären.
20. Bochum: Der Parteivorstand ist verpflichtet, alljährlich mindestens einmal die Vorsitzenden bzw. Parteisekretäre der Provinzialkommissionen nebst den politischen Redakteuren der Parteipresse zu einer Konferenz zusammenzubringen. Auch bei größeren Aktionen, z. B. Wahlrechtsbewegung, ist um ein einheitliches Vorgehen zu ergreifen, eine derartige Konferenz einzuberufen.
21. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei besonderen Aktionen und zur Verständigung über innere Organisationsangelegenheiten die Leiter resp. Geschäftsführer der Bezirks- und Landesorganisationen und je nach Bedarf auch weitere Kreise der Parteifunktionäre zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzubringen.
22. Koblenz (Eifel): Der Parteitag möge dem Parteivorstand zur Pflicht, alljährlich Reichstagsabgeordnete zu gewinnen, die nach Schluß des Reichstages in allen räumlich getrennten Wahlkreisen in öffentlichen Volksversammlungen Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Reichstage zu erstatten haben.
23. Neustadt in Holstein: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand muß alljährlich mindestens einmal auf seine Kosten eine Agitationstour durch einen Reichstagsabgeordneten in den schwachen Wahlkreisen vornehmen lassen.
24. 4. sächsischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mit der General-

kommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu treten, daß letztere die Führer der Gewerkschaften veranlaßt, ihre Mitglieder entschieden auf die politische Organisation und die Parteipresse hinzuweisen.
25. Breslau: Der Parteitag wolle beschließen: Es ist eine rege Agitation gegen den Militarismus in den breitesten Volkskreisen zu entfalten. Zu diesem Zwecke hat der Parteivorstand alljährlich wie in diesem Jahre zu Zeiten der Reservenaushebung Flugblätter herauszugeben. Ebenso haben auch die örtlichen Parteiorganisationen durch Volksversammlungen mit entsprechenden Thematika diese Agitation zu betreiben, wobei auch die Arbeiterpresse mit durchlaufenden Artikeln große Dienste erweisen wird.
26. 10. württembergischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag möge beschließen: Den Parteivorstand zu beauftragen, das Deutsche Reich in Agitationsbezirke einzuteilen und je nach Bedürfnis besoldete Agitationsleiter anzustellen.

Presse.

- 27. Stuttgart: In Erwägung, daß die Zentralorganisation heute allgemein als die allein zweckmäßige Form der gewerkschaftlichen Organisation betrachtet werden kann, möge der Parteitag beschließen, daß die Parteipresse weder Anzeigen noch für den redaktionellen Teil bestimmte Publikationen der lokalistischen oder anderen Sonderorganisationen, die nicht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind, aufnehmen darf.
28. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: Persönliche Polemiken sind in der Parteipresse möglichst zu vermeiden.
29. Ruhrort: Dem Wahlkreise Duisburg-Mühlheim-Oberhausen-Ruhrort ist eine einmalige Pauschalsumme zum Preisfonds zur Errichtung der eigenen Presse zu bewilligen.
30. Lüneburg: Der Parteitag wolle beschließen eine alle 14 Tage erscheinende Zeitschrift für Unterhaltung und Belehrung herauszugeben. Dieselbe darf nicht zu reichlich illustriert sein und nicht über 25 Pf. pro Heft kosten.
31. Nieder-Varnim: Der „Vorwärts“ wird den Abonnenten von Groß-Berlin im Wochenabonnement für 25 Pf. abgegeben.
32. Münchenbernsdorf, 3. weimarscher Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen, die Zäsuren innerhalb der Partei, wie sie in letzter Zeit die Zeitungen geführt haben, sind aus der Welt zu schaffen, weil dieselben den Genossen auf dem Lande zu Wahlfeldern den Kampf erschweren.
33. Wahlkreise Deuthen-Tarnow, Rattow, Jährze und Gleiwitz-Zublin: Der Parteitag möge beschließen in Berücksichtigung der Notwendigkeit, die politischen Proletarier im ober-schlesischen Industriebezirk und den Reigen des Nationalpolenismus zu bekämpfen und für die Sozialdemokratie zu gewinnen, für die Herausgabe der politisch-sozialistischen „Gazeta Robotnicza“ in Rattow als täglich erscheinendes Blatt die erforderlichen Mittel zu bewilligen.
34. Hanau: 1. Den Parteivorstand zu beauftragen, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Tätigkeit des Reichstages während der letzten Session kritisch beleuchtet wird.
35. Pögen: Die Delegierten zum Parteitag zu beauftragen, auf dem Parteitag zu verlangen, daß die unfruchtbaren Fäulereien zwischen den einzelnen Parteiorganen aufhören müssen.
36. Heteren: Der Parteitag möge beschließen, daß die in Parteigesellschaften hergestellten Drucksachen, namentlich was die „Wahlzeitung“ anbelangt, eine bessere Ausstattung erhalten.
37. Hamburg III: Die Genossen protestieren gegen die illustrative Mißgestaltung der Festzeitungen 1906 und fordern, daß fortan mehr Sorgfalt nach der künstlerischen Seite hin auf die Herstellung verwendet wird.
38. Genosse Strummacher-Essen: Die sozialdemokratische „Partei-Korrespondenz“ wird zu einem angemessenen Abonnementpreis durch Vermittlung der Partei- beziehungsweise Kreisorganisation an die Genossen, die ein Interesse daran haben, abgegeben.
39. Heidelberg: Die neu herausgegebene „Partei-Korrespondenz“ ist allen Ortsvereinsvorsitzenden unentgeltlich zuzustellen.
40. 3. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Eppendorf): Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Zeitung für die Landarbeiter herauszugeben und alle Monate gratis zu verteilen.
41. Hamburg II: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine leichtverständlich abgefaßte Broschüre herauszugeben, in welcher in kurzen Zügen auf die Ziele des Sozialismus sowie auf die Notwendigkeit des politischen Kampfes neben dem gewerkschaftlichen hingewiesen und zum Eintritt in die sozialdemokratischen Vereine aufgefordert wird.
42. Diese Broschüre ist in einer Massenaufgabe herzustellen und zum Druckkostenpreis von den Vertrauensleuten der Partei sowohl wie auch der Gewerkschaften zur Agitation für die Partei zu verwenden.
43. Greifeld: Eine billige Ausgabe des Parteitagprotokollens zu veranlassen, um daselbe weiteren Genossenschaftsmitgliedern zugänglich zu machen.
44. Durlach: Der Parteitag in Mannheim möge beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, erstens die Vollendung des 1895 begonnenen Werkes: Der Sozialismus in Einzelvorstellungen in die Wege zu leiten; zweitens die eventuelle Umarbeitung und Weiterführung des 1900 erschienenen Reichstagshandbuchs von M. Schippel zu veranlassen.
45. Genossin Altmann-Wilmersdorf: Der Parteitag wolle beschließen: Der für die Beilage der Arbeiterinnenzeitung der Partei unpassende, ja unheimliche Titel „Frauenbeilage“ wird beibehalten, und wenn dieser betreffende Teil der „Gleichheit“ einen besonderen Titel führen soll, wird ein funktionsfähiger dafür gewählt, etwa derart, daß darin der hauswirtschaftliche Inhalt oder die Hausfrauentätigkeit betont wird.
46. Essen: Der Parteitag möge beschließen, alle für die Sozialdemokratie in agitatorischer Beziehung in Betracht kommenden Reichstagsverhandlungen, insbesondere die Verhandlungen über die Arbeiterangelegenheiten, Handelsvertragspolitik, Meer- und Marineforderungen nach den stenographischen Verichten in Broschürenform zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder der Partei abzugeben.
47. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: Der Parteitag möge beschließen: gleich dem meisten Gewerkschaften den Arbeiter-Kontakalender für 50 Pf. zum Verkauf zu bringen; ferner in denselben keine Inserate mehr aufzunehmen.

Tätigkeit des Reichstages.

- 48. Heidenheim: Die Reichstagsfraktion soll im Reichstage einen Antrag einbringen, wonach die Mannschaften des Verurlaubtenstandes für den Tag der Kontrollversammlung, nachdem sie sich für den ganzen Tag als Soldat zu betrachten haben, Anspruch auf Löhnung, volle Verpflegung und etwaige Marschkompetenzen zu beanspruchen haben.
49. Hamburg II: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag mißbilligt entschieden die schlechte Befugung der Fraktion anlässlich der Besprechung der Interpellation des „Corussa“-Anklägers im Reichstage, wodurch die erstmalige Besprechung verhindert wurde. Ferner weist der Parteitag auch darauf hin, daß die Anwesenheit der Fraktionsmitglieder in vielen Fällen auch bei der Beratung des „Stats des Innern“ sehr viel zu wünschen übrig ließ, was bei der Wichtigkeit dieses Stats für die Arbeiterschaft entschieden zum Nachteil ist.
50. Berlin III: Der Parteitag bedauert auf das lebhafteste die schwache Befugung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anlässlich der „Corussa“-Interpellation, durch die eine sofortige Be-

sprechung unmöglich wurde. Es wird erwartet, daß bei späteren Interpellationen unsere Fraktion so vertreten sein wird, daß ein ähnliches Vorkommnis ausgeschlossen bleibt.

50. 3. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Hamm): Die Genossen ersuchen den Parteitag, Stellung zu nehmen zu der Teilnahme von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion an der Weinprobe im Reichstage. Sie erachten es als nicht der Würde und den Aufgaben unserer Abgeordneten entsprechend, wenn diese sich zu Melkamezwecken mißbrauchen lassen.

51. Genosse Hoch-Hanau: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, ihre Zustimmung zu dem Entwurf gegen die freien Hilfskräften nicht zu geben.

Maifeier.

- 52. Bielefeld-Wiedenbrück: Der auf dem Parteitage in Jena zur Frage der Maifeier beschlossenen Resolution folgenden hinzuzufügen:
In Erwägung jedoch, daß im wirtschaftlichen Kampfe die gewerkschaftlichen Organisationen die Verantwortung nur allein zu tragen und dafür zu sorgen haben, daß sie stets kampfbereit dem Unternehmertum gegenüber stehen, und der Kampf um die Arbeitsruhe am 1. Mai wiederum nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen mit dauerndem Erfolg geführt werden kann, es ferner in der Natur der Sache liegt, daß dieser Kampf leicht zu weiteren Komplikationen mit dem Unternehmertum führen kann, und endlich der Erfolg des Kampfes um die Arbeitsruhe am 1. Mai von der jeweiligen Konjunktur (eines oder mehrerer Verufe, eines Ortes oder ganzer Industriezentren) und der damit verbundenen Schlagfertigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen abhängt, erachtet es der Parteitag als eine Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen, sich den von den maßgebenden Instanzen der gewerkschaftlichen Organisationen in bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gefassten Beschlüssen unterzuordnen.
Ebensoviele wie durch die direkte Aktion ohne entsprechender Nachstellung des Klassenbewußtens Proletariats in der Organisation der Aufständigen erobert werden kann, ebensoviele ist es möglich, die Arbeitsruhe am 1. Mai durch planvolle Einstellen der Arbeit an diesem Tage diese selbst der Verwirklichung näher zu bringen. Wie es eine geschichtliche Tatsache ist, daß planlose Fuffche der Unterdrückten nur die Nachposition derselben schwächen und die der Unterdrücker stärken, ebenso kann die planlose, die vorhandenen Nachfaktoren nicht abwägende Einstellung der Arbeit am 1. Mai sehr leicht zur Erschütterung der eroberten Nachstellungen des organisierten Proletariats führen, zum Vorteil der Kapitalistenklasse. Nur durch tiefgreifende Organisation der Arbeiterklasse und eingehende Schulung derselben im Kampfe ist es möglich, allen politischen wie gewerkschaftlichen Forderungen, und damit auch der Arbeitsruhe am 1. Mai, Geltung zu verschaffen.
53. 17. sächsischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um Mittel und Wege zu finden, der Maifeier mehr als bisher den Charakter zu verleihen, der ihrer würdig ist.
54. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg:
a) Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen über die Art der Maifeierbeschlüsse, damit Differenzen, wie in diesem Jahre beim Metallarbeiterverband vermieden werden, um die Maifeier der Zukunft einheitlicher und machtvoller gestalten zu können.
b) Der Parteitag verpflichtet die örtlichen Wahlvereinsvorstände, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit der örtlichen Gewerkschaftskommission rechtzeitig in Verbindung zu treten.
c) Diejenigen Genossen, welche am 1. Mai trotz eines regelrecht gefassten Gewerkschaftsbeschlusses arbeiten, sind auf Antrag aus der Partei auszuschließen.
55. Hanau: Der Parteivorstand wird beauftragt, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Generalkommission der Gewerkschaften rechtzeitig in Verbindung zu treten.
56. Nieder-Varnim: Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag bei Punkt 4 der Tagesordnung zum Ausdruck bringt, daß die deutsche Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongress 1889 zu Paris beschlossenen Form der Maifeier festhält und energisch Propaganda für die Maifeier zu machen hat. Ferner soll jeder Parteigenosse verpflichtet sein, solchen Bestrebungen, wie sie in dem Antrage (51a) des Genossen Robert Schmidt auf dem Kölner Gewerkschaftskongress gekennzeichnet sind, auf das entschiedenste entgegenzutreten.
57. Stuttgart: Alle redogewandten Parteigenossen haben sich zur Maifeier der Partei und den Gewerkschaften unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Massenstreik.

- 58. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg:
a) Der Parteitag erkennt an, daß eine zunehmende Verschärfung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat besteht und daß es mehr denn je der Mittel bedarf, um den Klassenkampf zu führen. Eines der wichtigsten Mittel ist die Waffe des politischen Massenstreiks. Dieses Kampfmittel zu einem wirksamen zu gestalten, muß Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sein. Wir möchten darauf, daß eine große und gut disziplinierte Organisation erste Vorbedingung für das Gelingen des politischen Massenstreiks ist, wird es allen Parteigenossen zur Pflicht gemacht, für Partei und Gewerkschaft unabhängig zu agitieren.
Der Parteitag wolle dahin wirken, die Meinungsdivergenz zwischen Partei und Gewerkschaften zu klären, um gemeinsam den Kampf gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung zu führen.
Das Proletariat betrachtet den politischen Massenstreik als eine Waffe, die die Arbeiterklasse ihrem Ziele, die Eroberung der politischen Macht, als Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft näher bringen kann.
b) Der Parteivorstand möge die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages über die Fragen „Massenstreik“ und „Partei und Gewerkschaften“ als Agitationsbroschüre zum Massenvertrieb herausgeben.
59. Nieder-Varnim:
1. Angesichts der verunglückten Wahlrechtsaktion des letzten Winters fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, außergewöhnliche Aktionen, die über den Rahmen der gewöhnlichen Agitation hinausgehen, in Zukunft nur dann zu beginnen, wenn er sich vorher entschlossen hat, sie gegebenenfalls auch mit den stärksten Mitteln (Demonstrationen, Massenstreiks usw.) durchzuführen.
2. Der Parteitag nimmt Kenntnis von der Forderung der Generalkommission der Gewerkschaften, daß sie im Falle eines Massenstreiks der Bewegung nicht hindernd in den Weg treten und sich an der Unterdrückung der eventuell Gemahregelten nach Kräften beteiligen wird.
Er erwartet daraufhin, daß der Parteivorstand in Zeiten großer politischer Erregung ohne weiteres die Initiative zur Anwendung auch der stärksten Kampfmittel ergreift und die natürliche Erregung der Massen planmäßig und mit Bewußtsein auf dieses Ziel hinführt.
b) Der Parteitag möge beschließen, in ganz Deutschland eine Agitationsbroschüre, welche den politischen Massenstreik behandelt und zum Beitritt in die politische Organisation auffordert, herauszugeben.

Dieselbe soll in Werkstätten, Fabriken und auf den Bauplätzen zur Verbreitung gelangen.

60. Hamburg II: In Sachen des politischen Massenstreiks stehen wir unentwegt auf dem Boden der auf dem Jenaer Parteitag gefassten Resolution. Wir protestieren darum auf das entschiedenste gegen jeden Versuch, die Jenaer Beschlüsse in sophistischer Weise zu deuten, wie dies in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes mit der Generalkommission geschehen ist. Die in dieser Angelegenheit abgegebenen Erklärungen der betreffenden Genossen und in keiner Weise, sie liefern die besten Beweise, daß derartige Verhandlungen resp. Abmachungen zwischen diesen Körperlichkeiten sehr leicht dazu führen können, die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung zu stören und zu schwächen, sowie Mißtrauen und Zerwürfungen in die Reihen der Arbeiter zu tragen.

Wir stellen darum den Antrag, der Parteitag wolle beschließen: Alle Fragen, den politischen Massenstreik betreffend, gleichviel ob prinzipieller oder taktischer Natur, sind in voller Öffentlichkeit zu erledigen.

61. Berlin VI: a) Die Generalversammlung des Wahlvereins steht nach wie vor bezüglich des politischen Massenstreiks auf dem Standpunkt der Resolution von Jena. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag in Mannheim an den grundlegenden Fragen der Beibehaltung der Resolution festhält, und erwartet von allen Parteigenossen, insbesondere von denen, welche ein Reichstagsmandat innehaben, daß die Beschlüsse der Parteitage in jeder Beziehung als maßgebend betrachtet werden. Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß die Vorbereitungen für den Erfolg des politischen Massenstreiks durch festgelegte politische wie gewerkschaftliche Organisationen gegeben sind, und sind dieselben von jedem Parteigenossen zu fördern, gleichfalls ist jeder Zerplitterungsversuch, von welcher Seite er kommen möge, energisch zu bekämpfen.

b) Die Versammlung beauftragt ihre Delegierten zum Mannheimer Parteitag, folgenden Antrag zu vertreten: Die Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz hat aufs neue bewiesen, daß zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationsinstanzen der Arbeiterklasse bedauerliche Unstimmigkeiten vorherrschen. Um diesen Unstimmigkeiten in Zukunft nach Möglichkeit vorzubeugen und um auch nach außen hin die Einigkeit der beiden Instanzen zum Ausdruck zu bringen, wolle der Parteitag den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften dahin zu verständigen, daß sämtliche Beratungen des Parteivorstandes Delegierte der Generalkommission und umgekehrt den Beratungen der Generalkommission Delegierte des Parteivorstandes beizuwohnen haben.

62. Straßburg-Stadt: Die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins Straßburg (Kreisdistrikte Straßburg-Stadt) ist der Meinung, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Gegenstände zwischen Bourgeoisie und Proletariat seit dem Parteitag in Jena in keiner Weise gemindert haben; sie hält im Gegenteil dafür, daß die Kämpfe zwischen der ausbeutenden und der ausgebeuteten Klasse sich von Tag zu Tag schärfer gestalten und daß die Reaktion auf allen Gebieten fühner denn je ihr Haupt erhebt. Deshalb erklärt auch die Versammlung, daß keinerlei Veranlassung besteht, auf das von dem Jenaer Parteitag in das Arsenal proletarischer Waffen aufgenommenen Kampfmittel des politischen Massenstreiks zu verzichten, sondern daß es im Gegenteil dringende Aufgabe der Parteileitung ist, im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks durch rege und energische Propagierung deselben nach Kräften vorzubereiten.

63. Eberfeld-Varmen: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Eberfeld-Varmen hat aus dem Protokoll über die Verhandlungen der Zentralvorstände nicht die Erkenntnis gewonnen, daß Bebel bezw. der Parteivorstand in der gemeinschaftlichen Sitzung zwischen Parteivorstand und Generalkommission, in welcher die Frage des politischen Massenstreiks erörtert wurde, sich in Widerspruch zu dem diesbezüglichen Beschluß des Jenaer Parteitages gelehrt habe. Die Versammlung ist der Meinung, daß die gegenseitige Ansicht auf eine irrtümliche Auffassung der Generalkommission zurückzuführen ist, die ihrerseits wohl ihre Erklärung in den verschiedenen Standpunkten über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des politischen Massenstreiks findet. Die Versammlung erklärt, an der Jenaer Resolution festhalten zu wollen.

64. Rülhausen i. E.: „Angesichts der trotz aller Absehnungen auf eine bewaffnete Einmischung Preußen-Deutschlands in den bevorstehenden russischen Befreiungskampf des russischen Volkes gezeigten Hege der preussischen Justizpresse — einer Hege, die bei den gewohnheitsgemäßen Vorkäuflichkeiten und Unbesonnenheiten des Reichstages ernste Gefahren in sich fähigt — erklärt der Parteitag: Es ist die dringende Aufgabe der Parteileitung, im Einvernehmen und zusammenwirkend mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Durchführbarkeit des allgemeinen Massenstreiks ins Auge zu fassen und vorzubereiten.“

65. Künster sächsischer Reichstagswahlkreis: „Die Ereignisse des letzten Frühjahrs haben in eindringlicher Weise die Notwendigkeit erwiesen, daß die Arbeiterklasse alle Vorbereitungen trifft, um das in Jena zum Beschluß gegebene Kampfmittel der unauflöslichen Massenarbeitseinstellung wirklich zur Anwendung bringen zu können. Da eine Massenarbeitseinstellung aber nur durch gemeinsame Vorbereitungen und gemeinsame Beschlüsse der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen möglich ist, so wird der Parteivorstand ersucht, mit der Generalkommission der Gewerkschaften zur Beratung dieser Frage wie auch aller anderen beide Zweige der Arbeiterbewegung berührenden Fragen in regelmäßige und dauernde Beziehungen zu treten.“

66. 4. sächsischer Reichstagswahlkreis: „Die heutige Parteiversammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Propagierung des Massenstreiks eine unbedingte Notwendigkeit ist. Angesichts der Tatsache, daß gegenwärtig der Versuch gemacht wird, die Idee des Massenstreiks illusorisch zu machen, hält es die Versammlung für ihre Pflicht, nur solche Genossen zum Parteitag zu delegieren, die sich unbedingt auf den Boden der Massenstreikidee stellen.“

67. 8. u. 10. Schleswig-holsteinischer Wahlkreis: „Der sozialdemokratische Verein von Altona steht auf dem Boden der Jenaer Resolution und erachtet den Parteitag in Mannheim, in der Frage des politischen Massenstreiks eine ganz präzise Stellung einzunehmen, um den falschen Auslegungen der Jenaer Resolution vorzubeugen.“

68. Berlin V: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins im fünften Berliner Reichstagswahlkreis erachtet es infolge der widerspruchsvollen Auslegung der Jenaer Resolution zum politischen Massenstreik durch die Vertreter der Partei einerseits und eines großen Teiles der Gewerkschaftsführer andererseits für notwendig und zweckmäßig, die Frage des Massenstreiks auf dem Parteitag nochmals zur Beratung kommen zu lassen und bei dieser Gelegenheit das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.

Die Versammlung ist der Meinung, daß in dieser wie in allen anderen Fragen der Arbeiterbewegung das engste und einheitlichste Zusammenarbeiten der beiden mächtigsten Zweige der Arbeiterbewegung notwendig ist.

So wie in der Jenaer Resolution zum politischen Massenstreik jeder Parteigenosse verpflichtet wird, sobald für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation besteht, derselben beizutreten, oder zu helfen eine solche ins Leben zu rufen, erachtet es die Generalversammlung für die Pflicht eines jeden Gewerkschaftsmitgliedes, für die Ausbreitung der politischen Organisationen der Sozialdemokratie gleichermäßen Sorge zu tragen.

Sie bezieht ausdrücklich im Interesse gegenseitiger, schneller und besserer Verständigung sowie größerer Schlagfertigkeit bei gemeinsamen Aktionen jede Zerplitterung der Gewerkschaftsbewegung als für die Arbeiterklasse durchaus schädlich und erklärt insbesondere den in Berlin noch vorhandenen isolierten Gewerkschaften gegenüber die Notwendigkeit der einheitlichen zentralistischen Organisationsform.

In Erwägung aber, daß der Befreiungskampf der Arbeiterklasse notwendig ein politischer ist, der gewerkschaftliche Kampf ihn wohl begleitet und unterstützt, nicht aber die Endziele der Sozialdemokratie, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, herbeiführen kann, betrachtet die Versammlung einzig die Parteitage der sozialdemokratischen Partei, der politischen Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse, als ausschlaggebende Instanz für jeden sich zur Partei Zählenden. Sie verpflichtet jeden Parteigenossen, diesen Beschlüssen jederzeit und in jeder Situation Folge zu leisten und weitere Geltung zu verschaffen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftsvorstandskonferenz durchaus einverstanden, weil nur hierdurch eine aufklärende und durch keinerlei Mißtrauen vergiftete Diskussion ermöglicht wurde. Ferner erwartet die Versammlung vom Parteitag, daß er Mittel und Wege finde, um durch engeres Zusammenwirken der leitenden Partei- und Gewerkschaftsinstanzen ein gedeihlicheres, der Gesamtinteressen der Arbeiterbewegung mehr förderndes Verhältnis herbeizuführen.

Der 3. Berliner Wahlkreis erachtet den Mannheimer Parteitag, den Parteivorstand zu beauftragen, eine leicht verständliche Broschüre herauszugeben, die den Zweck hat, die Arbeiterklasse über die Bedeutung des Massen- resp. Generalstreiks aufzuklären und die geeignet erscheint, unter Hinweis auf die durch den Materialismus erzeugte Energielosigkeit der Masse die Arbeiterklasse dem Idealismus zuzuführen und zu energiegelosen Klassenkämpfen zu erziehen. Die Broschüre muß zur Verbreitung allen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

69. 3. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Hamm): Es darf nicht geflattert werden, daß Genossen die Beschlüsse des Jenaer Parteitages „politischer Massenstreik“ betreffend, umgeben, indem dieselben sich nach den entgegengesetzten Beschlüssen des Kölner Kongresses richten.

70. 3. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Hohenfelde): In Sachen des politischen Massenstreiks stehen wir unentwegt auf dem Boden der auf dem Jenaer Parteitag gefassten Resolution. Wir protestieren darum auf das entschiedenste gegen jeden Versuch, die Jenaer Beschlüsse zu deuten, wie dies in einer Sitzung des Parteivorstandes und der Generalkommission geschehen ist. Die in dieser Angelegenheit abgegebenen Erklärungen genügen uns in keiner Weise, da derartige Verhandlungen und Abmachungen sehr leicht dazu beitragen können, die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung zu hemmen und abzuschwächen sowie Mißtrauen in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Wir stellen daher den Antrag, der Parteitag wolle beschließen:

Alle den politischen Massenstreik betreffenden Fragen, gleichviel ob prinzipieller oder taktischer Natur, sind in voller Öffentlichkeit zu erledigen.

71. Hamm-Soest: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Hamm-Soest erkennt die Gründe, die den Parteivorstand zu seinem Verhalten gegenüber der Jenaer Massenstreikresolution geführt haben, an und billigt sie, fordert aber für die Zukunft ein strenges Festhalten an dieser Resolution und verlangt vom Parteivorstand, den politischen Massenstreik in Zukunft in der Presse und in Versammlungen als Mittel zur Erlangung der politischen Macht durch das Proletariat zu propagieren; desgleichen den Kreiswahlvereinen die Pflicht aufzuerlegen, in den Versammlungen den politischen Massenstreik zu diskutieren.

Sozialdemokratie und Volkserziehung.

72. Genosse Hoch-Hann: Zu den Zeitfragen über: Volkserziehung und Sozialdemokratie: I. Unter Ziffer 1 im Absatz 3 den zweiten Satz dahin zu ändern: Eine planmäßige Hebung der Volksschule sei, obwohl sie im Interesse der sozialen Entwicklung liegt, zunächst daran, daß die Arbeiterkinder in einem Maße, das mit den Mitteln auf die Volkserziehung nicht zu vereinbaren ist, zur Erwerbsarbeit herangezogen werden. Außerdem fehlen der herrschenden Klasse infolge der stetig wachsenden Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik die nötigen Geldmittel zur planmäßigen Hebung der Volksschule.

II. Unter Ziffer 1 im Absatz 3 den letzten Satz zu streichen.

III. Unter Ziffer 3 dem Absatz 2 zuzufügen: unter Heranziehung des Reiches zur Deckung der Kosten.

IV. Unter Ziffer 3 zwischen Absatz 5 und 6 folgenden Absatz einzufügen: Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, Kontrolle und Einschränkung der Kinderarbeit im Haushalte der Eltern unter Mitwirkung der Schule.

V. Unter Ziffer 3 zwischen Absatz 6 und 7 folgenden Absatz einzufügen: Aufsicht der Fortbildungsschule über die Beschäftigung der Schüler in den Fabriken, Werkstätten usw., Pflicht der Arbeitgeber, der Fortbildungsschule die verlangten Mitteilungen über die Beschäftigung der Arbeiter unter 18 Jahren zu machen. Einspruchsrecht der Fortbildungsschule gegen eine solche Beschäftigung der jungen Arbeiter, welche deren Fortschritte in ihrer Ausbildung nicht entspricht. Recht der Eltern zur sofortigen Anlösung des Arbeitsverhältnisses in dem Fall, daß der Arbeitgeber nicht sofort auf Anweisung der Fortbildungsschule den jungen Arbeiter so beschäftigt, wie es mit Rücksicht auf seine Ausbildung notwendig ist.

VI. Unter Ziffer 3 nach dem vierten Satze einzufügen: Dieser Aufforderung werden die Eltern um so besser nachkommen können, je günstiger Arbeits- und Lebensverhältnisse sich die Arbeiter dank der Erstarbung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation erringen, je weniger sie auf das Mitverdienen ihrer Kinder angewiesen sind, je gründlicher sie ihre eigene Ausbildung betreiben, je mehr Zeit ihnen für die Erziehung ihrer Kinder bleibt.

73. Hannover-Stadt: In Erwägung, daß mit dem Wachstum der Partei die theoretische Ausbildung der Parteigenossen nicht gleichen Schritt gehalten hat, dem Bildungsbedarf der Parteigenossen aber mehr entgegengekommen werden muß, beschließt der Parteitag:

1. Den Landes- und Provinzialorganisationen ist zu empfehlen, zur Ausbildung von Agitatoren Unterrichtskurse einzurichten, welche zugleich als Vorkurse zu der vom Parteivorstand zu errichtenden Volksschule zu gelten haben.

2. Den örtlichen Organisationen ist zu empfehlen, mehr wie bisher für das elementare Wissen der Genossen Sorge zu tragen.

74. Brandenburg a. S.: Der Parteitag beauftragt den auf Grund der Zeitfrage zum Thema: „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ eventuell zu wählenden Bildungsausschuß mit der Zusammenstellung eines Verzeichnisses guter Jugendschriften. Der Bildungsausschuß hat die Grundzüge, die für seine literarische, literarische und wissenschaftliche Vertiefung von Vätern usw. besonders für die Jugend maßgebend sein sollen, möglichst bald zu formulieren und in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen. Das Verzeichnis ist mit einer entsprechenden kurzen Einleitung versehen, im Parteiverlag herauszugeben. Den Parteiblättern wird zur Pflicht gemacht, dieses Jugendschriftenverzeichnis, das fortlaufend zu erweitern ist, ihren Abonnenten alljährlich im Oktober als Beilage zu liefern.

75. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Vereinheitlichung und Vertiefung der Erziehungs- und Bildungsbefreiungen praktisch näher zu treten unter besonderer Berücksichtigung folgender Einzelfragen: Kinder- und Jugendliteratur, Jugendorganisationen, Jugendorgan, Orts- und Bezirksbildungsausschüsse, Zentral-Bildungsausschuß, Arbeiterbildungsschulen, Zentralbildungsschule.

76. Reddinghausen: Die Partei richtet mehr als bisher ihr Augenmerk auf die Jugendziehung. Dort, wo es irgend möglich ist, sind Jugendorganisationen zu errichten. Letztere sollen bemüht sein, auf allen Gebieten des Wissens nachzuholen, was die Volksschule vernachlässigt hat, und die Jugend mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

77. Bismarckstadt: Die Delegierten zu beauftragen, die Frage der Jugendorganisation in Anregung zu bringen.

78. Breslau: In der Erwägung, daß die herrschenden Klassen mehr wie bisher bisher darangehen, den Schulunterricht für die Kinder des arbeitenden Volkes derartig zu beeinflussen (preussisches

Volksschulunterrichts-Gesetz), daß die Folgen nur eine geistige Armutschaft für das Proletariat bedeuten können, beschließt der Parteitag: Es ist jedes überzeugten Parteigenossen Pflicht, aus der Landesliste auszuschneiden und im weiteren zu verhindern, daß seine Kinder irgendwelchen dogmatischen Religionsunterricht erhalten.

79. Zeltow-Weesow-Storkow-Charlottenburg:

a) Der Parteitag möge beschließen: Nach dem Stintat auf die Volksschule ist es Pflicht der Sozialdemokratie geworden, ihrerseits eine Volkserziehung auf Grundlage der Naturwissenschaften in die Wege zu leiten, um den Massen den Erwerb einer geklärten Weltanschauung zu ermöglichen. Die Organisation dieses Unterrichts hat auf einheitlicher Grundlage für ganz Deutschland von der Partei als solcher zu geschehen.

b) Zweck Propaganda unter der proletarischen Jugend ist der Parteivorstand zu beauftragen, die Jugendbeilage der „Gleichheit“ sämtlichen Parteiblättern beizugeben und sie nach Bedarf zu erweitern.

c) Resolution: Der Parteitag begrüßt mit Freuden die aus der Jugend selbst herausgewachsenen Bestrebungen, die proletarische Jugend in einer Organisation zusammenzuschließen, welche geeignet ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend zu heben, das Solidaritätsgefühl in den jungen Herzen zu wecken, die geistige Weiterbildung zu fördern. Er betrachtet die freie Jugendorganisation als Glied der modernen Arbeiterbewegung, welches die weitgehendste Unterstützung der erwachsenen Arbeiter fordert. Der Parteitag folgt aus diesem Grunde derselben seine volle moralische und materielle Unterstützung zu.

80. Stuttgart: Der Parteitag verpflichtet die Kreisorganisationen, soweit es im Rahmen der Landesgesetzgebung möglich ist, durch Gründung von Jugendorganisationen für Schul- und Aufklärung der arbeitenden Jugend zu sorgen.

81. Berlin V:

a) Dem Parteitag folgende Resolution zu unterbreiten: Der Parteitag begrüßt mit Freuden die aus der Jugend heraus gewachsenen Bestrebungen, die darauf hinausgehen, die Arbeiterjugend, ohne Unterschied des Geschlechts, in Organisationen zusammenzufassen, die die wirtschaftlichen Interessen der Jugend wahrnehmen, das Solidaritätsgefühl in den jungen Herzen wecken und stärken und die Aufklärung im Sinne der modernen Arbeiterbewegung betreiben. Der Parteitag sagt den Bestrebungen der Jugend in jeder Beziehung seine volle Unterstützung zu.

b) Die Generalversammlung beauftragt die Delegierten zum Mannheimer Parteitag beim Punkt 7 der Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ ihre Stimme in Einklang mit den bereits veröffentlichten Resolutionsgrundlagen der Genossen Zeiss und Schulz abzugeben.

82. Reichen: Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, eine Zeitschrift herauszugeben, welche den zu Ostern aus der Schule entlassenen Kindern von den Parteiorganisationen unentgeltlich überreicht werden kann.

83. Eberfeld-Varmen: Die Buchhandlung Vorwärts wird beauftragt, recht bald eine wöchentlich erscheinende Jugendzeitung ins Leben zu rufen. Dieselbe soll zum denkbar billigsten Preise abgegeben werden.

84. Pirna: Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, eine Zeitschrift herauszugeben, welche den zu Ostern aus der Schule entlassenen Kindern unentgeltlich überreicht werden kann.

85. Jena: In Erwägung, daß die Gesetze und Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten verschiedenartig sind und diese Verschiedenartigkeit der Gesetze bei der Agitation berücksichtigt werden muß, beschließt der Parteitag: Den Landes- und Provinzialorganisationen ist zu empfehlen, zur Ausbildung von Agitatoren Unterrichtskurse einzurichten, welche zugleich als Vorkurse zu der vom Parteivorstand zu errichtenden Volksschule zu gelten haben.

Sonstige Anträge.

Organisation.

86. Berlin VI: § 15 Absatz 1 erster Satz folgende Fassung: „Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen mit der Aufgabe, daß bis zu 1000 Mitgliedern der Kreis durch zwei, auf je weitere 3000 Mitglieder einen Delegierten mehr vertreten sein darf.“

87. Zeltow-Weesow-Storkow-Charlottenburg:

§ 27 des Organisationsstatuts folgenden Absatz hinzuzufügen: „Den Wahlvereinen steht das Recht zu, Mitglieder wegen Verstoßes gegen die Zwecke des Wahlvereins, die nicht unter § 2 fallen, aus den Mitgliederlisten zu streichen. Die Wiederaufnahme des Mitgliedes kann jederzeit auf Antrag erfolgen, aber nur unter Zustimmung der Instanz, die den Ausschluß beschlossen hat. Die Streichung aus den Listen ist nicht dem Ausschluß aus der Partei gleich zu erachten.“

Im § 26 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist im ersten Absatz der Schluss: „die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf“ zu streichen.

88. Reddinghausen: In den Verhandlungen der Parteitage entendet die Reichstagsfraktion eine Abordnung in der Höhe des zehnten Teiles seiner Mitglieder.

89. Gattungen-Witten: Der § 27 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei erhält folgende Fassung: „Im Falle des § 3 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei der Gesamtpartei der Parteivorstand des Wahlkreises auf Antrag der örtlichen Organisation. Dem Ausschluß steht die Berufung an die Generalversammlung zu. In letzter Linie entscheidet der Parteitag.“

90. Genosse Braun-Königsberg: „Der § 11 Abs. I Ziffer 1 des Organisationsstatuts soll lauten: Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Aufgabe, daß diejenigen Kreise, die über 300 bis 1000 politisch organisierte Genossen haben, einen Delegierten, über 1000 bis 2500 zwei Delegierte, über 2500 bis 5000 drei Delegierte, über 5000 bis 10000 vier Delegierte, über 10000 fünf Delegierte entsenden dürfen. Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.“

91. Kaiserslautern: § 27 Abs. 1 des Organisationsstatuts wird dahin abgeändert: Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann sowohl durch eine Parteiorganisation als durch einen jeden einzelnen Parteigenossen gestellt werden.

92. Bochum-Gelsenkirchen: Der § 27 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei erhält folgende Fassung: Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei der Gesamtpartei des Wahlkreises auf Antrag der örtlichen Organisation. Dem Ausschluß steht die Berufung an die Generalversammlung zu. In letzter Linie entscheidet der Parteitag.

93. Ruhrort: Die Abgeordneten oder Kandidaten eines jeden Wahlkreises sind zum deutschen Parteitag mit Sitz und Stimme neben den zu wählenden Delegierten zuzulassen. Die Kosten für die Ersteren trägt die Parteihauptkassa.

94. Brandenburg a. S.: Die Delegation des Kreises wird ersucht, den Parteitag aufzufordern, die Möglichkeit zu schaffen, Genossen anzuschließen, die bei kommunalen Wahlen der Wahl fern bleiben oder die Gegner wählen.

95. Wanz: Der Parteitag wolle beschließen, daß dem § 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung angefügt wird: „Als grober Verstoß gegen die Grundzüge des Parteiprogramms ist auch anzusehen, wenn ein Parteigenosse als Mitglied einer Unternehmerorganisation die Bestrebungen der Arbeiter für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich bekämpft und sich an Unternehmungen beteiligt, welche auf eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechtes und Koalitionsrechtes hincielen oder im Kampf

zwischen Kapital und Arbeit Mittel verwendet, die gegen die gute Sitte verstoßen oder durch welche die Arbeiter in der Anwendung des Koalitionsrechtes behindert werden.

96. Straßburg (Stadt): Die Kreisversammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins Straßburg (Zentrale Straßburg-Stadt) stellt an den Parteitag zu Mannheim das Ersuchen, er möge den Parteivorstand beauftragen, eine einheitliche Regelung der Unterstützung mittellose reisender Parteigenossen in die Wege zu leiten.

97. Genosse Thiele, Halle a. S.: Der Parteitag wolle beschließen: Zur Herbeiführung einer engeren und dauernden Fühlungnahme zwischen dem Parteivorstand und den Parteioptionen sowie zwischen den letzteren hat der Parteivorstand jährlich drei Konferenzen einzuberufen, von denen je eine gegen Jahreschluss, Anfang April und Anfang Juli stattfinden soll. Zweck dieser Konferenzen ist, allgemeine Agitationen in die Wege zu leiten, über die zweitmäßigste Durchführung von Parteitage beschließen, die provisorische Tagesordnung für die Parteitage aufzustellen und sich über alle schwebenden Parteifragen auszupprechen.

Die Konferenzen setzen sich zusammen aus dem Parteivorstande, der die Konferenzen leitet und 60 bis 75 Delegierten. Die Abgrenzung der Wahlbezirke für je einen Delegierten erfolgt erstmalig durch den Parteivorstand; spätere Änderungen nehmen die Parteitage vor.

Die Wahl der Delegierten erfolgt auf ein Jahr und wird nach jedem Parteitage durch Abstimmung in den Parteioptionen der einzelnen Bezirke vorgenommen.

Die Dauer einer Konferenz soll in der Regel zwei Tage nicht überschreiten.

Die Kosten der Delegationen trägt die Parteihauptkassa. 98. Genosse R. Halster, Berlin VI: In der Präsenzliste des Parteitages wird außer Namen, Wohnort, Wahlkreis und Parteistellung auch der jeweilige Beruf der Gewerkschaftsbeamten, Gewerkschaftsbeamter, Kaufmann, Tischler usw.) der Delegierten möglichst genau angegeben.

99. Ober-Langensielow und Jauer-Vollenhain-Landesrat: Der Parteitag wolle beschließen: Die Parteitage sind regelmäßig in Berlin abzuhalten.

100. Ober-Langensielow: „Der Parteitag wolle zum Organisationsstatut beschließen: Delegierte zum Parteitag dürfen in Wahlkreisen, in denen eine Organisation besteht, nur von dieser gewählt werden. In Kreisen ohne Organisation beschließt über die Delegation eine Parteiverammlung.“

101. Konstanz: Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, eine sozialdemokratische Parteizeitung zu abonnieren.

Partei und Gewerkschaft.

102. Potsdam-Spandau-Osthavelland: Im Anschluß an die vom Jenaer Parteitage dem Parteivorstand überwiesene Resolution 143 beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand hat unverzüglich in Verhandlungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu treten zur Herbeiführung einer dauernden Fühlung und Verbindung zwischen der politischen und der Gewerkschaftsbewegung. Insbesondere ist anzustreben:

- a) die Ergänzung des Parteivorstandes durch einige Mitglieder der Generalkommission und die Hinzuziehung einiger Mitglieder des Parteivorstandes zur Generalkommission;
- b) Bildung eines aus Vertretern beider Organisationen bestehenden Aktionsausschusses;
- c) regelmäßige gemeinschaftliche Sitzungen des Parteivorstandes und der Generalkommission;
- d) beiden Organisationen wird zur Pflicht gemacht, in Fragen, in denen sich ihre Zuständigkeit kreuzt, nicht selbständig, sondern nur unter gegenseitiger Verständigung oder nach dem vergeblichen Versuch einer solchen Verständigung vorzugehen;
- e) in solchen Fragen ist auch erforderlichenfalls die Abhaltung gemeinschaftlicher Partei- und Gewerkschaftskongresse — nach Art der internationalen Kongresse — zu erwägen.

103. Teltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: Nach dem Programm der Sozialdemokratischen Partei ist der Kampf der Arbeiter gegen die herrschenden Klassen einheitlich zu gestalten. Dieses ist jedoch bis zu einem gewissen Grade in den Reihen der organisierten Arbeiter noch nicht voll zur Durchführung gelangt, vielmehr stellt ein Teil der auf dem Boden der sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften noch feindsich und gespalten gegenüber in Zentral- und Lokalorganisationen zum Schaden der Arbeiterbewegung. Da hierdurch ein erfolgreicher Kampf gegen die herrschenden Klassen in übersichtlicher Weise erschwert und sogar verzerrt wird, erwartet der Parteitag im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung auf das bestmögliche, daß dieser Programm von den Beteiligten in der entscheidendsten Weise zur Anerkennung und Verwirklichung gebracht wird. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Initiative zu ergreifen, um erneut einer Einigung die Wege zu ebnen.

104. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand ist um mehrere Mitglieder zu vergrößern. Dabei ist der Frage näher zu treten, ob durch eine Personalunion oder auf anderem Wege eine ständige enge Verbindung des Parteivorstandes mit der Generalkommission der Gewerkschaften herbeizuführen ist.

105. Köln Stadt: 1. In Anbetracht dessen, daß die gewerkschaftliche Zentralorganisation heute allgemein als die einzig richtige Gewerkschaftsform anerkannt wird, ist in Zukunft der redaktionelle Teil der Parteipresse den lokalen Gewerkschaften nicht mehr zur Verfügung zu stellen und ebenso solche Zentralorganisationen zu verschließen, die nicht der Generalkommission angeschlossen sind.

2. Parteigenossen dürfen nur den, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind, Zentralorganisationen angehören.

106. Heidenheim: Es ist dahin zu wirken, daß der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften aus gleichviel Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche in streitigen Fällen mit einfacher Stimmenmehrheit bzw. durch Durchzählung der Stimmen ihre Beschlässe fassen.

107. Jena: Die gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Weimar III. Ortsgruppe Jena, stimmt der Tagesordnung des Parteitages in Mannheim zu. Sie hält die Punkte der Tagesordnung: Volkserziehung und Sozialdemokratie und ebenso Strafrecht, Strafprozess und Strafvollzug für so wichtig, daß sie auf einem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie erörtert werden.

Die Versammlung behauptet außerordentlich, daß von Seiten einzelner Gewerkschaftsvorstände wiederholt abfällig über die Arbeiterschaft am 1. Mai sowie über die Anwendung des politischen Waffenstreiks geurteilt wird. Und darum hält die Versammlung es für richtig, daß auch diese beiden Punkte in Mannheim nochmals gründlich erörtert werden. Sie erwartet auch, daß in Zukunft derartige Äußerungen und Entgleisungen, wie sie sich auf der Konferenz der Zentralvorstände in Berlin bei dem Punkte „Partei und Gewerkschaften“ abgepielt haben, unterbleiben. Differenzen zwischen beiden Seiten der Arbeiterbewegung werden nie gänzlich zu vermeiden sein, jedoch können dieselben so erledigt werden, ohne persönlich ausfällig zu werden. Das Vermeiden von Differenzen wird am besten dadurch geschehen, daß man nicht bloß die profanische Gegenwartsarbeit im Auge behält, sondern mehr wie bisher sich mit Studium der sozialistischen Literatur befaßt.

Parteiprogramm.

108. Kommunistischer Arbeiterbildungsverein London: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer und ökonomischer Kampf. Politisch, weil die Arbeiterklasse ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomischen Organisationen nicht entwickeln kann ohne politische Rechte. Sie kann den Übertrag der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Ökonomisch, weil die Arbeiterklasse kein Mittel untersucht lassen darf, um seine soziale Lage nach Kräften zu heben.

Verschiedenes.

109. Heidelberg: Doppelmandate zum Reichs- und Landtag sind in Zukunft nicht mehr zuzulassen.

110. Teltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: Der Parteitag erhebt schärfsten Protest gegen jedwede Einmischung der preussischen oder Reichsregierung in die russische Angelegenheit. Er beauftragt den Parteivorstand, erforderlichenfalls jedes geeignete Mittel schärfster Abwehr anzuzuwenden.

111. Pfungstadt: Die Kreisversammlung ersucht den Parteivorstand in eine Prüfung der Frage einzutreten, in welcher Weise eine Regelung der Legitimationsfrage bezüglich der flüchtenden russischen Revolutionäre möglich ist. Zweck dieses Antrages ist, die örtlichen Parteiklassen vor Schädigung durch unwürdige Elemente zu bewahren.

112. Potsdam-Osthavelland: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zwecke ist ein ständiger Ausschuss zu bilden.

113. Kaufbeuren: Es ist auf dem internationalen Kongress 1907 zu beantragen, eine Weltsprache anzustreben und soll als solche, um internationalen Sireitigkeiten vorzubeugen, die am meisten gesprochene Sprache gelten, und mühte dieselbe in allen Ländern und Schulen neben der jeweiligen Landes- resp. Muttersprache obligatorisch eingeführt werden.

114. Berlin III: Trotz des bereits bestehenden Beschlusses, im Falle einer Stichwahl zwischen gegnerischen Parteien sich der Stimme zu enthalten, ist hiergegen vielfach in größtlicher Weise verstoßen worden. Der Parteitag zu Mannheim bringt deshalb dringend in Erinnerung, daß dieser Beschluß überall und unbedingt respektiert werden muß, soll er nicht zur Farce werden. Ganz besonders aber widerspricht es dem politischen Ehrgefühl der Genossen, der sogenannten freisinnigen Volkspartei irgendwelche Wahlfälle zu leisten. Diese Partei hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie die Fägel schiefen zu lassen, sie hat bei allen Wahlen selbst dem kräftesten Reaktionsär gegen unsere Genossen zum Siege verholfen und kann heute mit Recht als die Bannerträgerin der Reaktion bezeichnet werden. Eine solche Partei je eher je besser vom politischen Schauplatz verschwinden zu lassen muß als Ehrenpflicht der Genossen betrachtet werden.

115. Heidelberg: Angesichts der immer stärker sich erhebenden Reaktion der Kirchengemeinschaften ist die Agitation für Trennung von Staat und Kirche energischer zu betreiben.

Wiederaufnahme in die Partei

beantragen die ausgeschlossenen früheren Parteigenossen

116. Gustav Wegner, Elettin.

117. Emil Schröder, Berlin.

Tagesordnung des Parteitages 1907.

118. Teltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: Die Landarbeiterfrage ist auf dem nächsten Parteitage zu behandeln.

119. Ober-Langensielow, Teltow-Weeslow, Frankfurt a. M., Nieder-Barnim, Hamburg II, Dresden-A., Pfungstadt, München, Freiburg i. B., Waltershausen, Kiel, Guben, Hannover, Jena, Dresden, Apenrade, Kiel-Gaarden, 8. und 10. Schleswig-holsteinischer Wahlkreis, Palm, Berlin III und Berlin VI, 16 Parteigenossen in Erfurt, 9 in Hibergehofen, 33 in Ghusum, 6 in Pfungstadt, 26 in Götting, 12 in Schöneberg, 31 in Berlin VI, 6 in Berlin III, 35 in Leipzig-Stadt:

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages 1907 ist „Die Alkoholfrage“ zu setzen.

120. Berlin III: Der Parteitag beantragt, auf die Tagesordnung des Parteitages 1907 „Das Wahlrecht in den Einzelstaaten“ zu setzen.

Aus der Partei.

Zum Parteitage.

Auf der Generalversammlung des s. Schleswig-holsteinischen Wahlkreises wurde ein Antrag angenommen, daß die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden soll, ferner ein die bessere Ausgestaltung der Parteiliteratur und der Vorwärtsbuchhandlung bezweckender Antrag.

Die erweiterte Vorstandssitzung des s. badischen Wahlkreises, die am Sonntag in Freiburg tagte und wo die Orte Donaueschingen, Furtwangen, Müllingen, St. Georgen, Hornberg und Triberg vertreten waren, billigte im allgemeinen die Tagesordnung des Parteitages. „Nur verspricht man sich“, wird uns berichtet, „von der Erörterung des politischen Waffenstreiks müßte die Wirkung, die die Theoretiker der Partei derselben bemessen. Mehr Praxis und weniger Theorie“ wurde gefordert. Betreffend die Waiseler war man der Ansicht, der Parteitag müßte dahin wirken, daß man sich mit den Gewerkschaften verständige, mit denen der Parteivorstand überhaupt mehr Fühlung haben sollte. Den laut gewordenen Wünschen einer Reorganisation des letzteren schloß man sich an.

In der Stuttgarter Parteiverammlung, die sich mit dem Mannheimer Parteitag beschäftigte, demüthigte der Referent, Landtagsabgeordneter Reil, das Uebervordern der tatsächlichen Debatten auf unsere letzten Parteitagen und wünschte, daß mehr zu den äußersten politischen Vorgängen auf den Parteitagen Stellung genommen werden sollte. Auf eine jährliche Debatte über die Waiseler könne ohne weiteres verzichtet werden; es genüge, wenn über diese auf dem internationalen Kongresse vorzutragenden Vorlesung debattiert werde. Bei der Erörterung des politischen Waffenstreiks werde es sich diesmal wieder in der Hauptsache um eine Erörterung über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften handeln. Die Debatten hierüber auf der Gewerkschaftskonferenz im Februar seien ziemlich persönliche Art gewesen. In der an das Referat sich anschließenden Diskussion trat Genosse Deinhardt, Redakteur der „Vorwärts-Zeitung“, dem Referenten entgegen; er suchte den auf der Gewerkschaftskonferenz von den Gewerkschaftsleitern ein genommener Standpunkt zu rechtfertigen und bezeichnete sie als eine notwendige Abwehr der von der Parteipresse in letzter Zeit gegen die Gewerkschaften gerichteten Angriffe. Reichstagsabgeordneter Hildebrandt bemängelte gleichfalls, daß fast die für eine Partei wie die unsere hervorragende günstige Situation, Steuerpolitik, Kolonialpolitik usw., agitatorisch auszunutzen, der Mannheimer Parteitag wieder der gegenseitigen Derosslegung der Parteigenossen ein so weites Feld einräumen werde, was nicht zur Hebung des Ansehens der Partei beitragen könne. Der „Vorwärts“ habe den Einschüchterungsversuchen des anarcho-sozialistischen Klattes „Einigkeit“ nachgegeben, weil seit dem Wechsel der Redakteure der anarcho-sozialistische Geist in der „Vorwärts“-Redaktion Einfluß gewonnen habe. Die Verunsicherung des Proletariats durch den „Vorwärts“ stehe mit der Realität im direkten Widerspruch und gäbe den Anlaß zu weiteren bedauerlichen Differenzen. Genosse Penmann erklärte, auch er sei der Meinung, daß die Parteileitung den anarcho-sozialistischen Einflüssen unterlegen sei. Unter der Leitung Friedbergs seien die Berliner Kolalisten zu einer zersetzenden Tendenz in der Parteibewegung geworden, die mit dem Sozialismus nichts mehr zu tun habe und über kurz oder lang zu einer Revision des Parteiprogramms führen müsse, die jedenfalls aber radikaler ausfallen werde als die von Revisionisten seinerzeit gewollte. Das Kolalisten von der Parteileitung in wichtige Parteifunktionen hineingehoben würden, seien Vorgänge, die am Marx der Partei zeigten.

Genosse Reichel, zweiter Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sprach im Sinne des Genossen Deinhardt. Im Schlusswort wandte sich Genosse Reil gegen die Vorredner. Die Anträge haben wir schon in Nr. 108 mitgeteilt.

Die Dresdener Genossen nahmen in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins einen Antrag an, der die Bestellung von Korreferenten aus Gewerkschaftskreisen bei den Punkten Waiseler und Massenstreik

fordert. Ein zweiter Antrag fordert von dem überzeugten Parteigenossen den Austritt aus der Kirche und daß er die Erteilung dogmatischer Religionsunterrichts an seine Kinder verhindere. Die Dresdener Delegierten sollen sich für die Einigung mit den polnischen Genossen aussprechen. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages soll die Alkoholfrage gesetzt werden. Ein fünfter Antrag fordert energische Agitation gegen den Militarismus durch Flugblätter zur Zeit der Rekrutenaushebung usw.

Genosse Schütz referierte. In der Debatte kritisierte Genosse Albert die Verhandlungen der Gewerkschaftskonferenz; mehrere Redner traten ihm entgegen, andere stimmten ihm zu. Als der Genosse Schlegel behauptete, Reichhäuser sei Parteigenosse, er habe sich erst vor kurzem wieder dazu bekannt, erfolgte stürmische Unterbrechungen.

Die Massenstreikdebatte. Auf der heftigen Landeskonferenz, deren Verhandlungen in gestriger Nummer berichtet wurden, führte Genosse Dr. David als Referent beim Thema „Parteitag“ aus: „daß man eigentlich nicht sagen könne, daß sich ein Widerspruch zwischen dem Jenaer Beschluß über den politischen Massenstreik und den aus der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände bekannt gewordenen Thesen des Parteivorstandes befände. Immerhin sei es verständlich, daß ein Teil Genossen einen Widerspruch darin erblicke, wenn man die Hanfate der Jenaer Verhandlungen jetzt in eine Chamade verwandelt sieht. Die Aeußerungen einer gewissen Richtung in Jena ließen sehr wohl den Glauben aufkommen, daß nun das Kampfmittel des politischen Massenstreiks schon bei nächster Gelegenheit zur Anwendung kommen solle. Er sei nicht der Ansicht einzelner Gewerkschaftsführer, daß ein Massenstreik unbedingt zu Straßenrevollen führen müsse. Man solle die Diskussion über dieses Thema auf das notwendige beschränken und dafür aber mit aller Kraft den Ausbau sowohl der politischen, gewerkschaftlichen als auch der genossenschaftlichen Organisationen erstreben. Die Unterstützung der Genossenschaften sei schon deshalb nötig, weil dieser Zweig der Arbeiterbewegung gerade bei einem Massenstreik doch eine Rückenbedeckung der Arbeiter vor nicht zu unterschätzender Bedeutung biete. In der Amsterdamer Resolution sei ja der genossenschaftlichen Seite noch Erwähnung getan, während man dies in der Jenaer Resolution unterließ. Aus der Gewerkschaftskonferenz sei zu ersehen, daß sich niemand dort gegen die Partei gewandt, wohl aber gegen eine kleine aber einflussreiche Gruppe von Redakteuren und Theoretikern, die man als unverantwortliche Schulmeister betrachtete. Wenn dabei der Ausdruck fiel, daß Revolutionsromantik getrieben wurde, so sei es doch angeht die Aeußerungen von Rosa Luxemburg und Kautsky in Jena sowohl als in Preharkeln sehr erklärlich. Wenn man sich freilich über die bisher sowohl in der Partei wie in den Gewerkschaften betriebene Kleinarbeit nicht gerade günstig ausdrückt, so müsse man naturgemäß zu einer neuen Taktik kommen, die die Engelsche Ansicht, daß die alte Zeit der Parteikadaverit vorüber sei, für überlebt hält. Nicht unvorsichtlich zu den Vermutungen, die in größeren Kreisen herrsche, trage wohl auch der nicht seltene Stimmungswandel in den Kreisen unserer leitenden Genossen bei. Dringend nötig sei daher eine Verabstimmung der Partei mit den Gewerkschaften über die Frage des politischen Massenstreiks.“

In der Debatte sprachen sich sämtliche Redner für die Annahme der vom Referenten empfohlenen Resolution aus, jedoch waren sie mehr oder weniger mit der Begründung nicht zu zufrieden; man bezeichnete sie gewissermaßen als Plausmacherei. Verschiedentlich wurde auch betont, daß man in Jena nicht den Eindruck gehabt habe, als ob die Anwendung des Massenstreiks in Kürze zu erwarten sei. Sein Vertuschen, sondern eine lebhaft Diskussion der Frage des Massenstreiks müsse die Lösung sein. Unberechtigt sei es, wenn gewissermaßen angedeutet werde, daß man mit dem Feuer spiele, denn nicht die Arbeiter seien es, die hier aggressiv vorgingen, sondern die Gegner seien es, die fortgesetzt durch die Enruchtung der Massen diese zum Widerstande ja geradezu aufspießten. Betont wurde noch, daß man den politischen Massenstreik jedoch nur bei Abwehr reaktionärer Anschläge für angebracht hielt.

In seinem Schlusswort verteidigte sich Gen. David dagegen, daß er gewissermaßen Wasser in den Wein zu schütten versuche. Aber aus den Augen lassen dürfe man doch nicht, daß nach große Massen für uns erst zu gewinnen seien, um an die wirkliche Eröberung der politischen Macht denken zu können. Diese tragen Massen aufzuklären, sei dringend nötig, denn es sei damit nicht getan, nur die Kerntruppe des industriellen Proletariats auf unserer Seite zu haben, sondern die gesamte Masse des werktätigen Volkes müsse zu uns herübergezogen werden. Wie nötig die Aufklärung sei, habe ja die Wahlrechtskampagne in Hessen gezeigt, bei der man trotz aller Agitation unserer Genossen in Wort und Schrift eine tiefere Volksbewegung nicht hervorzurufen vermochte. Nur bedingt richtig sei es auch, davon zu sprechen, daß sich die Verhältnisse in Deutschland im allgemeinen noch schärfer zuspitzen hätten. Das trübe doch zurzeit nur für Hamburg, Lübeck und Sachsen zu, während sich doch in Bayern, Württemberg und Baden durch die dort erzielte Einführung des direkten Wahlrechts sich eine entgegengekehrte Situation zeige. Hüten solle man sich, zu schablonisieren, sondern man müsse mit gegebenen Tatsachen rechnen. Deshalb müsse auch die Taktik den Verhältnissen angepaßt werden. Dabei weg mit den großen Worten, aber her mit mehr unbedruckten Taten!

Der vorgeleitete Zeit wegen war der Debatte über das Referat durch Annahme eines Schlussantrages ein vorzeitiges Ende bereitet worden. Nachstehende Resolution Davids fand einstimmige Annahme:

In der Erwägung, daß zur Anwendung und erfolgreichen Durchführung eines politischen Massenstreiks die Mitwirkung der Gewerkschaften ganz unentbehrlich ist, spricht die heftige Landeskonferenz die Erwartung aus, daß die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages zu Beschlüssen führen möchten, die eine Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erleichtern. Um für die Zukunft in allen die Partei und die Gewerkschaften betreffenden Fragen von vornherein Gegenläufige möglichst auszugleichen und einheitliches Handeln zu sichern, hält es die Landeskonferenz für notwendig, daß eine ständige Verbindung zwischen den obersten Leitungen von Partei und Gewerkschaften hergestellt wird.“

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Zentralvereins für den s. Schleswig-holsteinischen Wahlkreis beschloß am zweiten Verhandlungstage die Anstellung eines besoldeten Beamten, da bei der Föhrung der Parteiarbeiten und der weiten Ausdehnung des Kreises die Agitations- usw. Arbeiten nebenamtlich nicht mehr bewerkstelligt werden können. Das Gehalt wird bis auf weiteres auf 2000 M. bemessen und für das Bureau wird eine Entschädigung von 200 M. gewährt; außerdem wird die Hälfte des Beitrages zur Unterstützungvereinigung des Vereins „Arbeiterpresse“ bezahlt. Gewählt wird zu diesem Posten der bisherige Vorsitzende des Vereins, Genosse Wilken-Dittsen.

Eine Konstellation. In Marburg wollte dieser Tage der Genosse Härtling vom Postamt ein aus Zürich kommendes Paket für den bescheidenen Dr. Widels abholen. Vorchriftsmäßig wurde das Paket geöffnet. Die der Beamte die obenstehende Großschüre „Der politische Massenstreik“ im roten Umschlage erblickte, eufuhr es ihm: „Aha, da haben wir's ja!“ Zwei weitere Beamten wurden herbeigeholt, die dann die Drucksachen einer genauen Prüfung unterzogen. Schließlich, nachdem sich die Beamten eingehend nach der Parteizugehörigkeit der Genossen Dr. Widels und Härtling erkundigt, wurden folgende Großschüren „mal hier behalten“:

- 1. „Der politische Massenstreik“.
- 2. „Der Hofhund des Kapitalismus“.
- 3. „Dr. Lohes“.
- 4. „Die Arme und die Streiks“.
- 5. „Die Verteidigungsreden des Genossen Raine“.

Die Beamten erklärten, sie müßten erst in Kassel wegen dieser Schriften anfragen, obgleich ihnen Genosse Härtling sagte, daß die Großschüren auch in Deutschland zu haben seien.

Der Zentralwahlverein für Potsdam-Spandau-Osthavelland

hielt seine Kreisgeneralversammlung am Sonntag im Schützenhause zu Rauhen ab. — Anwesend waren 28 Delegierte für 16 Orte; ferner der Kandidat des Kreises, Genosse Dr. Karl Liebknecht, sowie Vertreter der Agitationskommission und des 6. Wahlkreises Berlin usw. — Der Vorstandsbericht des Genossen Paris-Wellen, der zum erstenmal gedruckt vorliegt, konstatiert einen erfreulichen Fortschritt seit Gründung des Zentralwahlvereins. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 2784. Ebenso hat auch die Abonnentenzahl der Parteipresse zugenommen. Die „Brandenburger Zeitung“ hat zurzeit 1874, der „Vorwärts“ 1232 Abonnenten im Kreise. — Nach längerer Diskussion über die Notwendigkeit einer besseren Agitation für Spandau, die durch den „Vorwärts“ allein nicht genüge, wird von den Genossen Piefer- und Meibholz-Spandau die Herausgabe einer Extrabeilage zum „Vorwärts“ resp. mehr Raum in der Vortortrubrik derselben empfohlen, während Genosse Liebknecht für seinen Antrag spricht, der sich speziell mit den Verhältnissen in den Spandauer Militärverhältnissen beschäftigt. — Staab-Potsdam begründet die Potsdamer Anträge, die sich ebenfalls für eine vermehrte Agitation, auch auf dem Lande, aussprechen, ferner das Verständnis des politischen Massenstreiks gefördert wissen wollen.

Angenommen wurden schließlich die folgenden Anträge:

- 1. Die Kreisgeneralversammlung möge eine Kommission zur Prüfung des Vorstandsberichtes betr. die sogenannten Kartenmitglieder ernennen. Ueber den Ausfall dieser Untersuchung hat die Kommission der Generalversammlung Bericht zu erstatten.
2. Sämtliche Untervereine des Kreiswahlvereins sind verpflichtet, in der ersten Hälfte des Septembers eine energische Agitation für die Presse zu veranstalten. Zu diesem Zwecke wird ein populäres Flugblatt herausgegeben.
3. Die Jahresberichte des Vorstandes sowie der Massenbericht des Zentralvorstandes sind in solcher Anzahl zu drucken, daß jedes Wahlvereinsmitglied ein Exemplar bekommen kann.
4. Um das Verständnis des politischen Massenstreiks zu fördern, erhält jedes Mitglied des Wahlvereins die Massenstreikroschüre (Webel) unentgeltlich.
5. Zweck Vereinfachung und zur einheitlichen Gestaltung der Berichterstattung für die Parteipresse ist ein Formular auszuarbeiten.
6. Jedem Wahlverein ist ein Exemplar der neuen Parteikorrespondenz zuzustellen.
7. Es ist in eine energische Agitation unter den Arbeitern der Spandauer Militärverhältnisse einzutreten: durch häufige und regelmäßige Herausgabe von Flugblättern für diese Arbeiter, durch Abhaltung von öffentlichen Versammlungen für sie und durch gemeinschaftliche Einmischung.
Zur Leitung dieser Agitation ist ein ständiger Ausschuss von drei Spandauer Genossen zu bilden, deren Ernennung den Spandauer Genossen überlassen bleibt.
Dem Vorstände des Zentralwahlvereins ist die jederzeitige Teilnahme an den Sitzungen des Ausschusses gestattet; er ist möglichst von diesen Sitzungen zu unterrichten.

Ueber den Parteitag referierte Genosse Liebknecht. Er bedauerte das Fehlen des Punktes „Die russische Revolution“ auf der Tagesordnung. Wenn auch der Parteitag selbstverständlich seiner Sympathie für die russischen Freunde Ausdruck geben werde, so würden wir unserer Pflicht der internationalen Solidarität besser entsprechen, wenn die Resolution am Schluß eines besonderen Tagesordnungspunktes zur Annahme käme. Er meine nicht, daß, auch wenn dies geschehe, die Zeit des Parteitages mehr in Anspruch genommen zu werden brauche, als schon stillschweigend dafür vorgesehen. Er nehme von diesem Antrag besonders deshalb Abstand, weil ein Punkt unbedingt auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse, der Zentralpunkt, um den sich die ganzen Verhandlungen des diesjährigen Parteitages notwendig drehen würden und der doch nicht auf der Tagesordnung stehe, der aber, wenn er nicht besonders auf die Tagesordnung komme, zerissen, und ohne Resultat unsystematisch erörtert werden und die ganzen übrigen Verhandlungen des Parteitages verwirren müsse: Partei und Gewerkschaft.

Ueber das Protokoll der Generalkommission sagte der Referent, daß nach der Indiskretion der „Einigkeit“ die öffentliche Richtigstellung durch die Partei notwendig gewesen sei. Gewiß sei die Zuständigkeit der Gewerkschaftsinstanz nicht anzuzweifeln, aber eine Umgehung sei auch nicht geschehen. Und so sehr der Schritt des Parteivorstandes bedauert werden möge, so werden wir ihm doch, wenn auch schweren Herzens, Entlastung erteilen. Denn es handele sich in diesem Falle für ihn um eine Ehrenfrage und um einen Akt der Notwehr. — Nach einem kurzen Hinweis auf die parlamentarischen Vorgänge kam der Referent auch auf die angebliche „Krise“ in der Partei zu sprechen, die sich nach Bremen entwickelt und jetzt durch die Auseinandersetzung über den Massenstreik ihren Höhepunkt erreicht habe. Das sei kein Vorwurf für den Parteivorstand. Gott sei Dank wären wir jetzt so weit, daß das Verhältnis zwischen den beiden Organisationsformen der Arbeiterschaft zu einer Klärung und Einigung kommen werde. In der Frage der Organisation und Schulung der Parteimassen sei noch viel zu tun; auch die Gewerkschaften müßten in dieser Beziehung ihre Pflicht mehr als bisher erfüllen. Die gesamte Arbeiterschaft müsse auf ihre kommenden Aufgaben besser vorbereitet werden; Rußland sei ein Renetel. Daß in der Arbeiterbewegung die politische Partei in erster Linie stehe, sei durch ihre sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben bedingt. Das schließe ein gemeinsames Arbeiten mit den Gewerkschaften nicht aus. Beide Teile brauchten sich. Es dürfe aber nicht wieder vorkommen, daß man in Köln schwarz und in Jena weiß sage. In Rannheim müsse festgestellt werden: „Was ist für die Gewerkschaftsmitglieder maßgebend?“ Das sei eine Lebensfrage der Taktik. (Beifall.)

Zur Annahme gelangten schließlich die folgenden Anträge:

- 1. Auf die Tagesordnung des Parteitages ist zu setzen: „Partei und Gewerkschaft“.
2. Im Anschluß an die vom Jenaer Parteitag dem Parteivorstand überwiesene Resolution 143 beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand hat unverzüglich in Verhandlungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu treten zur Herbeiführung einer dauernden Fühlung und Verbindung zwischen der politischen und der Gewerkschaftsbewegung. Insbesondere ist anzustreben:
a) Ergänzung des Parteivorstandes durch einige Mitglieder der Generalkommission und Hinzuziehung einiger Mitglieder des Parteivorstandes zur Generalkommission.
b) Bildung eines aus Vertretern beider Organisationen bestehenden Aktionsausschusses.
c) Regelmäßige gemeinschaftliche Sitzungen des Parteivorstandes und der Generalkommission.
d) Beiden Organisationen wird zur Pflicht gemacht, in Fragen, in denen sich ihre Zuständigkeit kreuzt, nicht selbständig, sondern nur unter gegenseitiger Verständigung oder nach dem vergeblichen Versuch einer solchen Verständigung vorzugehen.
e) In solchen Fragen ist auch erforderlichenfalls die Abhaltung gemeinschaftlicher Partei- und Gewerkschaftskongresse — nach Art der internationalen Kongresse — zu erwägen.
3. Zu Punkt 4 der Tagesordnung ist als Korreferent Wdmeburg, zu Punkt 5 Legien zu bestellen.

4. Eine besondere militaristische Propaganda ist systematisch zu entfallen.

Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuss zu bilden. Ebenso gelangten noch die beiden folgenden Resolutionen zur Annahme:

1. Die Generalversammlung ist der Heberzeugung, daß keinerlei Anlaß vorliegt, in der Frage des Massenstreiks und der Reiseleiter abzugehen von dem fast einmütigen Standpunkt des Jenaer Parteitages, daß vielmehr gerade die innerpolitischen und weltpolitischen Vorgänge seit jener Beschlusfassung die Richtigkeit dieses Standpunktes nachdrücklich bestätigt haben. Sie wendet sich entschieden gegen alle Versuche, den Gedanken des politischen Massenstreiks durch Zusammenwerfen dieses Streiks mit dem ganz anders gearteten anarchoistischen Generalstreik zu diskreditieren.

2. Die Generalversammlung stimmt der Resolution Zellenschulz zur Erziehungsfrage inhaltlich im wesentlichen bei. Insbesondere betont sie die Notwendigkeit von Jugendorganisationen. Das Referat über die Provinzialkonferenz hielt der Genosse Schmidt-Wellen. Der wichtigste der Beratungsgegenstände sei das Statut für die Provinz Brandenburg. Die Mehrzahl der Genossen in der Provinz sei zwar für den Brandenburger Entwurf, der eine einheitliche Organisation mit Einschluß von Groß-Berlin vorsehe. Doch sprächen Zweckmäßigkeitsgründe für das von Berlin vorgeschlagene Kartellverhältnis. Demnach sollen Groß-Berlin, Potsdam-Spandau-Osthavelland und Frankfurt-Lebus je einen Bezirk bilden. Die drei Bezirke bilden den Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg.

In der Diskussion wendet sich Piefer-Spandau gegen den Berliner Entwurf. Danach hätten die Spandauer Genossen keinen Einfluß auf den „Vorwärts“, da die Prekommission des Zentralorgans nur aus Berliner Genossen bestehe. Die Kritik der Frankfurter „Vollstimme“ gegen das neue Statut sei also zum Teil berechtigt.

Genosse Fretthaler tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Der Parteivorstand werde sich mit allen Mitteln dagegen wehren, die jetzigen Aufsichtsinstanzen beim „Vorwärts“ zu ändern. Daß nicht alles reglementiert werde, das beweise ja die Berichterkonferenz. Eine Majorisierung der Provinz durch Groß-Berlin sei weder beabsichtigt noch zu befruchtend. Aber die eigenartigen Verhältnisse Berlins als politischer Zentrale erforderten eine besondere Aktionsfähigkeit. Wie bisher, so werde Groß-Berlin auch ferner der Provinz gegenüber das möglichste tun. Wollte Groß-Berlin die Vertretung nach dem Proportionalverhältnis beanspruchen, so hätte es ja von vornherein die Majorität. Aber nicht die Mitgliederzahl, sondern die Kreiszahl solle entscheiden. Gegen die unerhörten Ausstreunungen der Frankfurter „Vollstimme“ werde noch an anderer Stelle vorgegangen werden.

Auch Genosse Dobroslaw wandte sich scharf gegen die erhobenen Vorwürfe und wies nach, daß die Agitationskommission stets ihre Schuldigkeit getan habe und mit den ländlichen Verhältnissen ebenso gut vertraut sei, wie die Genossen in der Provinz.

Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: Als Delegierte zum Parteitag wurden bestimmt die Genossen Dr. A. Liebknecht, Schmidt-Wellen, Lehmann-Marwitz. Zur Provinzialkonferenz wurden gewählt die Genossen Piefer-Spandau, Heinrich-Wellen, Abel-Marwitz.

Der Vorstand sowie die Prekommission wurden wiedergewählt. — Die nächste Kreisgeneralversammlung findet in Kehl statt.

Genosse Fretthaler weist zum Referat des Genossen Liebknecht noch darauf hin, daß in dem „Vorwärts“-Konflikt die Schuld nicht am Parteivorstand gelegen habe. Die „Form“ hätte nicht der Parteivorstand, sondern hätten die sechs ehemaligen „Vorwärts“-Redakteure beruht. — Mit einem Hoch auf die Partei schließt die Versammlung.

Soziales.

Sozialpolitiker im Handelsgewerbe.

Ein günstiger Wind wehte uns das folgende Zirkular, das für sich selbst spricht, auf den Redaktionstisch:

Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V. Streng vertraulich!

Berlin SW. 48, 24. Aug. 06.

An unsere Herren Verbandmitglieder!

Die Ihnen bekannt, hat der Abgeordnete Bauermann im Reichstage den Antrag gestellt, den § 63 d. H.-G.-B. als zwingend zu gestalten, d. h. vertragl. Vereinbarungen, daß in Krankheitsfällen das Gehalt nicht weiter gezahlt zu werden braucht, auszuliefern.

Das würde eine große Schädigung der Detailgeschäfte bedeuten, da bekanntlich Krankheitsimulationen, namentlich nach erfolgter Kündigung, häufig vorkommen.

Da von zahlreichen unserer Verbandsmitglieder an uns die Forderung gestellt ist, daß wir uns der in Detailistenkreisen lebhaft umfängreichenden Bewegung gegen den Antrag Bauermann anschließen, bitten wir Sie noch, uns baldmöglichst auf beifolgendem Fragebogen die bei Ihnen vorgekommenen Fälle von Krankheitsimulationen, in denen ein nach Ihrer Meinung oder Feststellung ungerechtfertigtes Fernbleiben vom Dienste stattgefunden hat, zu streng vertraulicher Vernehmung gefl. mitteilen zu wollen.

Mit toll. Hochachtung

Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V. gez. Oscar Riez, gez. Dr. Bernide, Vorsitzender, Generalsekretär.

Mit Bleistift auszufüllen!

Streng vertraulich! An den Verband Deutscher Waren- u. Kaufhäuser, e. V. Berlin.

Nachstehend teilen wir Ihnen erg. die Zahl der Fälle von gemeldeten Erkrankungen innerhalb der letzten . . . Jahre mit, in denen u. E. ein Fernbleiben vom Dienste nicht gerechtfertigt war.

Table with 4 columns: 1. Festgestellte Simulationen, 2. Vermutete Simulationen, 3. Fernbleiben wegen geringfügiger Krankheiten, 4. von 1-3. Nach erfolgter Kündigung. Includes fields for Ort, Datum, and Stempel/Unterschrift.

Zunächst wird in der leichtfertigen Weise der Vorwurf der Simulation ganz allgemein erhoben, und um für die unehrtere Verschuldigung Beweise zu erlangen, sollen die interessierten Leute vertraulich, das heißt anonym die Vorwürfe bestätigen. Ihre Meinung, die natürlich ein wenig zuverlässiger, vielmehr ein stark subjektiver Berater ist, soll gemühen für die Generalisierung der Verschuldigung, wodurch eine große Gruppe Angestellter in der öffentlichen Meinung herabgesetzt wird und schwer geschädigt werden kann. Wer nach solcher Methode zu arbeiten sich genötigt sieht, verdient die Vorwürfe, die er gegen andere erhebt.

Folgen der Profitlust.

In wahnhaftem Tempo wird im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Produktion betrieben. Diese Parforcejagd nach Kohlen mag die Arbeiterschaft mit Gesundheit und Leben bezahlen. Auch im Braunkohlenbergbau ist die Unfallziffer im Steigen begriffen. Zwei Katastrophen, die die Situation grell beleuchten, sind aus der letzten Zeit zu verzeichnen. Auf der zur Grube „Victoria“ bei Hötensleben gehörigen Brickettsfabrik ereignete sich am 7. August eine Kohlenstaubexplosion. Zehn Mann wurden lebensgefährlich verbrannt. Mehrere Verletzte sind gestorben. Nach den Aussagen der Arbeiter wäre die Explosion vermieden worden, hätte man ernsthaft die Beseitigung eines kleinen Brandes betrieben. Man war aber nur auf die Produktion bedacht, man ließ das Feuer hundentlang glimmen, bis die Explosion eintrat. Für Beseitigung von großen Massen lagernden trockenen Kohlenstaubes war keine Zeit gewesen.

In der Nacht vom 24. zum 25. voriger Woche brannte, ebenfalls durch Kohlenstaubexplosion, auf der Grube 522 bei Theßen der Förderturn. Auf dem Förderturn bestand die Schachtkammer aus, wodurch die Schachtkammer zusammenbrach. Von den dort beschäftigten Arbeitern verbrannten zwei bis auf wenige Knochenreste vollständig, während zwei andere sich mit knapper Not durch den Sprung von einer Brücke retten konnten. Die Untertagearbeiter konnten sich sämtlich durch den Luftschacht in Sicherheit bringen. — Eine Kohlenstaubexplosion mächte auf Braunkohlenwerken, die nicht mit Trockenanlagen zur Brickettsfabrikation versehen sind, zu den Unmöglichkeit gehören. Ueberall wo derartige Katastrophen eintreten, kann man sicher sein, daß etwas nicht in Ordnung war.

So war auch der Schacht von Grube 522, welcher den Niederischen Montanwerken gehörte, nicht ausgemauert worden, mit Holz abgeteilt. Der Förderturn bestand in der untersten Etage aus leichtem Fachwerk, während er oben durchweg mit Holz ausgefüllt war. Eingedeckt war er mit leichter Dachpappe. Die Zugangstüren, Treppen und Leitern bestanden bis obenhin ebenfalls aus Holz. Trotzdem die ganze Anlage erst wenige Jahre besteht, hatte man sich die Ertragsmischgärten der Technik und die trübten Erfahrungen mit anderen Holzbauten nicht zunutze gemacht, sondern einfach leicht, luftig und — feuergefährlich gebaut; diese Bauweise ist am billigsten. Auf den Holzverkleidungen des Schachtes lagerte jahrelanger Schmutz und Staub. Ein Verfehlen und Sprengen kamte man im Braunkohlenbergbau kaum den Ramen nach. Der Staub soll schon Tage vorher gesklummt haben. Sicher ist, daß man in der Unglücksnacht schon gegen 8 Uhr den Brand im Schachtkammern mit ein paar Eimern Wasser zu löschen versuchte. Die Förderung durfte aber nicht stillstehen, weil die Kohle notwendig gebraucht wurde. (!) So ging der Betrieb eben weiter. Jedes Auf- und Abgehen des Förderkorbes kostete durch den Zug den Brand aufs neue an, bis dann endlich sich gegen 1/2 12 Uhr die angesammelten Brandgase entzündeten, ein hochgehender Sturz die hellen Flammen mit nach oben brachte und im Ru den Förderturn in Brand setzte. Wahrscheinlich haben hier lagernde Staubmassen das rasende Wüten des Elements begünstigt, denn in kaum fünf Minuten hat die ganze Anlage von unten bis oben hellerleuchtend gebrannt. Die oben auf dem Turm mit dem Abziehen und Aufschieben der Wagen beschäftigten zwei Leute konnten sich nicht mehr retten. Am nächsten Morgen fand man von einem der Verunglückten einige Knochen, der andere Unglückliche ist jedenfalls in das Innere gestürzt und vollständig verbrannt. Gesehert werden die Verhältnisse im Bergbau dann erst werden, wenn Kontrollen aus Arbeiterkreisen angestellt sind.

Arbeiterschutz.

In der Wäschefabrik der Gebrüder Vorchardt in der Neuen Königstraße zu Berlin waren jugendlichen Arbeiterinnen unter 16 Jahren entgegen den Bestimmungen des § 136 der Gewerbeordnung nicht kaufen von je einer halben Stunde, sondern solche von nur einer Viertelstunde gewährt worden. Wegen Uebertretung des genannten Paragraphen wurde die Direktrice N. und daneben auch einer der Brüder Vorchardt, dem die Oberleitung des 600 Personen umfassenden Betriebes obliegt, zu einer Geldstrafe verurteilt. Zur Anwendung kamen dabei folgende Vorschriften des § 151 der Gewerbeordnung: „Sind bei Ausübung des Gewerbes polizeiliche Vorschriften von Personen übertreten worden, welche der Gewerbebetriebe zur Leitung des Betriebes oder eines Teils desselben oder zur Beaufsichtigung bestellt hatte, so trifft die Strafe diese letzteren. Der Gewerbebetriebe ist neben denselben strafbar, wenn die Uebertretung mit seinem Vorwissen begangen ist, oder wenn er bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebes, oder bei der Auswahl oder der Beaufsichtigung der Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.“ Das Landgericht führte in der Begründung aus: Nicht widerlegt sei zwar die Angabe des Angeklagten Vorchardt, daß er nicht gewußt habe, die jungen Mädchen erhielten Pausen von weniger als einer halben Stunde. Auch könne ihm nicht vorgeworfen werden, daß er es bei der Auswahl der Direktrice an der erforderlichen Sorgfalt habe fehlen lassen. Indessen wäre es dem Angeklagten möglich gewesen, von dem Kontor, wo er tätig ist, in den Saal zu gehen und hin und wieder sich davon zu überzeugen, ob den jugendlichen Arbeiterinnen die halbe Stunde Pause gewährt werde. Er habe ja häufiger revidiert, aber nie mehr als die Direktrice gefragt, ob sie die gesetzlichen Ruhepausen innehalte. Hingzu komme, daß die Uebertretung des Gesetzes nicht bloß dann und wann, sondern mehrere Monate hintereinander erfolgte. Somit sei anzunehmen, daß Vorchardt „bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebes“ es an der erforderlichen Sorgfalt habe fehlen lassen. Deshalb sei er neben der Direktrice strafbar.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen von Vorchardt eingelegte Revision, weil das Landgericht mit Recht unter den festgestellten Umständen den § 151 der Gewerbeordnung angewendet habe.

Statistik der Kaufmannsgerichte. Kaufmannsgerichte waren bis zum Schlusse des Jahres 1906 insgesamt 227 errichtet. Davon befinden sich in Preußen 144, in Bayern 23, in Sachsen 15, in Württemberg 8, Baden 6, Hessen 5, Mecklenburg-Schwerin und Anhalt je 3, Sächsisch-Weimar und Elbich-Lothringen je 4, Oldenburg, Sachsen-Noburg und Bremen je 2, in Braunschweig, Sachsen-Altenburg, beiden Reich, Lübeck und Hamburg je 1. In Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Meinungen, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe bestand 1906 kein Kaufmannsgericht. Von allen Kaufmannsgerichten sind 187 bereits bestehenden Gewerbegerichten angegliedert. Von den Kaufmannsgerichten sind für einzelne Gemeinden 212 zuständig, für mehrere Gemeinden 10, für mehrere Kommunalverbände oder Teile von solchen 5. 204 Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern haben eigene Kaufmannsgerichte errichtet.

Die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Württemberg.

Das Ergebnis der am 1. Oktober 1905 von der württembergischen Regierung an die Betriebsunternehmer gerichteten Umfrage über die Arbeitszeit der bei ihnen beschäftigten über 16 Jahre alten Arbeiterschaft wird amtlich bekannt gegeben. Danach arbeiten

Table with 2 columns: 10 Stunden und weniger, Heber 10 Stunden. Rows for Arbeiter (55 790 = 49,9 Proz., 55 971 = 50,1 Proz.) and Arbeiterinnen (14 629 = 32,9, 29 803 = 67,1).

Weniger als 9 Stunden arbeiten aber von den Arbeitern nur 4,8 Proz. und von den Arbeiterinnen 2,1 Proz.

Mehr als 12 Stunden mußten 0,97 Proz. der Arbeiter und keine der Arbeiterinnen tätig sein.

Nach alledem wird, nach Abzug der Frühstücks- und Vesperpausen, die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeiter auf 9 Stunden 38 Minuten, die der Arbeiterinnen auf 9 Stunden 27 Minuten berechnet.

Die längste Arbeitszeit bezieht für männliche Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie mit 11 Stunden 19 Minuten, für Arbeiterinnen in den Ziegeleien mit 11 Stunden 5 Minuten.

Die kürzeste Arbeitszeit bietet beiden Geschlechtern das polygraphische Gewerbe, in welchem die Arbeiter 9 Stunden 24 Minuten, die Arbeiterinnen 9 Stunden 17 Minuten tätig sind.

Erklärlicherweise ist die Arbeitszeit in den größeren Städten eine kürzere als in den kleinen Städten und Landorten. Während in Stuttgart die durchschnittliche Arbeitszeit eines Arbeiters 9 Stunden 57 Minuten und einer Arbeiterin 9 Stunden 47 Minuten ist, beträgt sie in Gemeinden von 5000 bis 100 000 Einwohnern für Arbeiter 10 Stunden 35 Minuten, für Arbeiterinnen 10 Stunden 20 Minuten. In den Gemeinden unter 5000 Einwohnern ist die Durchschnittsarbeitszeit für Arbeiter gar 11 Stunden 6 Minuten, für Arbeiterinnen 10 Stunden 55 Minuten. Ein Beweis für den in der Großstadt viel nachdrücklicher und erfolgreicher zur Geltung kommenden Einfluß der Arbeiterorganisationen!

Bezüglich der Mittagspause brachten die Erhebungen das Ergebnis, daß dieselbe 1—1½ Stunden für 96,4 Proz. der Arbeiter und für 99,1 Proz. der Arbeiterinnen beträgt. Eine Mittagspause von 1½—2 Stunden genießen nur 2,7 Proz. Arbeiter und 0,8 Proz. Arbeiterinnen.

Die Erhebungen sind sehr interessant und werden in ihren auf die einzelnen Orte und Gewerbe bezüglichen Resultaten wohl für die Gewerkschaften wertvolles Agitationsmaterial bieten.

Aus Industrie und Handel.

Organisierter Fleischwucher.

Die hohen Fleischpreise zu einer dauernden Einrichtung zu machen, bemühen sich ebenso gut die Agrarier wie die Großhändler. Wie die „Deutsche Fleischzeitung“ mitteilt, haben sich die Schweinezüchter Rheinbessens zu einem Ring zusammengeschlossen. Jedes Mitglied der neuentstandenen Vereinigung verpflichtet sich, Schlachtwiege nicht unter 56 Pf. Lebendgewicht oder 80 Pf. Schlachtgewicht abzugeben. Für jeden Fall der Uebertretung dieser Bestimmung tritt eine konventionale Strafe von 1000 M. in Kraft. — Wie uns versichert wurde, haben auch die hiesigen Kommissionäre einen Ring gebildet zum Zweck der Hochhaltung der Viehpreise. Die Mitglieder verpflichteten sich bei Festsetzung einer eventuell zu zahlenden konventionellen Strafe, nicht unter bestimmte Preise hinabzugeben. Unter diesen Umständen, die eine systematische, dauernde Blinderung der Konsumenten bedeuten, wäre es eine Aufgabe der Stadtverwaltung, die Fleischversorgung zu organisieren, den unverschämten Plänen sowohl der Agrarier wie auch der Händler entgegen zu arbeiten.

Cyber des Glucks. Die Aktionäre der Aktiengesellschaft „Charlottenhütte“ in Niederselben, die in letzten Jahren keine Dividende erhielten, dürfen ganz unvermutet diesmal 10 Proz. einstreichen. — Mit 15 Proz. Dividendenlohn müssen sich die Compondschneider der Bleistiftfabrik Haber & W. begnügen. — Die Gertrude-Harzgeroder Eisenhüttenwerke erzielte eine um 27 Proz. erhöhte Einnahme. 4½ Proz. Dividende werden ausgeschüttet. — Die Wandererfahrwerke sollen wiederum 17 Proz. ergeben. — Die Spinnerei und Weberei Koltern kann 10 Proz. Dividende abstoßen. — 7 Proz. erhalten die Aktionäre der Fabrik für Eisenkonstruktion A.-G. Jülich. — Die Terraingesellschaft am Großschiffahrtsweg Berlin erzielte im ersten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 111 705 M. — Die Dividende der Kaiserer Zuteilspinnerei wird auf 12 Proz. geschätzt. — Wiederum 12½ Prozent Dividende stiegen den Aktionären der Transport A.-G. (vorm. J. Hebede) Gumburg zu. — Bei einer Erhöhung des Aktienkapitals von 28 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark heimten die Papierfabrik der Rheinischen Stahlwerke eine um 3 Proz., auf 12 Proz. erhöhte Dividende ein. Dabei werden 2 335 000 M. zu Abschreibungen verwendet gegen 1 939 000 M. im Vorjahre. — Dabei ist man fortgesetzt bemüht, das Glück noch weiter zu forcieren — durch Preisauflage. Die ober-schlesischen Grobblechhändler setzten die Preise jetzt ab August um 10 M. hinauf. Die Zementfabriken in Oberschlesien nahmen eine Erhöhung um 25 Pf. pro Faß vor. — Die Vereinigung der Baudeisenwerke erhöhte die Preise um 7,50 M. pro Tonne.

Deutschlands Außenhandel in den Monaten März bis Juni 1906.

Nach dem vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenem Jahrbuche der Monatslichen Nachweise über den auswärtigen Handel betrug:

1. Die Einfuhr im Juli in Tonnen 4 614 504, ferner 990 177 Stck, 133 884 Faß, 369 Stck (Weizen), in den fünf Monaten März bis Juni 21 171 082 Tonnen, 3 270 822 Stck, 223 770 Faß, 5402 Stck;

2. die Ausfuhr im Juli 3 558 092 Tonnen, 305 863 Stck, 195 Faß, 186 Stck, 61 059 Felloßter und 109 282 Flaschen, in den fünf Monaten März bis Juni 16 698 793 Tonnen, 2 450 347 Stck, 1019 Faß, 822 Stck, 241 772 Felloßter und 576 706 Flaschen. Ein- und Ausfuhr haben gegen den Juni zugenommen, jene mehr als diese.

Im Juli cr. wurden importiert an Roh Eisen 877 000 Doppelzentner (vom März bis Juli 4 222 000 Doppelzentner) und an Weißblech 84 000 Doppelzentner (134 000 Doppelzentner). Exportiert wurden u. a. 338 000 (1 770 000) Doppelzentner Roh Eisen, 294 000 (1 492 000) Rohkupfer, Rohzinn u. s. w., 309 000 (1 673 000) fassbares Eisen in Säcken; Träger, 154 000 (703 000) fassiertes Eisenblech, 151 000 (719 000) Grobblech, 395 000 (1 288 000) Eisenbahnwagen und 138 000 (511 000) eiserne Eisenbahnwellen. An Feingold wurden eingeführt im Juli 13,4 Doppelzentner (seit 1. März 317,29 Doppelzentner), an deutschen Goldmünzen 1,53 Doppelzentner (88,35), an Goldscheine und Goldgeld 230,83 Doppelzentner (1054,35), und an Barren aus Feingold 61,63 Doppelzentner (109,1). Aus Ausland kamen im Juli cr. 8,12 Doppelzentner und seit dem 1. März 296,59 Doppelzentner Feingold. Exportiert wurden im Juli 0,27 Doppelzentner (20,22) Feingold, 5,32 Doppelzentner (45,65) deutsche Goldmünzen, 22,24 Doppelzentner (64,02) fremde Goldmünzen und 48,57 Doppelzentner (84,77) Goldscheine und Goldgeld.

Den Handelsergebnissen für Juli und März bis Juli sind diesmal außer den gewöhnlichen Uebersichten auch die Werte für das erste Halbjahr 1906 angesetzt. Die Werte für die Zeit vor dem Inkrafttreten des neuen Tarifs wurden von dem handelsstatistischen Beirat während seiner letzten Beratung endgültig ermittelt, ebenso ein großer Teil der Werte für die Zeit nach dem 1. März 1906. Die Werte für die seitdem ein- und ausgeführten Waren sind als vorläufige anzusehen. Sie werden bei den nächsten Beratungen des handelsstatistischen Beirates einer eingehenden Prüfung unterzogen werden und dürften dabei mehrfache Änderungen erfahren.

Die Werte betragen in Millionen Mark:

1. für Januar und Februar Einfuhr . . . 1845,5, Ausfuhr 1197,5
2. für März bis Juni . . . 2483,7, . . . 1715,8

zusammen Einfuhr . . . 4279,2, Ausfuhr 2913,3
für das 1. Halbjahr oder gegen das Vorjahr mehr
in der Einfuhr 906, in der Ausfuhr 209,4,
gegen 1904 mehr in der Einfuhr 1056,2, in der Ausfuhr 880,1
Millionen Mark.

Ein wirtschaftlicher Todesfall. Nach einer kürzlich erfolgten Feststellung verfügte der Konzern der Real Estate Trust Company in Philadelphia über 7 000 000 Dollar Depositen. Die Gesellschaft stellte die Zahlungen ein. In Betracht kommen bei dem Zusammenbruch 7 Millionen Dollar. Die Depositengläubiger der Gesellschaft sind die First National Bank, die Market Street National Bank und die Franklin National Bank. Die leitenden Beamten dieser Banken geben bekannt, daß diese bis gestern 500 000 Dollar zum Versuche, die Bank zu retten, beigetragen haben. Sie erklären, ihre Banken würden nicht in den Zusammenbruch hineingezogen werden. Ein Konkursverwalter ist bereits ernannt worden.

Verlängerung des Stahlverbandes. Wie dem „A. L.“ versichert wird, ist der Verlängerung des Stahlverbandes auf zehn Jahre von den meisten Beteiligten im Prinzip bereits zugestimmt worden. Nicht ganz glaubwürdig klingt die weitere Mitteilung, der neue Vertrag werde in der Hauptsache dem bisherigen nachgebildet. Gerade wegen der „unwesentlichen“ Punkte, Veteiligung und Verhältnismäßigkeiten, dürfte es doch noch manche Hindernisse zu überwinden geben.

Konzentration in der Erdölindustrie. Die angeführte Gründung, die die wichtigsten in Biele bestehende Betriebe zu einem Unternehmen zusammenschließen will, ist bereits vollzogen. Unter dem Namen: Deutsche Mineralölindustrie A.-G. in Köln, hat sich eine Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 16 Millionen Mark gebildet.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen des Kreises Niederbarnim hielten am Dienstagabend ihre Kreisversammlung im „Palast“ in Weiskensee ab. Genosse Bloch sprach über die bevorstehende Frauenkonferenz und den Parteitag in Mannheim. Er wies darauf hin, daß es einer der wichtigsten Zwecke der Parteitage sei, daß sich die Partei über sich selbst klar werde, daß sie erfahre, was die Majorität in der Partei will. Dann werden die Parteitage neue Kraftquellen sein und aufs beste dem agitatorischen Zwecke dienen können. Für die Frauenbewegung war das verfloßene Jahr ein recht günstiges, es zeigte sich ein kräftiger Aufschwung, die Zeit des schwierigen Ringens um eine Mitwirkung der Frauen an der sozialdemokratischen Bewegung ist vorbei. Zeugnis davon legt die erhöhte Zahl der Abonnenten für die „Gleichheit“ ab, die über 15 000 in dem verfloßenen Jahre betrug, und die „Gleichheit“ ist ein vorzügliches Organ für die deutsche Frauenbewegung. Der Redner geht die einzelnen Punkte der Tagesordnung für die Frauenkonferenz durch. In der Frage des Frauenstimmrechts, worüber Genossin Zellin sprechen wird, gilt es, das Terrain abzugrenzen gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegung. Diese macht der Sozialdemokratie mit Unrecht oft den Vorwurf, daß sie manche Gelegenheit verläßt, für das Frauenstimmrecht einzutreten. In der Wahlrechtsbewegung ist diese Frage leider nicht sonderlich in den Vordergrund getreten; die Frauen waren nicht genügend vorbereitet, sie entfalteten keine eigene Agitation; trotzdem wußten sich die proletarischen Frauen eins mit der Parteibewegung, die agitatorisch wirken wollte, und da gibt es nach jeder Richtung bei Männern und Frauen noch viel zu tun. Ueber die Agitation unter den Landarbeiterinnen wird die Genossin Fiech Bericht erstatten, die darin praktisch wohl erfahren und geeignet ist, ein gutes Urteil zu fällen. Man weiß, welchen Schwierigkeiten die Aufklärungsarbeit auf dem Lande begegnet und man darf sagen, daß es weit schwerer noch ist, bei den Arbeiterinnen Eingang zu finden als bei den Arbeitern. Ähnlich liegt es in den Städten mit der Dienstbotenbewegung, worüber Genossin Grünberg sprechen wird. In Berlin ist die Agitation unter den Dienstboten bis in die neueste Zeit von wenig Erfolg gewesen, während man von anderen Städten, wie z. B. aus Nürnberg, mehr darüber hörte. Aber es regt sich jetzt auch in Berlin. Die Gesindeordnung ist längst reif zur Abschaffung, aber gerade in dieser Frage haben die bürgerlichen Parteien gemeinsam Widerstand geleistet. Ueber die Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen wird Genossin Dunder sprechen. Was in dieser Fürsorge durch die Krankenversicherung geleistet wird, ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, und doch ist es so sehr wichtig, daß darin mehr geschieht, denn die kommende Generation ist davon abhängig. Die Kauterhaftversicherung wird bei diesem Punkte auch wohl zur Sprache kommen. — Seit einiger Zeit ist der Ruf nach besserer Bildung unter den Genossinnen und Genossen immer lauter geworden. Seit dem Attentat auf die Kaiserin drängt sich immer mehr die Frage auf: „Was ist zu tun, um dafür zu sorgen, daß unsere Kinder zu Kämpfern in der proletarischen Bewegung erzogen werden?“ Darum wird auf dem Parteitage das Thema Sozialdemokratie und Volkserziehung besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Die Leitsätze dazu sind längst im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Redner berührt kurz die übrigen Punkte der Tagesordnung des Parteitages und verweist nur bei dem Thema „Politischer Massenstreik“ etwas länger; er erklärt, daß ein solcher Streik als Angriffswaffe erst an dem Tage in Betracht komme, wenn der Entscheidungslampf um die politische Macht vor der Tür steht. Was die Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft anbelangt, so werden sie nie so groß werden, wie die Gegner es wünschen. Genosse Bloch schließt mit dem Wunsche, daß der Parteitag und die Frauenkonferenz von befruchtendem Nutzen für die proletarische Bewegung sein mögen.

In der Diskussion nimmt Genosse Jezerowsky das Wort und hofft, daß immer mehr Frauen sich finden mögen, die mitarbeiten an den großen Aufgaben der Partei und mitdelfen, manchen mittelalterlichen Schutt, wie z. B. die Gesindeordnung, hinwegzuräumen. Zwei Anträge liegen vor. Der erste verlangt, daß die Bekanntmachungen der Versammlungen in der Rubrik „Frauenbewegung“ im „Vorwärts“ wieder an erster Stelle, wie früher, eingesetzt werden und die Berichte nach denselben folgen sollen. Genossin Teuber spricht zu diesem Antrage und gibt ihrer Unzufriedenheit über die Rubrik „Frauenbewegung“ Ausdruck. Die Frauen fühlen sich vernachlässigt und verlangen Abhilfe. Der Antrag wurde angenommen.

Der zweite Antrag lautet dahin, die bisher erschienenen Kinderbeilagen der „Gleichheit“ zu einem Buche zusammenzufassen, welches dann als passendes Geschenk für den Weihnachtstisch herausgegeben werden sollte.

Zu diesem Antrage sprach Genossin Neumann, indem sie der Kinderbeilage große Anerkennung zollte und erklärte, daß der Wunsch vieler Frauen in diesem Vorschlage ausgedrückt sei. Der Antrag wurde angenommen.

Als Delegierten nach Mannheim wurde Genossin Neumann und als Delegierten zur Brandenburger Konferenz Genossin Teuber gewählt.

Gerichts-Zeitung.

Gegen „Die Schönheit“.

Gegen die Kunstzeitschrift „Die Schönheit“ wird am 1. September vor dem Landgericht I ein Strafprozeß verhandelt werden, der von prinzipieller Bedeutung ist, da es sich wieder um die Darstellung des Nackten handelt. Die Veranlassung der Zeitschrift ist wieder von dem berühmten Kölner Sittlichkeitsverein ausgegangen. Es soll die Frage entschieden werden, ob künstlerische Photographien nackter Körper als verwerfend für das Schamgefühl anzusehen sind. Unter einigen Aufsätzen sind die Bilder „Anschaul“, „Träumerei“, „Ausblick“, „Spiegelbild“, „Im Rai“, „Die Waldfrau“ und „Auf der Höhe“ unter Anklage gestellt. Als Sachverständige über den wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Wert der inkriminierten Druckzeugnisse sind geladen: Geh. Medizinalrat Professor Dr. Eulenburg, der prakt. Arzt Dr. Magnus Hirschfeld, der bekannte Wildhauer Darro Ragnussen sowie der Präsident der im Abgeordnetenhaus tagenden photographischen Ausstellung Martin Kiehling. Die Verteidigung des Herausgebers der „Schönheit“, Schriftsteller Karl

Banfelow, sowie der mitangeklagten Schriftsteller Wilhelm Brönnner und Alexander Koch liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Berthauer und v. Palmowski.

Verfammlungen.

Das Thema: Partei und Gewerkschaft wurde in der am Dienstag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Bahnervereins für den vierten Kreis erörtert. Der Referent Ströbel bezog den Standpunkt, die strikte Neutralität der Gewerkschaften müsse für die klassenbewußte Arbeiterbewegung gefährlich werden. Gegenwärtig sei man auch von dem Gedanken der völligen Neutralität mehr und mehr zurückgekommen, nachdem man gesehen habe, daß durch die Neutralität nicht die beabsichtigte Wirkung: Auffassung der Hirsch-Dunderschen und Christlichen durch die freien Gewerkschaften erzielt wurde. Das Schwenden des Neutralitätsgedankens in den Gewerkschaften sei ein erfreuliches Zeichen; denn im Interesse des Fortschritts der klassenbewußten Arbeiterbewegung müßten Partei und Gewerkschaft zwar nebeneinander bestehen, aber doch Hand in Hand gehen. Es müßten Mittel und Wege gesucht werden, die ein Zusammenarbeiten der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ermöglichen. — Dem Vortrage folgte eine lange und rege Diskussion, die ebenso wie die Ausführungen des Referenten einen vorwiegend theoretischen Charakter trug und nur nebenbei auf konkrete Vorgänge im Partei- und Gewerkschaftsleben Bezug nahm. In dem Grundgedanken, daß Partei und Gewerkschaft, jede auf ihrem besonderen Gebiet dem gemeinsamen Ziele des Sozialismus zustreben müssen, und daß die strikte Neutralität der Gewerkschaften der Arbeiterbewegung schädlich sei, stimmten alle Redner mit dem Referenten überein, wenn sie auch im einzelnen, je nachdem sie mehr an der Partei- oder der Gewerkschaftsarbeit beteiligt sind, etwas abweichende Meinungen vertreteten. Unter anderem kam auch das vom Genossen Bringmann auf der Gewerkschaftskonferenz ausgesprochene Verlangen nach der Schaffung einer Gewerkschaftstheorie zur Sprache. Ströbel hatte diese Angelegenheit in seinem Referat gestreift, indem er sagte, was Bringmann unter einer Gewerkschaftstheorie verstehe, das werde erst jetzt klar und zwar durch einen von Bringmann verfaßten Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“. Bringmann vertrete da den Standpunkt der weitgehendsten Neutralität, er erkläre, er sei Sozialdemokrat und wolle die Partei fördern, aber die Gewerkschaften hätten keinerlei politische Aufgaben zu erfüllen, selbst die Kaiser als Demonstration für den Achtstundentag und für politische Forderungen gehöre nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften, ebensowenig der politische Massenstreik. — Pöschel kam in der Diskussion auf diese Angelegenheit zu sprechen und meinte, so wie Ströbel habe er den Bringmannschen Artikel, den er allerdings erst flüchtig gelesen habe, nicht verstanden. Als Teilnehmer an der Gewerkschaftskonferenz könne er sagen, daß Bringmann unter der Gewerkschaftstheorie nichts anderes verstanden habe, als eine programmatische Zusammenfassung der Aufgaben, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben. — Schenker, der das Verhalten der „Einigkeit“ und der Sozialisten zur Protokollveröffentlichung verteidigte, meinte, der „Vorwärts“ hätte den Vorwurf, die „Einigkeit“ habe mit ihrer ersten Veröffentlichung aus dem Gewerkschaftsprotokoll eine Infamie begangen, zurücknehmen müssen, nachdem sich herausgestellt habe, daß jene Veröffentlichung auf Wahrheit beruhe. — Hierzu sagte Ströbel in seinem Schlusswort: Ob die erste Veröffentlichung der „Einigkeit“ als Infamie bezeichnet werden könne oder nicht, darüber lasse sich reden. Dagegen sei die ganze Art, wie die „Einigkeit“ das Protokoll ausgeschlachtet habe, zum mindesten nicht als fair zu bezeichnen. Einen stärkeren Ausdruck wolle er vermeiden; er gebrauche deshalb das Fremdwort. Wenn die „Einigkeit“ mit ihrer ersten Veröffentlichung keine Infamie begangen habe, so habe sie das nachher in reichlichem Maße getan. — In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner nochmals die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Partei und Gewerkschaft. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Ströbel, daß Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zusammen gehen müssen, einverstanden und erwartet, daß mehr wie bisher die revolutionären sozialistischen Ideen innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen propagiert werden.

Ihrer Ansicht über die polizeilichen Ausschreitungen in Nürnberg gab die Versammlung durch Annahme einer scharfen Protestresolution Ausdruck.

Zu Beginn der Versammlung hatte Jansen kurz über die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg referiert. Dann wurde die Delegiertenwahl mittels Stimmzettel vorgenommen und das Resultat am Schluß der Versammlung bekannt gegeben. Gewählt sind Jaek, Basewitz und Enders.

Die Bremer des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter nahmen in ihrer Versammlung Kenntnis von dem Ableben der Mitglieder Bachme, Reinhold und Eiserle, deren Andenken durch Erben von den Vätern gelehrt wurde. Hierauf erstattete Tröger ausführlichen Bericht vom letzten Verbandstag, dessen Beschlüsse jedoch die Versammlung nicht voll und ganz befriedigten. Die abdem erfolgte Abrechnung vom zweiten Quartal ergibt eine Einnahme von 8697,50 M., eine Ausgabe von 1927,24 M., so daß an die Hauptkasse 1770,26 M. abgeführt werden konnten. Die Lokalasse verzeichnet eine Einnahme von 1575,60 M., eine Ausgabe von 896,21 M., so daß zugleich des Bestandes vom ersten Quartal ein Lokalassensvermögen von 7391,75 M. besteht. Die Mitgliederzahl beträgt 308. Sodann wurden zu Verbands-Ausführungsmittellern Hodapp, Tröger und Hedder gewählt. Hinsichtlich des ringförmigen Arbeitsnachweises ermahnt der Vorsitzende die arbeitslosen Kollegen zur pünktlichen sayungsgemäßen Meldung, um nicht die unangenehmen Folgen der Streichung nach sich zu ziehen. Ferner wurde im weiteren Verlaufe zum Anschlusse an die politische Partei und zum Abonnement der Arbeiterpresse angeregt. Den nach Sibirien verbannten Genossen Parvus und Deutsch bringt die Versammlung ihre volle Sympathie zum Ausdruck. Im „Vorwärts“ gab das Benehmen des Brauereiarbeiters Hoffmann in der Deutschen Bierbrauerei (Wickelndorf) Veranlassung zu lebhaften Klagen. Dieser Herr sucht die dortigen organisierten Arbeitnehmer auf alle mögliche Art zu schikanieren, welche Handlungsweise die Kollegen bereits zu einer Arbeitsverweigerung veranlaßte. Erst nachdem die Betriebsleitung ins Mittel legte und den Herrn in seine Schranken verwies, nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Schließlich wird noch bekannt gegeben, daß mit der Brauereien Königs-Busterhausen und Groß-Lichterfelde Tarifabschlüsse zu stande kamen; in letzterer Brauerei bis zu 25 Proz. Lohnerhöhung.

Genosse Maurenbrecher erlucht und um Aufnahme folgender Verichtigung zu dem Bericht über Niederbarnim: „Ich habe nicht gesagt: „Zuwachs an Mitgliedern und „Vorwärts“-Lesern „sei doch kein politischer Erfolg“; sondern: „... sei doch allein noch kein politischer Erfolg und sei vielmehr der Zentralisierung der Organisationen als den Versammlungen vom 21. Januar zuzuschreiben.“

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmacher-Gehilfen, Berlin. Donnerstag, den 30. d. Mts., abends 10 Uhr: Generalversammlung im Lokale Schillingstr. 36. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand: A. A. Baumgart.

Verband der Freireisenden Deutschlands. (Zweijähriger Bericht) Donnerstag, den 30. August, abends 9½ Uhr, bei Schmidt, Berlinerstr. 14: Mitgliederversammlung. Erscheinen unbedingt nötig.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69—73 pr. 100 Lb., IIa 63—68, IIIa 57—62, IVa 52—56, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, schottische Bullen 0,00, Rindfleisch, Doppelhälber 100—110, Ia 80—85, IIa 70—75, IIIa 60—68. Hammelfleisch Ia 77—82, IIa 67—75, Schweinefleisch 68—74, Rebhühner Ia per Pfd. 0,60—0,75, IIa 0,40

Wenn Sie uns fragen würden, warum wir selbst am liebsten Josetti-Cigaretten rauchen, würden wir kurz antworten: „Wegen des würzigen Aromas und des milden, feinen Geschmacks, die ihnen eigen sind“. Diese Qualitäts-Eigentümlichkeiten werden selten vereinigt in türkischen Cigaretten gefunden und in keiner Sorte so vollkommen als in

JOSETTI CIGARETTEN

Wir haben viele türkische Cigaretten mit ausgesprochenem würzigen Aroma geraucht, aber die Stärke derselben war für dauerndes Rauchen unerwünscht. Es sind die bei der Herstellung von Josetti-Cigaretten verwendeten geschickten Mischungen, die das bouquetreiche Aroma der reifsten besten türkischen Tabake vereinigt mit mildem, lieblichem und doch vollaftigen Geschmack bewahren. Dies kann nur mit absolut harmonisch zusammengestellten Mischungen erreicht werden. Dieses Ziel zu erlangen, ist uns stets als wichtigste Aufgabe in unserer langjährigen Praxis erschienen, und nur durch unermüdete Bestrebungen ist es uns gelungen, Josetti-Cigaretten zu ihrer jetzigen Vervollkommnung zu bringen und uns den hervorragenden Platz, den wir in unserer Branche einnehmen, zu gewinnen.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Zusammenstellung der Tabakblätter für Josetti-Cigaretten zum Verpacken in Ballen.



Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater
Heinrich Ziesler
nach kurzen, schweren Leiden am 28. d. M., nachts 11 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Buchstr. 9, aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt.

Verband d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Heinrich Ziesler
verstorben ist.
Seine feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. August, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Buchstr. 9, aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
76/4 **Der Vorstand.**

„Freier Männerchor“
Berlin.
(Mitgl. d. M.-S.-B.)
Am 28. August verstarb nach längerem Leiden unser Sangesbruder
Eduard Stiller
im 46. Lebensjahre.
Der Verein wird demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der freiwilligen Begräbnisstätte (Pappel-Allee) aus statt.
Treffpunkt der Sänger um 1 Uhr mittags in Engers Klubhaus, Dunderstraße 88.
Der Vorstand.

Montag, den 27. August, entschlief sanft nach schwerem Leiden im 57. Lebensjahre meine liebe Frau und gute Schwelster
Anna Schultz geb. Staunau.
Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen dies Herbeidrüb an der hinterbliebenen Gatte
Hermann Schultz,
Heinr. Staunau als Bruder.
Berlin N., Adlerstr. 44,
29. August 1906. 8906
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Danks-gemeinde, Blankstraße, aus statt.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und stützenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Formers **Eugen Kromp,** sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen, sowie dem Gesangsverein „Lustige Säger“ hiermit meinen innigsten Dank. 8906
Frau Clara Kromp geb. Bösch.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranz-spenden bei der Beerdigung meiner geliebten Frau, unserer unvergesslichen guten Mutter
Anna Maschkewitz
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten und dem Gesangsverein Männer-Chor „SO.“ unseren innigsten Dank.
Alex Maschkewitz nebst Kindern.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41, Spezialarzt für 157/15
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.
Von der Kelle zurück 152/19
Dr. Paul Cohnheim
Spezialarzt für Magen- u. Darmleiden, Oranienburgerstr. 39.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuost. Katalog
Empfehl. viel Acarie u. Prof. grat. u. d. H. Unger, Sammlerentwurf
Berlin NW, Friedrichstraße 91/92.

Steppdecken
1337/1
Gelegenheitskauf!
Bunt Kattun Ersatz für 285 Deckbett
Similseide in den 485 875 Farben
Wollatlas rot, blau, oliv 525 750
Bunte Normal-Schlafdecken 150 250 350
Wolldecken ganz dick 300 400 feinerhaltig
Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**
Oranienstraße 150. Berlin S.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezug.
in den unteren Zäun
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freilanz.

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — H. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Kuffen, Franzosen, Blattläuse usw. Schadfrei 30 Pf. 60 Pf. u. 1.00. 1914/2
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
zahle demjenigen, der mir einen Richterfalsch nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth,** Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

Günstig
für **Maurer od. Maler,**
da solche hier fehlen: Verkaufte mein zweites H. Haus, 3 Stuben, Küche, Stall, Biele für 2500 Mark bei kleiner Anzahlung. 152/7*
M. Blanke, Ostseebad Zingst.

Nähmaschinen
(Pfeiler u. Rohmann) billigst, auch gegen Teilzahlung. Aufschneide-Maschine gratis. Rosenthalerstr. 19. 18723*

Achtung! Färber! Achtung!
Chemische Wäscher, Färbereiarbeiter u. Arbeiterinnen!
Sonnabend, den 1. September 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei **F. Merkowski,** Andreasstr. 26:

Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage der Färber und Färbereiarbeiter Berlins und Umgegend. Referent: **F. Kotske.** 2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Günstigen und zahlreichen Besuch erwartet
Der Branchenleiter: G. Pinkert.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW 68, Lindenstr. 69.
Sodern erschienen:
Illustrierter Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1907.
Einunddreißigster Jahrgang.
Inhalts-Verzeichnis: Kalendarium — Postkarten — Beachtens-werte Adressen — Statistisches — Rückblick — Wessien und Märkte — Im Kreislauf des Jahres — Die Reform der Straf-prozess-Ordnung. Von Rechtsanwalt Hugo Heilmann — Zeucheng-fahrt und Zeuchenerhöhung. Von Dr. F. Jadel (mit Bildern) — Zwei Wieder im Volkston. Von Leo Keller. — Ein Waisentag. Nach dem Leben erzählt von Minna Kautsky (mit Illustrationen) — Denn wir nicht mehr gültig sind. Gedicht von Ernst Weerung — Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft. Von Heinrich Cunow (mit Illustration) — Die Karikatur und ihre Bedeutung. Von Ed. Fuchs (mit Illustrationen) — Wir sind der Sieg. Gedicht von Ludw. Lessen — Moderne Kraftwagen. Von H. G. (mit Illustrationen) — Sozialistische Frauenagitation. Von Dittke Baader — Lied der Bergleute. Von H. L. — Die Kultur des Tabaks. Von H. G. Ornni — Französische Gefellenorganisation im 18. und 19. Jahrhundert. Von Adolf Braun — Raucharbeit. Gedicht von G. Weber — Szenen aus der russischen Revolution. Von J. H. (mit Illustrationen) — Unsere Toten (Mit Bildern) — Heilige Familie. Gedicht von G. Kreowski — Abgehende Wänter — Das Armband. Satirische Skizze von Michel L'Evreux. Autorisierte Uebersetzung (mit Illustrationen) — Für unsere Hülfeleiser — Trübsalstübchen und Brütelalender. — Hierzu drei Bilder: Der Bergmann — Die Auswanderer — Proletarierin — Außerdem zwei Preisarbeiten auf Kunstbuckpapier: Der Steinlocher — Heiser am Umfinkst — Ein Wandkalender.
Preis: 40 Pfennig.
Bei Einzelbezug bitten wir um Einzahlung des Betrages nebst 10 Pfennig in deutschen Reichsmark für Porto.

An die Zigarren- und Zigarettenhändler Berlins und Umgegend!
Die Nummer des „Vorwärts“ vom 19. August enthält einen Bericht über eine **Protestversammlung der Zigarren- und Zigarettenhändler Berlins und Umgegend.**
In diesem wird behauptet, daß die Zigarettenfabrikanten die Banderolensteuer vollständig auf die Zigarettenhändler abgewälzt haben.
Die „Compagnie Orientale“ ist an diesem Vorgehen der Zigarettenfabrikanten **nicht beteiligt, sondern liefert nach wie vor ihre anerkannt guten Marken ohne Aufschlag der Banderolensteuer an die Händler weiter.**
Wir empfehlen den Händlern sowie den Herren Rauchern
Orientale Princesse Detailpreis **3 Pfennig**
Bouquet **2**
in der Fabrikationspackung in Düten a 5 und 10 Stück fix und fertig banderolliert und bitten diejenigen, denen diese Marken noch nicht bekannt sind, einen Versuch zu machen. 669b
Tabak- und Zigarettenfabrik Compagnie Orientale
de Constantinople,
Berlin N. 58, Schönhauser Allee 16a.
Zur Beachtung! Wir geben den Herren Händlern zur Nachversteuerung ihrer Waren jedes gewünschte Quantum Banderolen zu Originalpreisen bereitwilligst ab.

Berliner Nachrichten.

Vom „Sparenden Berlin.“

Die Berliner Sparkasse veröffentlicht jetzt ihren Verwaltungsbericht über das Etatsjahr 1905. Wir ersehen aus ihm, daß im letzten Jahre 63 419 011 M. eingezahlt und 59 861 538 M. ausgezahlt wurden, sodas das Plus der Einzahlungen über die Auszahlungen sich auf 3 557 473 M. belief. Dazu kamen 8 793 772 M. Jahreszinsen, die den einzelnen Konten gutgeschrieben wurden, mithin vermehrte sich das Guthaben der Sparere um 12 351 245 M. Hierdurch stieg das Guthaben bis zum Schluß des Etatsjahres 1905 (d. h. 31. März 1906) auf 322 846 111 M. Bei 813 822 Sparbüchern würde das pro Buch durchschnittlich 396,70 M. ergeben, und bei 2 050 655 Einwohnern (am 31. März 1906) kämen auf jeden Einwohner durchschnittlich 157,44 M. Das sind so die üblichen Rechnungsergebnisse, die der Sparkassenbericht alljährlich mitteilt.

Wenn man sich die betreffenden Zahlen für das ganze letzte Jahrzehnt zusammenstellt, so zeigt sich, daß das Gesamthaben fortgesetzt gestiegen ist. Auch der Durchschnittsbetrag pro Buch ist dauernd im Steigen und ebenso der Durchschnittsbetrag pro Einwohner. Doch es fällt auf, daß die Aufwärtsbewegung sich in der letzten Zeit verlangsamt hat. Vom Schluß des Etatsjahres 1895 bis zum Schluß des Etatsjahres 1905 stieg das Gesamthaben um 144 185 445 M., das würde pro Jahr durchschnittlich 14 418 544 M. machen, aber im letzten Jahre betrug der Zuwachs, wie oben angegeben, nur 12 351 245 M. Noch deutlicher tritt die Verlangsamung hervor, wenn man aus dem ganzen Jahrzehnte die Durchschnitte pro Buch und pro Einwohner betrachtet. In den zehn Jahren stieg der Durchschnitt pro Buch um 67,73 Mark, also pro Jahr um 6,77 M., aber das letzte Jahr brachte nur ein Mehr von 4,61 M. Der Durchschnitt pro Einwohner erhöhte sich in zehn Jahren um 51,33 M., macht pro Jahr 5,13 M., aber das letzte Jahr zeigt nur eine Steigerung um 2,51 M. Zu neuerer Zeit ist eben der Betrag der Einzahlungen nicht mehr sehr stark gestiegen, desto stärker aber der Betrag der Auszahlungen. Infolgedessen ist dann der Betrag, der drüberblieb, immer geringer geworden. Im Etatsjahr 1895 wurden 42 484 022 M. eingezahlt und nur 31 429 339 M. ausgezahlt, so daß 11 054 682 M. drüberblieben. Im Etatsjahr 1905 wurden, wie schon gesagt, zwar 63 419 011 M. eingezahlt, aber 59 861 538 M. ausgezahlt, so daß nur noch 3 557 473 M. drüberblieben.

Genau genommen hat das „Sparende Berlin“ im letzten Jahre nur diese 3 1/2 Millionen Mark gespart, sofern das Ergebnis der städtischen Sparkasse als Maßstab dienen soll. Diese Summe nimmt sich allerdings sehr viel weniger stattlich aus als die 63 1/2 Millionen Mark Einzahlungen, denen eben ziemlich 60 Millionen Mark Auszahlungen gegenüberstehen. Zu den 3 1/2 Millionen Mark kommen aber freilich noch die Zinsen, die für das Jahr zugeschrieben wurden. Diese sind natürlich mit jedem Jahre reichlicher ausgefallen, da ja das zinsbringende Guthaben von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Im Jahre 1895 wurden erst 4 763 955 M. zugeschrieben, im Jahre 1905 aber bereits 8 793 772 M. Noch vor zehn Jahren kam der Zuwachs, um den das Guthaben sich erhöhte, größtenteils aus dem, was die Sparere im Laufe des Jahres hintrugen, und nur zum kleinen Teil aus den Zinsen. Jetzt aber kommt er nur noch zum kleinen Teil aus den im Laufe des Jahres eingezahlten Ersparnissen und zum größten Teil aus den Zinsen. Dabei ist übrigens zu beachten, daß die fortwährende Erhöhung des aus Zinsen herrührenden Zuwachses, so bedeutend sie auch ist, doch nicht die fortschreitende Ermäßigung des aus Einzahlungen bleibenden Plus aufzuwiegen vermocht hat. Hieraus erklärt es sich, daß der jährliche Gesamtzuwachs des Guthabens, wie schon gezeigt wurde, heute bei weitem nicht mehr so groß wie vor zehn Jahren ist.

Wir glauben nicht, daß die Arbeiterbevölkerung mit sehr erheblichen Beträgen an den Einzahlungen der Sparkasse beteiligt sei. Aber die bürgerliche Presse ist dieser Ansicht, und von Zeit zu Zeit bringt sie immer mal wieder zum Ausdruck, sobald über die Ergebnisse des Sparkassenbetriebes berichtet wird. Gewisse Blättchen fügen auch gern hinzu, an den sich bei der Sparkasse aufhäufenden Schätzen könne man erkennen, wie gut es dem Berliner Arbeiter gehe. Nun, da sind wir neugierig, welche Schlüsse diese Sachkenner jetzt aus den keineswegs günstigen Ergebnissen ziehen werden, die die Berliner Sparkasse im letzten Jahre gehabt hat.

Aus der Schuldeputation. In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation wurde der Antrag der fürstbischöflichen Delegatur, in sämtlichen Nebenklassen der Berliner Gemeindeschulen katholischen Religionsunterricht zu erteilen, beraten und, obgleich der Durchführung des Antrages nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, auch in verschiedenen Nebenklassen schon katholischer Religionsunterricht erteilt wird, angenommen.

Auf Anordnung des Provinziallandtags findet in allen städtischen und königlichen Schulen in Berlin die diesjährige Sedanfeier am Freitag, den 31. August, statt. Am Sonnabend, den 1. September d. J., fällt der Unterricht wegen der Herbstparade aus.

Die Berliner Güterbahn müssen der steten Verkehrs Zunahme entsprechend erweitert und vergrößert werden, an einzelnen Bahnhöfen sind es namentlich die Empfangs-Abteilungen, welche sich zu gewissen Zeiten als unzulänglich erweisen. Es ist bekannt, daß die ankommenden Güter die Zahl der zum Verladen gelangenden bedeutend überwiegen; dazu kommt, daß die ersten meist längere Zeit aufbewahrt werden („lagern“) müssen, ehe sie von den Empfängern abgeholt werden, während die von den Versendern angefahrenen Güter den Verladenschuppen nur passieren, um sofort aufzuladen und weiter befördert zu werden. Man erkennt dies am besten an dem lebhaftesten Verkehrsgebiete, das an der Abfahrtsseite der Güterzüge herrscht. In dem Empfangschuppen des Anhalter Güterbahnhofs an der Mülkenstraße steht sich das Schickal oft zu unglücklichen Vorfällen. Dieser, wie der Verladenschuppen, liegt der Mülkenstraße etwa parallel, hinter dem großen Frontgebäude, das die Bureau- und Kassen beherbergt. Jeder der Schuppen hat eine Länge von nahezu 200 Meter. An den Empfangschuppen schloß sich weiter hinten, etwa 60 Meter entfernt, der alte Kollschuppen an, der auch etwa 180 Meter Länge hat. Dieser wird jetzt ebenfalls für den Güterempfang eingerichtet und zugleich über die Länge der 60 Meter hin verlängert, so daß alsdann ein Empfangschuppen zur Verfügung stehen wird, der die respektable Länge von nahezu einem halben Kilometer hat!

Unter dem Mittelbau, der bis zum Dachstuhl fertig ist, sind Unterkunftsräume mit Hochgelegentheit um für 80 Güterbodenarbeiter vorgesehen, weshalb der in Ladehöhe liegende Güterboden teilweise unterkellert worden ist. Es dürfte dies der größte Güterspeicher sein, den Berlin zurzeit aufzuweisen hat.

Die Gewerbegerichts wahlen sowohl für Arbeitgeber als für Arbeitnehmer beiderseits finden Freitag, 19. Oktober, in Berlin in folgenden Bezirken statt: Im 1. Wahlbezirk, umfassend die Stadtbezirke 1-10, im 4. (31-39. und 45-48. Stadtbezirk), im 7. (54, 55. und 57.-63. Stadtbezirk), im 10. (76.-78.), im 13. (95. bis 104.), im 16. (114.-121.), im 19. (136.-142), im 22. (152 bis 156. und 158.-159.), im 25. (161. und 179.-181.), im 28. (182. bis 183. und 196.-200.), im 31. (218.-225.), im 34. (242. und 247. bis 248.), im 40. (273., 275.-276., 278. und 301.-306.), im 43. (290. bis 292.) und 46. Wahlbezirk (umfassend die Stadtbezirke 307-308 und 315-315).

Brauer und Gastwirt. Der Scheinvertrag der Brauereien enthält verlässliche Bestimmungen, die manchen unserer Leser interessieren werden. Dieser Vertrag will nicht nur die Lieferung von Bier, die Beteiligung an Zwedessen usw. befestigen — womit die Werte ganz einverstanden sind —, sondern seine in Einzelne gehenden Bestimmungen führen einen völligen Umsturz des bisherigen Verhältnisses zwischen Bier und Brauer herbei zum Schaden der Birze. Im § 15 wird beispielsweise bestimmt: Lokalmobiliar und Inventar darf vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages ab nur gegen Zahlung einer jährlichen Abmahlung von mindestens 10 Proz. und gegen eine Vergütung von mindestens 4 1/2 Proz. ausgetauscht werden. ... Die unentgeltliche Vergabe von Tischen und Stühlen ist nicht gestattet. Es ist vielmehr eine Leihmiete von mindestens 4 Pf. für den Tisch und 2 Pf. für den Stuhl pro Woche zu erstaten.“ An anderer Stelle heißt es: „Gratisdier und Geschenke dürfen fortan an Bierabnehmer nur bei deren eigener Hochzeitsfeier und bei seltenen Jubiläen gegeben werden.“ Bemerkenswert ist, daß der Vertrag auch Ausnahmen von dem für die Gastwirte bestimmten Beschlusse zuläßt. An Biergroßhändler darf zu Preisen geliefert werden, welche bis zu 2 Pf. pro Liter höher liegen als die für Gastwirte. Eine Ausnahme von den Vertragsbedingungen ist nach § 5 aber auch zulässig, wenn die Vertragschließende mit einer nicht zu den vertragsschließenden Brauereien in Konkurrenz tritt und von dieser durch niedrigere Preise unterboten wird. — Die Voraussetzung für diese Bestimmung ist aber jetzt schon gegeben. Eine ganze Reihe ringfreier Brauereien will ihr Bier zu den alten Preisen verkaufen.

Bezugnehmend auf den gestrigen Bericht über die Gastwirtsversammlung teilt uns Herr Perzberg mit, daß er nicht Vorsitzender des Vereins Berliner Gastwirte, sondern nur einfaches Mitglied desselben sei.

Tippelstich kann niemand recht machen. Wenn sonst irgend ein patriotisches Ereignis dazu Anlaß gab, gehörte das in der Potsdamerstraße belegene Haus der Firma Tippelstich zu denjenigen, das sich durch reichen Flaggenschmuck auszeichnete. Dese Menschen mußten dann, daß sich dieser Patriotismus bezahlt mache. Gestern haben Neugierige festgestellt, daß anlässlich der Krönung die ganze Front und das Dach wackelt, öde und leer war. Und das ist wieder nicht recht. Jetzt finden sich wieder böse Mäuler, die da aussprechen, daß Tippelstich u. Co. mit dem Vaterlande böse seien. Und dabei besteht doch noch der Vertrag des Reiches mit der Firma, der ihr große Aufträge und gute Bezahlung sichert.

Ueber einen Schwindelprofessor wird berichtet: Seit einiger Zeit findet man in mehreren Berliner Tageszeitungen breite marktchreierische Inserate, die von einem Professor G. Reithard von London ausgehen und allen Schwerhörigen, sogar solchen Personen, die total taub sind, vollständige Wiedererlangung ihres Gehörs in Aussicht stellen. Der Herr Professor verlangte vor Einleitung von 30 Mark und versprach dafür die Lieferung eines elektrischen Apparates, dessen Gebrauch das erwähnte Wunder wirken sollte. Unter vielen anderen wandte sich auch ein Angestellter der Firma R. aus Berlin an den Professor und ersuchte zunächst um Angabe von Referenzen. Umgehend traf hierauf aus London ein ganzes Paket mit Dankschreiben aus aller Herren Länder ein, darunter auch ein solches von einem Gärtnerbesitzer (?) aus Potsdam. Gleichzeitig lag dem Paket ein Begleitschreiben des Professors bei, das in berechneten Worten den bezüglichen Apparat als durchaus sicher wirkend schilderte und die Anschaffung desselben dringend empfahl. Der junge Mann, dem sehr viel daran lag, von seiner Schwerhörigkeit geheilt zu werden, war nun vollständig gewonnen und im Begriff, 30 Mark nach London zu senden. Auf den Rat eines Dritten entschloß er sich dennoch, erst den Gärtner in Potsdam zu hören. Von diesem erfuhr er nun, daß derselbe ein Dankschreiben an den Professor nie gesandt habe, daß dieser Professor vielmehr ein Schwindler sei, der ihn um 30 Mark geprellt habe. Der Gärtner war empört über den Mißbrauch des angeblich von ihm herrührenden Dankschreibens und schimpfte recht erde auf den Schwindelprofessor in London. Selbstverständlich verzichtete der junge Mann nunmehr auf den Wunderapparat. Wir bringen die Sache zur öffentlichen Kenntnis und können bei solchen Anpreisungen — namentlich wenn dieselben aus dem Auslande kommen — zur größten Vorsicht mahnen, denn mit all diesen Wundermitteln wird der größte Quindug getrieben.

Ein Gerüstesturz

hat sich gestern vormittag gegen 10 Uhr am Bau des neuen Schillertheaters in Charlottenburg, Ecke Schiller- und Grolmanstraße ereignet. Im äußeren Bau ist das Theater bereits vollendet, während noch im Innern reichlich zu tun ist. Im großen Zuschauerraum sind gegenwärtig Dreher, Spanner und Puffer mit den letzten Arbeiten beschäftigt. Hierfür ist ein Gerüst aufgebaut gewesen, das eine Höhe von etwa 20 Meter hatte. Als gestern mittag eine Anzahl Arbeiter auf dem Gerüst ihre Arbeit verrichteten, gab dieses plötzlich nach und stürzte unter lautem Krachen zusammen. Vier Mann wurden mit in die Tiefe gerissen und unter dem Gerüst begraben. Sofort eilten Kollegen hinzu, um die Verunglückten zu befreien. Von den Verunglückten war der 30jährige Spanner Wilhelm Diggmann am schwersten verletzt. Er wurde bewußtlos nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht, wo der Arzt schwere Rippenbrüche feststellte. In bedenklichem Zustande fand D. im Krankenhaus Moabit Aufnahme. Die übrigen hatten äußere Quetschungen und Hautabschürfungen davongetragen. Die Ursache der Katastrophe ist darauf zurückzuführen, daß das Gerüst nicht sachgemäß aufgestellt gewesen ist. Der bauausführende Maurermeister heißt Vethle-Spaubau.

Ueberfahren. Der 12jährige Sohn Reinhard der Produzentin H. aus der Soldinerstr. 80 zog es vor, anstatt zur Schule zu gehen, sich in den Straßen Berlins umherzutreiben. Da die Mutter fast den ganzen Tag geschäftlich aus dem Hause war, so wurde dem Knaben sein Vummeln sehr erleichtert. Gestern sollte es aber ein böses Ende nehmen. Auf seinen „Kreuzfahrten“ durch die Straßen geriet H. unter einen Bierwagen der Schultzebrauerei und wurde überfahren. Der eine Unterschenkel wurde ihm gebrochen, während der andere schwer geriecht wurde. Der Schwerverletzte mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Auf der Stadtbahn beraubt wurde die Frau des Malermeisters G. aus Schönholz, die um 1/2 Uhr nachmittags mit ihrer 10jährigen Tochter auf der Station Gesundbrunnen ein Coupe eines Ringbahnzuges betiegen hatte, um nach Bahnhof Landsberger Allee zu fahren. Auf der Station Prenglaue Allee stieg ein Mann in das von Frau G. und deren Tochter besetzte Abteil. Da das Neuzere des Fremden sehr wenig vertrauenswürdig aussah, so wollte die Malermeistersgattin ein anderes Coupe auffuchen. In diesem Augenblick entriß der Mann ihr die Handtasche, in der sich etwa 7 Mark bares Geld befanden und verstand mit seiner Beute über das Trittbrett in ein anderes Wagenabteil. Frau G. erstattete auf der Station Landsberger Allee Anzeige von dem Vorfall, und der eingeleiteten Untersuchung wird es hoffentlich gelingen, dem dreisten Räuber das Handwerk zu legen.

Aus dem Nachleben der Friedrichstraße. Eine blutige Affäre rief gestern früh in der dritten Stunde in der Friedrichstraße großes Aufsehen hervor. Der 28jährige Bankbeamte Otto L. aus der Steinmeßstr. 15 war mit einer jungen Dame, die an einem Nachbusselt in der Friedrichstraße beschäftigt ist, die Friedrichstraße entlang gegangen und mit ihr in Auseinandersetzungen geraten. Die Ursache hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß sich das junge Mädchen weigerte, seine Stellung als Busse-Fräulein aufzugeben. Der Wortstreit zwischen dem Paare wurde immer erregter und schließlich entriß L. mit den Worten: „Wenn Du das nicht willst, so ist es zwischen uns aus!“ einen Revolver aus der Manteltasche und jagte sich eine Kugel in den Kopf. Bewußtlos brach der Lebensmüde zusammen. Aus der Schußwunde ergoß sich ein starker Blutstrom. Auf der Unfallstation in der Kronenstraße erhielt L. einen Notverband, worauf er in die Charité eingeliefert wurde.

Einen netten Sonntagsprediger hat die Jüdische-Gemeinde in der Person des Missionars Hinze gehabt. Dieser fromme Herr wird beschildigt, sich an den ihm anvertrauten Kindern in vielen Fällen unethisch verhalten zu haben. Sein Objekt bildeten Knaben. Ende vorigen Jahres rief der Mann eine Knabenabteilung der Sonntagsschule ins Leben und in der Schönhauser Allee fand der Gottesdienst statt. Häufig nahm aber der Missionar auch Knaben nach seiner Wohnung, Saarbrückerstraße 11. Während die Eltern glaubten, ihre Kinder seien gut aufgehoben, verging sich der Schweineprediger in der gräßlichsten Weise an ihnen. Die Sache kam dieser Tage ans Tageslicht, als ein Junge sich weigerte, zu dem Missionar zu gehen. Schließlich brachte die Mutter des Knaben aus ihm heraus, was der Grund war. Das wurde bekannt und nun gestanden auch andere Knaben, was mit ihnen vorgegangen. Der fromme Herr hat Berlin schon den Rücken gekehrt.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Kellerbrandes wurde in der letzten Nacht die Wehr nach der Wallner Theaterstraße 12 gerufen. Preßkohlen hatten sich dort entzündet. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Stahlweberstr. 8a zu tun, wo Stohlen brannten. Ein Garbinenbrand rief den 19. Jung nach der Friedrichstr. 100. Ferner hatte die Wehr in der Mühlenstr. 8 und Veteranenstr. 8 zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker gingen beim Rixdorfer Gewerkschaftskartell folgende Beiträge ein: Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Des Rixdorf, auf Listen 341 0,50, 342 4.—, 343 3,00, 346 0,50, 347 0,30, 348 1,85, 350 4,15, 351 3,85, 354 9,10, 356 1,75, 358 6,65, 390 4,60, 393 5,00, 395 2.—, 396 0,40. — Liste 378, 2. Rate Tischlerei Gause 9,70. Liste 398 6,95. Liste 401 3,50. Liste 419 4,05. Liste 420 2,25. Liste 429, 1. Rate Tischlerei Lade 2,65. Liste 430, 2. Rate Tischlerei Schramm 5,15. Liste 432 Tischlerei Gansen, 2. Rate 4,80. Liste 433 2,50. Liste 434 Tischlerei Kasselmann, 2. Rate 6.—. Von Vertrauensleuten des Metallarbeiterverbandes, Bezirk Rixdorf, auf Listen: 445 11,35, 446 6,90, 447 4,35, 448 5,55, 449 15,90, 451 16,70, 462 (gef. Schloßerei Pöcher u. Sohn) 8,20, 453 8,35, 456 23,05, 459 9,25, 461 3,25, 462 4,25, 463 1,90, 464 2,25, 465 35,60, 466 12,35, 467 2,90, 468 2.—, 470 10,65, 471 7,35, 472 9,75, 473 3,80. Summa 189,10. — Liste 480 5,75. Liste 481 6.—. Liste 513 — 40. Liste 528 2,25. Liste 529 Möbelpolierer der Firma Schwarz 8.—. Liste 538 9,70. Liste 539 2,50. Liste 540 1,50. Liste 549 5,20. Liste 550 3,25. — 14. Abteilung des Bahnerzins Rixdorf, auf Listen: 554 5,35, 555 10.—, 556 8,00, 558 5,40, 559 6,15, 562 8,80. — Liste 563 Tischlerei Giese 8,70. Liste 564 Tischlerei Gause, 3. Rate 8,45. Liste 565 Tischlerei Ummelshuh, 3. Rate 11,50. Liste 573 von den Dreher der Firma B. Josenb 8,50. Vom Arb.-Nahfahrer-Verein Rixdorf 5.—. Von zwei Kollegen, Daps Vetterlicher-Syndikat 1.—. Summa 435,10 M. Bereits quittiert 700,41 M., in Summa 1144,51 M.

In der Quittung vom 28. Juli muß es heißen: Liste 540 4,70 — und nicht 566.

Für die ausgesperrten Buchbinder gingen ein:

Liste 601 7,80, 4. Rate, Tischlerei Hegelmann. Liste 603 6,15, 2. Rate, Firma Koberenz. Liste 604 3,65, Tischlerei Gutter. Liste 605 7,60, Tischlerei Gause. Liste 606 6,00, 2. Rate, Tischlerei Gause. Liste 607 11,55, Tischlerei Giese. Liste 608 18,85, 2. Rate, Tischlerei Gause. Liste 609 5,05, Tischlerei Kasselmann. Liste 610 1,75, Tischlerei Ehen. Liste 611 10,50, 4. Rate, Tischlerei Richter. Liste 612 16,80, 4. Rate, Tischlerei Ummelshuh. Liste 613 7,90, 5. Rate, Tischlerei Hegelmann. Liste 615 11,45, Tischlerei Samarth. Liste 617 3,55, Tischlerei Glädner. Liste 618 13,05, Bollerer und Waldhagen, Arbeiter der Firma Schwarz. Liste 619 17,40, Drechsler, Tischler u. Buchbinder von D. Schwarz. Liste 620 3,65, Tischlerei Hoffmann. — 14. Abteilung des Bahnerzins Rixdorf, auf Listen: 624 11,75, 625 8,00, 626 8,20, 627 11.—, 628 5,80, 629 6,05, 631 11,55. — B. Arb.-Nahf.-Verein Rixdorf 5.—. Liste 643 1.—. Liste 644 Bau Eiche, Mühlenstraße 14,75. Liste 670 Tischlerei Giese 9,45. Liste 673 5. Rate, Tischlerei Richter 11,15. Liste 675 Tischlerei Spornar 10,25. Liste 676 Tischlerei Krause 3,80. Liste 677 Tischlerei Schöpe 1,90. Liste 678 3. Rate, Tischlerei Gause 9,00. Liste 679 16,50. Summa: 305,65 M. Bereits quittiert 84,10 M., in Summa: 389,75 M.

Die Parteigenossen werden hierdurch aufgefordert, die noch zurückbleibenden Listen sofort abzugeben.

Gewerkschaftskartell Rixdorf. Im Auftrage: Heinrich Schulz, Rixdorf, Köpfler 9 II. Charlottenburg.

Verloren gegangen ist die Sammeliste Nr. 100 für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker sowie die Sammeliste Nr. 40 für die ausgesperrten Buchbinder in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik. Auf beiden Listen war nichts gezeichnet. Es wird ersucht, bei etwaigen Vorzeigen die Listen anzuhalten und an Unterzeichneten abzuliefern.

Ebenso wird ersucht, die noch ausstehenden Sammelisten von den Lithographen und Steindruckern sowie Buchbindern so schnell wie möglich abzuliefern.

Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Pankow.

Ausgelassen. Ein dreister Raubversuch ist zwei „schweren Jungen“ in dem Amtsgerichtsgefängnis in Pankow gelungen. Sie waren bei einem Einbruchdiebstahl in der Witzstraße überfallen und verhaftet worden und hatten in dem Amtsgerichtsgefängnis Unterkunft gefunden. Die Verhafteten, der Schlosser Steuer und der „Gelegenheitsarbeiter“ Haeckel, die schon eine Zahl von Vorstrafen hinter sich haben, entpuppten sich im Laufe der Untersuchung als zwei außerordentlich „schwere Jungen“. Da ihnen auch jetzt wieder eine recht hohe Strafe drohte, zogen sie es vor zu flüchten. Als sie von einem Gefängnisbeamten zum Vorhöf vor dem Untersuchungsrichter von dem Gefängnis über den Hof nach dem Gerichtsgebäude geführt wurden, rissen sie sich plötzlich los und eilten davon. Bevor sich der Transporteur von seiner Ueberwachung erholt hatte, waren die beiden Einbrecher über die Mauer hinweg verschwunden. Die sofort aufgenommene Verfolgung blieb resultatlos.

Widerhof.

„Weil in gehässiger Weise über Religion gesprochen wird.“ Mit diesen Worten wurde die am Dienstag, den 28. August, im Lokale von Weisner stattgefundene gut besuchte Vollversammlung vom überwundenen Beamten aufgelöst. Nachdem Genosse Störmer über „Austritt aus der Landeskirche“ eine halbe Stunde gesprochen hatte und gerade den Hibellspruch „Wete und arbeite“ kritisch auseinandersetzte, erfolgte mittels obigen Ausspruchs durch den die kirchliche Autorität vertretenden Gutsknecht Schulze, Seichowstr. 34, die Auflösung derselben. Beschwerde wird erhoben. Die Fortsetzung dieser Versammlung mit demselben Thema und Referenten findet am Sonntag, den 9. September, nachmittags 2 Uhr, in Weisners Lokal statt. Infolge dieser durch nichts zu rechtfertigenden Maßnahme wird die Arbeiterchaft in der nun andauernden Versammlung nicht nur zahlreich vertreten sein, sondern auch durch Massenandrang aus der Landeskirche die behördlichen Maßnahmen beantwortet.

Weissenfee.

Schule und Haus. Eine immer wiederkehrende Erscheinung, die auch regelmäßig auf beiden Seiten mit Erbitterung und jeweiligen Schereorien verbunden ist, ist die schon oft gestrige Unzufriedenheit einzelner Lehrer oder Direktoren, den Gewissenszwang mit aller Energie den Kindern, in den meisten Fällen Kindern sozialdemokratischer Eltern, beizubringen, wie es nun gerade „von oben“ gewünscht wird. Die unschuldigen Opfer sind dabei immer die Kinder, sie werden in den Augen ihrer Mitschüler herabgesetzt und bis in die Seele hinein gehandelt. So steht schon seit längerer Zeit unsere Genossin Neumann mit dem Rektor Zeffel in Streit, weil sie ihren Sohn durchaus nicht an dem freiwilligen Turnunterricht in der Schule teilnehmen läßt, sondern die freiwillige turnerische Ausbildung dem Turnverein „Fichte“ überläßt. Nach langem Hin und Her ist nun endlich von dem Kreisinspektors eine Verfügung ergangen, die aber wiederum jeder gesetzlichen Unterlage entbehrt. Das Schreiben lautet:

„Auf Ihre am 29. Mai d. J. bei dem dortigen Gemeindevorstand vorgelegene und von demselben mir weitergegebene Beschwerde gegen den Rektor Herrn Zeffel erwidere ich Ihnen, daß letzterer durchaus im Sinne seiner vorgelegten Behörde gehandelt hat, wenn er Ihrem Sohne Georg die Teilnahme an den Übungen des Turnvereins „Fichte“ in Berlin strengstens untersagt hat.“

Die einseitige Erziehung der der Volksschule anvertrauten Kinder muß schwer darunter leiden und es kann nur Verwirrung in ihre Seelen hineingetragen werden, wenn sie in einzelnen Häusern von Personen unterrichtet werden, welche mit der Schule in keinerlei Verbindung stehen und die, wie es bei dem Verein „Fichte“ zweifellos der Fall ist, im Auftrage eines politischen Vereins tätig sind.

Wenn Ihr Sohn das Bedürfnis hat, außerhalb der Schulstunden noch Turnübungen zu pflegen, so kann er an den freiwilligen Turnübungen teilnehmen, welche an mehreren Nachmittagen wöchentlich von dortigen Lehrern geleitet werden.

Sie werden daher lediglich im Interesse Ihres Sohnes handeln, wenn Sie ihn fortan nicht mehr an den genannten Verein schicken.

Der Kreisinspektors
Welter.

Wer die Verwirrung in die Seelen der Kinder hineinträgt, wird der Reflex selbst empfinden. Im übrigen muß es den Eltern schon überlassen bleiben, was mit ihren Kindern außerhalb der Schulstunden geschieht.

Zegel.

Die Steuer-Absperrung stand auf der Tagesordnung der letzten Gemeindevertreterversammlung. Wie groß das Interesse an der Frage war, zeigte schon der noch nie dagewesene Besuch aus der Bürgerchaft Zegels. Zehn Personen und die Vertreter der Presse fanden Platz, selten sind alle Plätze besetzt, daß aber viermal mehr Zuhörer Einlass begehrten, ist unbekannt in der Geschichte Zegels. Den Antrag, der zur Verhinderung stand, hatten unsere Genossen die Gemeindevertreter Lichtenberg und Hodelke, eingebracht. Der erste begründete den Antrag, der eine Befreiung der Absperrung und eine Wiederherstellung des früheren Zustandes forderte. Wenn er auch zugeben mußte, daß er sich geirrt habe, als er erklärte, einen Beschluß, den Weg zu sperren, gäbe es nicht, er habe sich durch Einwirkung in das Protokoll der vorantischen Sitzung vom 2. Juli d. J. vom Gegenteil überzeugt, so mußte er doch sagen, es sei am See ein erhebliches Verkehrshindernis geschaffen worden. Ganz besonders würden dadurch neben den Spaziergängern aus Zegel die von den Dampfern kommenden Personen getroffen. In den sich anschließenden Ausführungen des Vorsitzenden ließ dieser durchblicken, daß er bereit sei, den Weg wieder zu öffnen, sobald genügend Garantien dafür gegeben seien, daß der Reeder Hodelke seinen Privatvertrag mit der Gemeinde hält. Vielleicht werde der Amtsvorsteher eine Verfügung erlassen, nach der es verboten sein werde, ohne Fahrkarte die Schiffe zu besteigen. Dies würde genügen. Bis dahin aber werde auch die Überregulierung in der geplanten Weise vorgehen und neue Wege schaffen. Auf die Seite der Antragsteller trat nur Gemeindevertreter Schumacher. Gemeindevertreter Direktor Unger glaubt, daß es sich nicht um die Absperrung, sondern um die Person des Reeders Hodelke handle. Gemeindevertreter Sommerjant Ernst Vorsig wünschte, die Gemeindevertreter sollten sich besser informieren, dann werde die sogenannte öffentliche Meinung (gemeint ist wohl die öffentliche Protestversammlung) nicht unnötig erregt. Gemeindevertreter Genosse Lichtenberg erwiderte, daß er nur das Interesse der Gemeindeglieder im Auge gehabt habe, daß ihn kein Interesse für eine Person leide, und daß nicht er, sondern die anderen Reeder die Angelegenheiten des Herrn Hodelke in die Debatte gezogen hätten. Der Vorsitzende Gemeindevorsteher Weigert stellte noch fest, daß seinerseits mit aller Nachsicht gehandelt worden sei, daß sich aber Reeder Hodelke alles Wohlwollens berzert habe. Bei der Abstimmung wurde der Antrag unserer Genossen mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Im übrigen genehmigte die Gemeindevertretung den Bebauungsplan für die August-Müllerstraße und die mit den Anliegern der Straße neuerdings getroffenen Abmachungen. Nur einer der Vorleger, Drehmer, hat seinen Einspruch gegen den neuen Bebauungsplan nicht fallen lassen.

Bei der Eisenbahndirektion Berlin, die neuerdings die Einführung des 20 Minuten-Verkehrs abgelehnt hat, soll angefragt werden, ob der vom verstorbenen Eisenbahnminister zugelegte Spätzug Berlin-Zegel um 1 Uhr nachts im Winterfahrplan enthalten ist. Wegen der Verpachtung der Wootslandestelle am Volkwerk an den Inhaber des „Strandclubs“ kam es zu langen Debatten. Im Vertrag soll festgelegt werden, daß eventuell jeder gegen eine Gebühr dort anlegen dürfe. Eine öffentliche Wootslandebau wurde als notwendig bezeichnet.

Mariendorf.

Strassenbahn Steglitz-Südende-Mariendorf. Die Gemeindevertretung von Mariendorf hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Strassenbahnlinie Steglitz-Südende durch den Ort weiterzuführen und die Bahnstrecke aus eigenen Mitteln zu bauen und selbst zu verwalten. Die Gemeinde hatte sich zunächst an den Kreisauswahlsrat mit dem Antrage gewandt, die Durchführung dieses Projektes zu übernehmen. Die Behörde erklärte sich jedoch hierzu nur unter der Bedingung bereit, daß die Gemeinde Mariendorf die Vergütung und Amortisation der Anlagen sowie die Deckung etwaiger Zuschüsse übernehmen. Dieses Ansuchen lehnte die Gemeindevertretung von Mariendorf ab und wird nun die Bahn in eigener Regie bauen.

Ober-Schöneweide.

Kampf gegen den Unglauben. Am Sonntag wurde unter üblichem Tamtam der Grundstein zur katholischen Kirche gelegt. Bei der sich an den kirchlichen Akt anschließenden Feier im „Wilhelmshof“ glaubte der Herr Arcatus Menoch auch gegen den Unglauben zu Felde ziehen zu müssen, indem er in einer Ansprache darauf Bezug

nahm, daß im selben Saale schon des öfteren in Versammlungen Auseinandersetzungen zwischen den Katholiken und Ungläubigen stattgefunden hätten. Nach den bisherigen Leistungen dieses Herrn zu urteilen, ist anzunehmen, daß der Unglaube nun wirklich totgeredet ist.

Die Direktion der hiesigen Strassenbahn steift wirklich im Zeichen des Fortschritts. Durch Anschlag gibt sie bekannt, daß ab 8. September der Preis für die Arbeiterwochenfahrkarten um 20 Pf. erhöht wird. Man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, daß durch die eventuelle Mehreinnahme die Gesellschaft in die Lage versetzt wird, die Arbeiter im November nicht mehr in offenen Sommerwagen befördern zu brauchen. Die Rigorosität dieser Gesellschaft kennt überhaupt keine Grenzen. Sache des beteiligten Publikums wäre es, hier einmal Remedur zu verlangen.

Der einstimmige Beschluß der Gemeindevertretung für eine weitere sofortige Vermehrung der Zahl der Gemeindevertreter hat die Zustimmung der Aufsichtsbehörde nicht gefunden.

Bei der Zusammenlegung der Aufsichtsbehörden speziell in einem Landkreise wie Nieder-Barnim ist es kein Wunder, daß diese Leute den Bedürfnissen eines Industriestandortes wie Ober-Schöneweide nicht Rechnung zu tragen verstehen. Der Entwicklung der Gemeinde ist damit allerdings nicht gedient.

Die Klage unserer Genossen gegen die Giltigkeit der letzten Gemeindevahlen ist noch nicht entschieden.

Röpenitz.

Mit dem Mannheimer Parteitag beschäftigten sich die Röpenitzer Genossen in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Das Referat hierzu hielt Genosse Voelke, der einen klaren Ueberblick der Tagesordnung zum Parteitag gab. So wurde, führte Redner aus, kein Punkt Vorstandsbericht der „Vorwärts“-Konflikte einen breiten Raum in der Debatte einnehmen; bei dieser Gelegenheit dürften auch die Anträge Kold-Karlruhe, der den „Vorwärts“ seines Charakters als Zentralorgan entkleidet wissen will und eine Verlegung des Parteivorstandes durch zwei jüngere Sekretäre wünscht, einer längeren Erörterung unterzogen werden. Der Parlamentsbericht wird sicher Anlaß geben, über das Fehlen eines Teiles unserer Fraktion anlässlich der Interpellation über das „Vorwärts“-Grubenunglück eine Aussprache herbeizuführen. Auch dürfte die Frage der Doppelmandate erörtert werden. Einen breiten Raum in der Debatte versprechen die beiden Punkte Ratzefer und Kassenstreik einzunehmen. Zur Frage der Ratzefer sei schon deshalb ausführlicher Stellung zu nehmen, damit die Form des Uebernehmens und Handelns des Parteivorstandes mit der Generalkommission festgelegt werde. Die letzten Vorkommnisse lassen eine solche Regelung als dringend notwendig erscheinen.

Zur Frage des Kassenstreiks gibt Redner derselben Meinung Ausdruck, wie sie bereits im Kreisgeneralsammlungsbericht für Zeltow-Beeskow wiedergegeben ist. In den hierzu vorliegenden Anträgen, so z. B. einen Korreferenten zu bestellen, äußert sich Redner in zustimmendem Sinne. Redner fordert zugleich, daß der Parteitag die Bestrebungen der Lokalorganisationsstellen, bei denen es sich nicht mehr um Fragen des Prinzips, sondern nur noch um Eigenbrödelchen handele, beurteilen möge. Im Interesse der einheitlichen Führung zukünftiger Kämpfe sei ein Wegweiser dringend geboten. — In der hierauf folgenden Diskussion sprachen die Genossen Hilligas, Herbst und Jansch. Hilligas wandte sich namentlich gegen Ausführungen in letzter Zeit, die gegen die Gewerkschaftsführer Vorwürfe enthielten hätten. Ihm trat Genosse Herbst entgegen, der die Neutralität der Gewerkschaften als ein für die moderne Arbeiterbewegung gefährliches Symptom kennzeichnete. In seinem Schlusswort widerlegte Voelke die Einwendungen von Hilligas. Alsdann gab Genosse Jahnke den Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung Groß-Berlins. An Stelle des Referats, Genossen Ruhling, der wegen Arbeitsüberbürdung sein Amt niederlegen mußte, wurde Genosse Heinze gewählt. Ein Antrag, gegen 18 Mitglieder, die bei der Firma Spindler Arbeitswilligendienste berichteten, das Ausschlussverfahren zu beantragen, wurde angenommen.

Die Anfrage des Genossen Hilligas: welche Schritte unternommen werden gegen Mitglieder, die gegen die Lokalliste verstoßen, wurde dahin beantwortet, daß im Wiederholungsfall der Ausschlussantrag der Betreffenden erfolgt. Eine lebhafteste Diskussion rief der Konflikt des Festenvereins „Morgenrot“ Iontra Genossen Karl Seidel hervor, wonach letzterer dem Verein seinen Saal zu einem Konzert versprochen hatte und selbigen alsdann anderweitig vergab. Die Versammlung kam zu der Meinung, daß beide Teile die Schuld tragen. Zum Schluß konnte der Vorsitzende die Mitteilung machen, daß bei der am 1. Mai eingeleiteten Staatsaktion nur ein Genosse mit 20 M. Geldstrafe bedacht worden ist. Zur Renaufnahme hatten sich 12 Mitglieder gemeldet, gegen die Einspruch nicht erhoben wurde.

Die Hand abgerissen. Ein bedauerlicher Bauunfall wird uns aus Röpenitz gemeldet. Auf dem dortigen Neubau in der Menzelstraße 8 sollte abgerissen werden. Der 47jährige Maurer Karl Grotzow war dabei im Begriff, einen schweren Kalkstein von dem Gerüst herunterzuholen. Als er damit die Leiter herunterstieg, blieb er plötzlich mit seinen Holzpantinen in einer Spalte hängen, bevor das Gleichgewicht und kürzte mit samt dem Saften in die Tiefe. Bei dem Sturz wurde dem Unglücklichen die linke Hand vollständig abgerissen, nur noch mit einer Daumensehne hing das Glied am Unterarm. Der Schwerverletzte wurde in das Kreis-Krankenhaus in Brth eingeliefert.

Bossen.

In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde Herr Dreier jun. zur Felddeputation einstimmig beauftragt. Zum Besuch des Städtetages am 24. bis 26. September wird Herr Bürgermeister Dr. Wirth bestimmt. Es wird berichtet, daß vom Kreisvertreter 1000 M. zwecks Anschaffung einer mechanischen Schiebelleiter nach hier überwiesen wurden. Ein Abonnement auf die öffentliche Wetterkarte und Auslassung an einer besonderen Tafel am Postgebäude wird angenommen. Die Versammlung spricht sich gegen eine Zentralheizung für das neue Schulgebäude aus und wünscht wie bisher Kachelöfen, die sich besser bewahren dürften als eine Zentralheizung, bei der man immer mit Wängeln rechnen müsse. Die Pflasterung des Bürgersteiges vom Roggesehen Grundstück (Wahnhof) bis zur Reuendorfer Chauffee soll in aller nächster Zeit in Angriff genommen werden und wurde Herr Steinmetzmeister Rogge mit der Ausführung beauftragt.

Spandau.

Mit der Erhöhung des Bierpreises hat sich auch in Spandau eine Versammlung der Gastwirte von Spandau und Umgegend beschäftigt. Das Resultat der eingehenden Debatte, in der Genosse Böhle den Standpunkt der freien Gast- und Schankwirte darlegte, war die Annahme folgender Resolution:

„Die beim Kollegen E. Freund, Fischerwerder, tagende außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Gastwirte von Spandau und Umgegend kann sich dem Vorgehen der Ringbrauereien, die erhöhte Biersteuer durch die Erhöhung der Bierpreise auf die Gastwirte abwälzen, nicht anschließen. Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Bierpreise und erklärt, die geplante Erhöhung unter keinen Umständen tragen zu können und zu wollen. Die Versammlung bedauert, daß die Ringbrauereien die erhöhte Biersteuer zum Anlaß nehmen, um sich nicht nur schädlich zu halten, sondern sich selbst auf Kosten der Gastwirte einen Vorteil zu verschaffen. Die Versammlung empfiehlt sämtlichen Mitgliedern, ihren Bedarf an Bier von ringfreien Brauereien zu beden.“

Aus den Musterinstituten. Wiederholt sind Rißhände in den Staatsverhältnissen im „Vorwärts“ Gegenstand der Erörterung gewesen; des öfteren haben wir gezeigt, daß die Arbeiter, einer Hierarchie von Fabrikbeamten unterstellt, jeder freien geistigen Regung beraubt werden. Heute kam über ein Vorkommnis be-

richtet werden, das zeigt, wie ein Arbeiter um einen Teil seines Verdienstes gebracht wurde. Das Musterinstitut ist diesmal die Gewerkschaft. In der dort befindlichen Raschmeyerwerkstatt, die dem Meister A. A. 1 untersteht, ist, wurde einigen Drechern bedeutet, daß sie bei einer bestimmten Arbeit etwas mehr verdienen könnten als die Lohnordnung es vorschreibe. Unter den bevorzugten Arbeitern befand sich auch der Dreher Emil Harten. Als selbiger am 1. August seinen etwa 750 M. betragenden Mehrerwerb in Empfang nehmen wollte, wurde ihm zu seinem Erstaunen von dem Vizemeister J. A. 1 mitgeteilt, daß er diesen Mehrerwerb nicht ausgezahlt erhalte. Harten sah indes die Qualifikation eines staatlichen Musterarbeiters nicht zu bezweifeln, der in aller Untertänigkeit einen solchen Bescheid entgegenzunehmen gewillt ist. Er erob hierauf sofort beim Direktor Beschwerde. Unter anderem brachte er vor, daß in dem Betrieb des Meisters Karl von einem Dreher für den Oberbüchsenmacher Schwioger Arbeiten gemacht würden, die jedenfalls mit dem Betrieb der Gewerkschaft nichts zu tun haben. Auf die Frage des Direktors, ob er dies auch beweisen könne, erbot sich Harten, den Beweis sofort zu erbringen. Es wurde deshalb sofort ein Offizier mit Harten in den Betrieb geschickt, der die peinliche Untersuchung vornehmen sollte. Es wurde nun festgestellt, daß die Matrizen, welche der Dreher für den Oberbüchsenmacher angefertigt hatte, für eine Drahtziehfabrik bestimmt waren. Vorgefunden wurden etwa 100 fertige, aus dem Material der Gewerkschaft angefertigte Matrizen. Die Anfertigung einer solchen Matrize erfordert eine Arbeitszeit von 3 Stunden. Es bleibt abzuwarten, ob die sofort eingeleitete Untersuchung noch weiteres ergeben wird. Bis jetzt befinden sich der Oberbüchsenmacher Schwioger und der Meister Karl noch im Dienst. Das Vorgehen Hartens soll von einigen Musterarbeitern mißbilligt worden sein. Erweisen sich die Angaben des Harten nach jeder Richtung als wahr, so dürfte die Angelegenheit sicher etwas Staub aufwirbeln.

Potsdam.

Die Generalversammlung der Arbeiterbildungsschule findet am Freitag, den 31. August, bei Labentzin, Kaiser Wilhelmstraße 88, statt. Der nächste Kursus bezieht sich auf Nationalökonomie.

Vermischtes.

Kardinalsichte und Weichwater. Römische Blätter berichten eine sehr merkwürdige Geschichte, die sich wie ein Hochspannerroman liest. In Florenz ist dieser Tage unter sehr eigentümlichen Umständen eine junge, schöne Marchesa verhaftet worden, die — wie dies bei vielen italienischen Marchesen zum „guten Ton“ gehört — von ihrem Gatten getrennt lebt und nebenbei die „Nichte“ des Kardinals Rampolla sein will. Die junge Frau lebte und „wirkte“ zuerst (wie die zahllosen geheimnisvoll pilantenen Damen dieser Art in Rom zu „wirken“ pflegen) in der „Gesellschaft“, wo sie es verstand, zu dem Grafen Antonelli, einem Offizier der päpstlichen Kavalgarde, und zu dessen Gattin in die engsten Beziehungen zu treten; ja sie band diesem schlauen Römerpäpchen sogar einen Varen auf des Inhalts, ihr Ansel, der Kardinal, wünsche, daß sie in einer höchst mysteriösen Angelegenheit eine größere Rolle übernehmen und daß die Gattin des Würdenträgers sie als Ehren dame begleiten möge; sie solle für diese Begleitung fürstlich entlohnt werden.

Die „Marchesa“ erzählte der Gräfin Antonelli, ihre Mutter, die Schwester des Kardinals Rampolla, sei vom Marchese Visamarino (einem Vertrauten des Königlich Hofes) verführt und nach ihrer Entbindung vergiftet worden! Nun habe ihr Onkel Rampolla ihr ungezählte Summen zur Verfügung gestellt, um ihren „Vater“, den Verführer und Mörder ihrer Mutter, vor Gericht zu ziehen. Ebenso wolle sie gegen ihren Ehemann, den Marchese Venezia auf Herausgabe ihrer Mitgift (1 1/2 Millionen) klagen. Da man in Rom von alters her für den Klang des Goldes ein sehr zartes Empfinden hat, ging die Eingeladene unter dem Jubel ihres Namens sofort auf den ehrenvollen Antrag ein, und Marchesa und Freundin dampften nach Florenz ab. Hier hielt man sich in einem ersten Hotel auf, lebte herrlich und in Freudens, und ein junger Mönch, der als wirkungsvoller Vuhprediger und Kanzelredner bekannte Vater Cianchi vom Dominikanerkloster von San Miniato quartierte sich zur Verleitung der geistlichen Bedürfnisse sowie zur Ausarbeitung des Heilzugsplanes für die erwähnte Mission bei den beiden ein, wandte aber natürlich der Kardinalsichte sein Hauptinteresse zu. Von Florenz aus begab sich das Trio — immer auf angelegliches Geheiß des Onkels Kardinal nach Rom, wo der Bruder und Weichwater die Kommissar besuchte, überall den Segen des Kardinals, auf vatikanisches Amtspapier gedruckt, verteilte usw. Jeweilen fuhr das fromme Paar, Marchesa und Mönch, auch tagelang per Automobil in der Riviera herum, während die Freundin allein im Hotel ihren Betrachtungen oblag. Auf einmal waren die Mittel der Marchesa zu Ende; aber der Mönch wußte sich zu helfen, er nahm den Schnellzug und kaufte nach seinem Kloster, dessen Kasse er um 6000 Frank erleichterte. Raum war er zurück, so nahm auch die Marchesa das Dampfboot, eilte nach demselben Kloster, legitimierte sich als Nichte des Kardinals und ließ sich von dem neuen Prior . . . dieselbe Summe ausbezahlen. Dann bestiegen beide das Automobil, ließen die Freundin sitzen und begaben sich zum Ordensprovinzial, den sie um Vertuschung des mittlerweile ruchbar gewordenen Skandals beschworen. Trotz der durch die Angelegenheit kompromittierten hohen Persönlichkeiten und trotz des Onkels Kardinal veranlaßte aber der Provinzial die Verhaftung der Marchesa, während ihr Tröster, der Vuhprediger, entwischt ist und seine Fähigkeiten wohl bereits bei einer anderen frommen Dame betätigt.

Auf der vergnügten Reise zu Dreien fand die „Marchesa“ übrigens noch Gelegenheiten, die Gräfin um eine große Summe zu beschlehen und ihre kostbaren Juwelen durch falsche Steine zu ersetzen. Als die faule Geschichte endlich ans Licht kam, hatte die „Marchesa Rampolla“ einen solchen Schreck, daß sie einem Anfall des Lebens schenkte, als dessen Vater sie . . . den Gatten ihrer Freundin, den Grafen Antonelli bezeichnete. Bei näherem Zusehen erwies sich leider, daß das Baby, das die Marchesa mit eifersüchtiger Mutterliebe ganz allein besorgte, ja sogar stillte, eine . . . Holzpuppe war.

Eine Löwengruppe eingegangen. Die bekannte Löwengruppe des Dompteurs Julius Seeth, die zuletzt in Ruzland sich befand und im nächsten Jahre unter der Leitung des berühmten Gändigers eine amerikanische Tournee unternehmen sollte, ist, wie man hört, ein Opfer verdorbenen Pferdefleisches geworden. Sämtliche Tiere sind eingegangen. Noch vor kurzem bot ein Viehhändler dem Besitzer der Tiere, Direktor Seeth, eine ganz bedeutende Summe für die Tiere, etwa 200 000 M., doch zerklüften sich die Verhandlungen, da Seeth den Verkauf ablehnte. Die Gruppe, die aus mehr als zwanzig großen männlichen Löwen bestand, erregte vor zwei Jahren im Zirkus Albert Schumann in Berlin viel Bewunderung.

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis für die Zeit vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906. 31 Seiten. Verlag E. Heinrich in Hamburg.

Jahresbericht der Agitationskommission für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck für die Zeit vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906. 31 Seiten. Verlag Chr. Haase u. Co., Kiel.

Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission und der Wahlkreise nebst Rassenberichten der Provinz Pommern vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1906. 82 Seiten. Verlag H. Horn, Steinhilber.

G. Weikstein. Des vergnügten Weibhändler Louis Druckers humoristischer Nachlaß. 61 Seiten. Preis 1,50 M. Verlag C. Frensdorff, Berlin SW. 11.

Protokoll des 2. Bergarbeiterdelegiertenkongresses für Pruzen. 113 Seiten. Preis 40 Pf. Verlag H. Haasman u. Co., Bochum.